

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

==== Heft 262 =====

---

---

## Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866—1870

Von

Dr. Walter Schübelin

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Printed in the United States of America

# Meinen Eltern

in Dankbarkeit gewidmet



## **Vorwort.**


Die Anregung zur vorliegenden Arbeit gab mir mein verehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Willy Andreas in Heidelberg. Für das lebhafte Interesse, das er der Arbeit jederzeit entgegenbrachte, möchte ich ihm auch an dieser Stelle herzlich danken. Dem badischen Staatsministerium und den Direktionen des Geheimen Bayrischen Staatsarchivs in München, des Württembergischen Staatsarchivs in Stuttgart und des Badischen Generallandesarchivs in Karlsruhe, die mir die Benutzung der Akten gestatteten und mich bei meinem Archivstudium bereitwillig unterstützten, bin ich für das freundliche Entgegenkommen zu Dank verpflichtet.



## Inhalt.

	Seite
Einleitung: Abgrenzung u. allgemeines Ergebnis der Untersuchung.	9
Erstes Kapitel: Die Reorganisation des Zollvereins auf parlamentarischer Grundlage.	
1. Bismarcks Programme in der Zollvereinsfrage.	11
2. Pläne u. Absichten der süddeutschen Staatsmänner.	18
3. Bismarcks Eingreifen u. der Abschluß des Berliner Zollvertrags vom 8. Juli 1867.	38
Zweites Kapitel: Das Zollparlament, Volk u. Volksvertretung in Süddeutschland.	
1. Der neue Zollvertrag u. die süddeutschen Kammern.	59
2. Die Wahlen zum Zollparlament in Baden, Württemberg und Bayern.	71
Drittes Kapitel: Die Tagungen des Zollparlaments 1868 bis 1870.	
1. Das Parlament und die deutsche Einheitsfrage.	103
2. Volkswirtschaft und Politik.	125
Schluß: Das Zollparlament in der deutschen Politik Bismarcks.	134
Quellen und Literatur.	137





Digitized by the Internet Archive  
in 2024



## Einleitung.

Die Umgestaltung des Zollvereins vom 8. Juli 1867 entsprang der Absicht Bismarcks, den deutschen Zollverein in den Dienst seiner deutschen Politik zu stellen. Die vorliegende Arbeit möchte die Stellung der süddeutschen Regierungen und Parteien während der vorbereitenden Verhandlungen bei den Zollparlamentswahlen und Zollparlamentsverhandlungen selbst untersuchen und darstellen. Die Beschränkung auf Bayern, Württemberg und Baden ergab sich aus der untergeordneten, durch die Verhältnisse vorgeschriebenen Rolle, die Hessen in der Zollparlamentsfrage spielte. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Reorganisation des Zollvereins konnte im beschränkten Umfang einer Dissertation nur so weit berücksichtigt werden, als es vom politischen Standpunkt notwendig erschien.

Eine frühere Bearbeitung des Themas liegt nicht vor. Der Umstand, daß das Zollparlament eine politische Episode in der Geschichte der Reichsgründung blieb, erklärt vielleicht die geringe Beachtung, die der Gegenstand in der bisherigen Forschung gefunden hat. Die Vorverhandlungen, die zwischen Bismarck und den süddeutschen Staatsmännern geführt wurden, sind erst neuerdings durch Schübler untersucht und dargestellt worden.<sup>1</sup> Die Darstellung der Zollvereinsverhandlungen schließt bei Schübler mit dem Abschluß der Übereinkunft vom 4. Juni 1867 ab. Als die Veröffentlichung von Schübler erschien, hatte ich meine Aktenstudien bereits abgeschlossen. Meine Arbeit möchte die Untersuchungen von Schübler erweitern und fortsetzen, da und dort vertiefen und berichtigen. Die Haltung der süddeutschen Parteien und der öffentlichen Meinung in der Zollparlamentsfrage ist für Bayern und Württemberg durch die Darstellungen von Rapp<sup>2</sup> und Spielhofer<sup>3</sup> grundsätzlich geklärt. Die Studie konnte sich hier im wesentlichen auf die Wiedergabe beschränken. Für Baden soll in der Arbeit der erste Versuch unternommen sein, die öffentliche Meinung und die Parteipolitik darzustellen; das möge die Breite dieses Teils der Arbeit

---

1. W. Schübler, Bismarcks Kampf um Süddeutschland, 1867, Berlin 1929.

rechtfertigen. Bei der Bearbeitung der Legislaturperiode des Zollparlaments hoffe ich über die bisherigen Darstellungen<sup>4</sup> hinausgekommen zu sein, die der neuen Einrichtung des Zollparlaments und dem Verhältnis von Politik und Volkswirtschaft im Zollparlament nicht gerecht wurden. Die Benutzung der Sitzungsberichte und der damaligen Memoirenliteratur möchte die bereits vorhandenen Untersuchungsergebnisse ergänzen, richtigstellen und neue Blickpunkte geben.

Neben der bereits vorhandenen allgemeinen Literatur benutzte ich die in Frage kommenden politischen und Zollvereinsakten im Geheimen Bayrischen Staatsarchiv München, im Württembergischen Staatsarchiv Stuttgart, im Badischen Generallandesarchiv Karlsruhe sowie im Badischen Innenministerium und Finanzministerium. Für die Darstellung des badischen Wahlkampfes wurde die führende badische Publizistik aller Parteirichtungen benutzt (1867—1870). Die württembergische und bayrische Publizistik wurde nur soweit beigezogen, als es mit Rücksicht auf die vorhandenen Arbeiten unbedingt notwendig erschien. Die einschlägige süddeutsche Memoirenliteratur aus den Jahren 1866—70 wurde gleichfalls herangezogen.

Mit der Untersuchung dieser Sonderfrage hoffe ich, der Bedeutung des Zollparlaments in der damaligen Politik und der Bedeutung der Politik für das Zollparlament einigermaßen gerecht zu werden und damit einen nicht unwichtigen Beitrag zur allgemeinen Geschichte der Reichsgründung — von Süddeutschland aus gesehen — geliefert zu haben.

---

2. A. Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871, Stuttgart 1910. Vgl. A. Scheurle, Der politische Katholizismus in Württemberg, Diss. Tübingen 1923.

3. H. Spielhofer, Bayrische Parteien und Parteipublizistik 1866—1870, München 1922. Vgl. L. Allmann, Die Wahlbewegung in der Rheinpfalz, Diss. Straßburg 1913.

4. E. Brandenburg, Die Reichsgründung, Leipzig 1916, Bd. II.  
A. Stern, Geschichte Europas, von 1848—1871. Stuttgart u. Berlin 1924, Bd. IV.

H. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Meersburg u. Leipz. 1930, Bd. III.

J. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1925, Bd. I.

## Erstes Kapitel.

### **Die Reorganisation des Zollvereins auf parlamentarischer Grundlage.**

#### *1. Bismarcks Programme in der Zollvereinfrage.*

Bis zum Jahre 1866 war die wirtschaftliche Einheit für das engere Deutschland durch den Zollverein hergestellt. Da aber der preußisch-österreichische Krieg alle bestehenden Verträge zerrissen hatte, konnte das rechtliche Fortbestehen des alten Zollvereins bezweifelt werden. Daneben hatten handelspolitische Verhandlungen mit Frankreich und Italien in der ersten Hälfte der 60er Jahre genügend bewiesen, wie wenig die alte Organisation des Zollvereins den wachsenden Ansprüchen des wirtschaftlichen Fortschritts entsprach. Ein weiterer Mangel war die fehlende Mitwirkung der Bevölkerung auf einem Gebiete, das die Interessen des Volkes in weitgehendstem Maße berührte. Alle diese Umstände drängten nach einer Neugestaltung und Reorganisation des veralteten Zollvereins. Eine beweglichere Organisation und die Heranziehung des Volkes zur Mitwirkung waren die notwendigen Forderungen einer Umgestaltung.

Bereits während des Jahres 1848 war die Bildung eines Zollparlaments angeregt worden. Kein geringerer als der spätere badische Staatsminister Mathy verfocht auf der Heppenheim-Tagung der süddeutschen liberalen Führer den Gedanken, ein Zollparlament zu errichten. Die langsame Erweiterung seiner Kompetenz sollte die Grundlage eines engeren kleindeutschen Bundesstaates bilden. Dies war der erste Vorschlag, den Zollverein dem politischen Gedanken dienstbar zu machen. Bismarck hatte diese Idee während seiner Frankfurter Gesandtenzeit aufgegriffen, um sie nicht mehr aus seinem politischen Gesichtskreise zu verlieren.



Die Ereignisse des Jahres 1866 warfen den Gedanken der Umgestaltung der Verfassung des Zollvereins von neuem in die politische Diskussion. Unmittelbar nach dem Prager Friedensschluß von 1866 wurde ihre Notwendigkeit auf der Tagung der deutschen Volkswirte in Braunschweig öffentlich ausgesprochen.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen der größeren Beweglichkeit und der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts konnte ein Zollparlament auch in nationaler Hinsicht von Bedeutung werden. Der alte Zollverein war weit davon entfernt, den Partikularismus der Einzelstaaten zu schwächen und den Staaten ein politisches Gesamtgefühl zu verleihen. Seine politische Bedeutung war denkbar gering. Der Zusammenschluß der norddeutschen und süddeutschen Bevölkerung zu gemeinsamer Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete konnte dazu dienen, die Gegensätze und Antipathien allmählich zu überbrücken und die Erkenntnis zu fördern, daß die wirtschaftspolitische Einheit auch ein gemeinsames Vorgehen auf anderen Gebieten des staatlichen Lebens bedinge. Das Zollparlament konnte dadurch zur „Vorschule der Einheit“<sup>1</sup> werden.

Obwohl eine Umgestaltung des alten Zollvereins aus den angeführten wirtschaftlichen und nationalen Gründen geboten schien, sah Bismarck im Augenblick davon ab und beschränkte sich bei den Berliner Friedensschlüssen (August 1866) auf die Herstellung der militärischen Einheit des Südens mit dem Norden und auf ein Provisorium in der Zollvereinsfrage. Die den Zollverein betreffenden Vereinbarungen der Berliner Friedensverträge bestimmten, daß die Kontrahenten unmittelbar nach Abschluß des Friedens wegen Regelung der Zollverhältnisse in Verhandlungen eintreten sollten; ferner, daß einstweilen der Zollvertrag vom 16. Mai 1865 wieder rechtskräftig sein sollte, wobei jedem Kontrahenten sechs Monate nach erfolgter Kündigung der Austritt freistehe.<sup>2</sup> Diese Bestimmungen setzen den alten Zoll-

---

1. E. Brandenburg, Die Reichsgründung II, Leipzig 1916, S. 292.

2. Siehe den Text der am 13., 17., 22. August und am 3. September zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten Württemberg, Baden, Bayern und Hessen abgeschlossenen Friedensverträge bei L. Hahn, Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik, 1866—1867, Berlin 1868, S. 198 ff. Artikel VII.

verein wieder vorübergehend in Kraft und eröffneten die Aussicht auf eine baldige Neugestaltung des bisherigen Vereins. Das sechsmonatige Kündigungsrecht gab Preußen zugleich eine Handhabe, um gegebenenfalls auf widerstrebende Mitglieder des Zollvereins einen Druck ausüben zu können. In den Bestimmungen läßt sich keine Andeutung darüber finden, wie die Neuregelung getroffen werden sollte. Daß Bismarck dabei alte Schäden bessern und den gewandelten Verhältnissen Rechnung tragen werde, mußte auch den süddeutschen Staatsmännern klar sein. Auf keinen Fall ist Bismarck den Süddeutschen für die Umgestaltung des Zollvereins mit einem fertigen Programm gegenübergetreten, das nur Annahme oder Ablehnung zugelassen hätte. Welche Zurückhaltung er sich in der Zollvereinsfrage auferlegte, geht aus der besorgten Anfrage hervor, die König Wilhelm an Bismarck richtete. Das Billet vom 16. August 1866 lautet: „Wenn nun, wie Sie projektieren, der Zollverband scheinbar gekündigt werden soll, ohne daß dessen Rekonstruktion in bestimmte Aussicht gestellt wird, so fürchte ich, wird dieses Erlöschen (des Feuers für den Anschluß des Südens an den Norden) nur noch früher eintreten oder es kommt zu ungesetzlichen Demonstrationen für den Norden. Daneben will es mir nicht klar werden, wie der Zollverein hergestellt werden kann, da seine Geschäfte künftig durch das Parlament gemacht werden sollen. Wie kann nun aber für den Süden dies Geschäft betrieben werden, da er nicht im Parlament vertreten ist? Somit wird also die Kündigung des Zollvereins eine wahrhafte Trennung des Südens vom Norden nach sich ziehen und ein furchtbares Geschrei und eine gefährliche Niedergeschlagenheit erzeugen?“ Die Antwort Bismarcks, die für uns gewiß recht aufschlußreich wäre, liegt nicht vor.<sup>3</sup> Er wird sich wohl auf Andeutungen des organischen Umbaues des Zollvereins und der Beseitigung des liberum Veto beschränkt haben. Ein Gespräch zwischen Bismarck und dem Grafen Bray, der als bayrischer Unterhändler wegen der Durchführung einiger Nebenbestimmungen des geschlossenen Friedensvertrages und der Auswechslung der Ratifikationen Anfang September in Berlin weilte, gibt

---

3. Vgl. F. Thimme, Bismarcks Gesammelte Werke, Bd. 6, Berlin 1929, Nr. 562, Anmerkg. 1.

uns einigen Aufschluß. Bray schrieb am 4. September in sein Tagebuch, Bismarck verkenne nicht die Schwierigkeit, ein Organ zu schaffen, dem die Beschlußfassung über die gemeinsamen Zollangelegenheiten zu überlassen sei. Bismarck ging in diesem Gespräch bereits über die ersten Andeutungen hinaus; er erklärte, daß sich dies erreichen lasse durch eine Delegation von Vertretern des norddeutschen Parlaments und eines jeden der süddeutschen Staaten entsprechend dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl. In diesem Zollparlament sollten Majoritätsbeschlüsse über Zollfragen gefaßt werden. Bray fügte skeptisch hinzu, es gebe hier augenscheinlich manche Vorfrage zu lösen und bis auf weiteres werde an dem durch § 7 des Friedensvertrages geschaffenen Provisorium festzuhalten sein.<sup>4</sup> Auch gegenüber der württembergischen Regierung waren von Berlin aus Andeutungen gemacht worden, das Veto zu beseitigen.<sup>5</sup> Daß der württembergische Unterhändler, Freiherr von Varnbüler, bei den Friedensverhandlungen im voraus seine Zustimmung zu einem künftigen Zollparlament in der später geschlossenen Form gegeben habe, entbehrt auf Grund der Akten und des anfänglichen Verhaltens Varnbülers der Begründung.<sup>6</sup> Die Konstituierung des norddeutschen Bundes war für Bismarck zunächst die vornehmste Aufgabe nach dem Friedensschluß. Doch bereits während dieser Verhandlungen griff er auch die brennenden wirtschaftlichen Fragen auf. Eine Anfrage der württembergischen Regierung durch ihren Berliner Gesandten, Freiherrn von Spitzemberg, über die nächsten das Verhältnis Nord-Süd betreffenden Fragen, gab Bismarck Gelegenheit, auch seine wirtschaftlichen Pläne im Rahmen der deutschen Angelegenheiten zu erörtern. Am 31. Januar 1867 hatte Spitzemberg die von seinem Regierungschef am 26. Januar empfohlene vertrauliche Besprechung mit Bismarck. Die Pläne Bismarcks faßte Spitzemberg in seinem Bericht zusammen: bei einer Allianz des Nordens

---

4. Bray—Steinburg, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Leipzig 1901, S. 116.

5. Erlaß Varnbülers an Spitzemberg, 26. November 1866, Staatsarchiv Stuttgart.

6. W. Schüßler, Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867, Berlin 1929, S. 234. Für die von Schüßler hier vertretene Ansicht fehlt der Beleg.

mit dem Süden werde jeder Teil seine Militärangelegenheiten selbständig für sich ordnen und nur im Kriegsfall solle die ganze Nation unter Preußens Führung zusammenstehen. Auf wirtschaftlichem Gebiete könne aber eine Einigung ganz Deutschlands erfolgen. Für alle wirtschaftlichen Fragen solle die Verfassung des norddeutschen Bundes auch auf den Süden ausgedehnt werden. Süddeutsche Abgeordnete, die nach dem für die norddeutschen Staaten geltenden Wahlgesetz gewählt würden, sollten mit den norddeutschen Mitgliedern einen weiteren Reichstag bilden. Die Regierungen sollten Vertreter in den Bundesrat schicken; für Bayern und Württemberg je 4, für Baden 3, für Hessen 2. Der Bundesrat habe die Regierungen gegenüber dem Parlament zu vertreten. Eine im Bundesrat in der Minderheit gebliebene Regierung könne vom Bundesrat an das Parlament appellieren. Preußen solle überall da ein Veto eingeräumt bekommen, wo es sich um Abänderungen des bestehenden Rechtes handle.<sup>7</sup> Zur Zuständigkeit gehöre in erster Linie die Zoll- und Handelsgesetzgebung; ferner die Grundsätze über die Ausgabe von fundiertem und unfundiertem Papiergeld, über das Bankwesen, die Erfindungspatente, den Schutz des geistigen Eigentums, Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimat- und Ansiedlungsverhältnisse. Gewerbebetrieb, Kolonisation, Auswanderung, allgemeines Heimatrecht, Schutz des deutschen Handels im Auslande, Schifffahrt, Konsulatswesen, deutsche Flagge; weiterhin das gesamte Eisenbahnwesen, die Flußschifffahrt, Wasserzölle, Prozeßrecht, Post- und Telegraphenwesen. Auf letzterem Gebiete könnten dem Süden Zugeständnisse gemacht werden. Auch die Frage der Verbrauchssteuern für Zucker, Branntwein, Bier, Salz, sowie die Tabaksteuern wurden von Bismarck gestreift. Schließlich die Frage der Bundeskasse und eines Präzipuums.<sup>8</sup> Bismarck schwebte hier eine Regelung aller wirtschaftlichen Fragen vor, bei der auch die Rekonstruktion des Zollvereins einbegriffen wäre:<sup>9</sup> Einigung ganz Deutschlands

---

7. Diesen Punkt bezeichnet Bismarck als seine persönliche Ansicht.

8. Bericht Spitzembergs vom 31. Januar 1867, Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. auch W. Schübler, a. a. O. S. 62 ff. Der Bericht ist von Schübler in der Anlage abgedruckt.

9. Schübler, a. a. O., S. 67. Es ist nicht ganz zutreffend, wenn Schüb-



auf wirtschaftlichem Gebiete, wobei der gesamte materielle Fragenbereich der Zuständigkeit des durch süddeutsche Vertreter erweiterten norddeutschen Bundesrates und Reichstages überantwortet würde. Die Rekonstruktion des Zollvereins ging in diesen Gedankengängen, die ein Höchstprogramm darstellten, Hand in Hand mit der Gesamtregelung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Nord und Süd. Bescheidener klang der vertrauliche Erlaß vom 15. Februar 1867 an die preußischen Gesandtschaften in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt, der die Zollfrage und ihre Lösung im besonderen und außerhalb der Regelung der politischen Beziehungen zwischen Nord und Süd betraf. Nach der Feststellung der norddeutschen Bundesverfassung und mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung des Reichstages erwies es sich als notwendig, die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten im Hinblick auf die materiellen Interessen, namentlich die Zoll- und Handelsverhältnisse, zu regeln. Darum schlug Bismarck in dem Erlaß vom 15. Februar die Bildung eines Zollparlaments oder die Entsendung süddeutscher Abgeordneten in den norddeutschen Reichstag ad hoc vor, sobald Zoll- und Handelsangelegenheiten zur Verhandlung kommen sollten. Dieser Geheimerlaß an die Gesandten sollte nicht durch eine Demarche oder schriftliche Erklärung den süddeutschen Regierungen mitgeteilt werden, sondern einen fruchtbaren Gedankenaustausch der Regierungen einleiten.<sup>10</sup> Dem Höchstprogramm stellte Bismarck ein Mindestprogramm gegenüber, ohne dabei die Frage einer Gesamtlösung der innerdeutschen Angelegenheiten aus den Augen zu verlieren. In der Sitzung des norddeutschen Reichstages vom 11. März 1867 erörterte er die zukünftige Entwicklung des Zollvereins in aller Öffentlichkeit. Bismarck sagte unter anderem: „Ich denke also, sobald wir mit

---

ler den weiteren Bund als „Voraussetzung“ des neuen Zollvertrages ausspricht, da durch den von Bismarck vorgeschlagenen weiteren Bund die Zollvereinsfrage bereits gelöst wäre. Bismarck gebraucht in diesem Zusammenhang das Wort „Grundlage“, was m. E. das richtige Verhältnis der weiteren Bundesfrage zur Zollvereinsfrage auch nicht ausdrückt.

10. Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 6, Nr. 685. Vgl. auch Schübler, a. a. O., S. 67.

der norddeutschen Verfassung fertig sind, daß wir zunächst den süddeutschen Regierungen Eröffnungen machen, damit sie mit uns zusammentreten, um den Weg zu beraten, auf dem wir zu einem dauernden, organischen, nicht alle 12 Jahre kündbaren Zollverein gelangen. Wir haben für den norddeutschen Bund diese Wohltat gesichert durch Artikel über Zollgesetzgebung; wir können aber weder verlangen, daß die drei oder vier süddeutschen Staaten alles dasjenige, was wir hier durch die Gesetzgebung, an der sie selbst nicht teilnehmen, beschließen, ohne weiteres annehmen sollen, noch können wir ihnen gegen das, was der norddeutsche Reichstag gesetzlich beschließt, ein Veto einräumen, ein Veto, das jede von drei oder vier Regierungen ausüben und mit ihren Ständen teilen würde. Soll der Zollverein im bisherigen Umfange fortbestehen, so ist es ganz unvermeidlich, daß organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen Teil nimmt. Ich enthalte mich, das Nähere anzudeuten, ich glaube aber, es ergibt sich von selbst, wie die Einrichtungen beschaffen sein müssen. — Es ist schwer zu glauben, daß eine solche gemeinschaftliche organische Gesetzgebung für Zollsachen — und ich möchte doch dies nicht so unterschätzen und bloß mit dem geringschätzigen Namen „Zollparlament“ belegen, ... daß eine wirtschaftliche Gemeinschaft für Gesamtdeutschland geschaffen werden kann —; also ist es schwer zu glauben, daß solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, sich der Aufgabe entziehen könnten, auch die meisten der übrigen Titel der materiellen Wohlfahrt, so wie mancher formalen Gesetzgebung, über Prozeßwesen usw. allmählich sich aneignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen.“<sup>11</sup> Die Andeutungen, die Bismarck im geheimen sowie in aller Öffentlichkeit den süddeutschen Staaten gemacht hatte, stimmten in dem einen Punkte überein, daß es sich bei der Neuordnung des Zollvereins nur um eine organische Lösung handeln könne. Ob die Rekonstruktion Hand in Hand mit der Lösung der Bundesfrage oder als die Grundlage des weiteren Bundes erfolgen

---

11. Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 328, Anmerkung.

sollte, das überließ Bismarck der Entscheidung der Stunde. Der Umbau des alten Zollvereins war jedenfalls nur ein Teil des großen deutschen Gesamtgebäudes, das er bei allen Maßnahmen stets vor Augen hatte.

## *2. Pläne und Absichten der süddeutschen Staatsmänner.*

Welche Pläne verfolgte der Süden bezüglich der Zollverhältnisse? Wie nahm er die Pläne Bismarcks auf? Wie suchte er ihnen zu begegnen?

Den ersten offiziellen Aufschluß nach den Kriegseignissen von 1866 über die Stellungnahme Badens in der Frage der künftigen Gestaltung des Zollvereins gibt eine von Staatsminister Mathy unterzeichnete Instruktion, die von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Rudolf von Freydorf, vor seiner Abreise zu den Friedensverhandlungen in Berlin übergeben worden war. Die vornehmste Aufgabe des badischen Bevollmächtigten bestand darin, die Aufnahme des Großherzogtums in den von Preußen zu stiftenden Bundesstaat anzustreben. „Falls eine bundesstaatliche Einigung mit dem Norden Deutschlands nicht zu erreichen sein sollte, ist ein völkerrechtliches Verhältnis zu demselben mit möglichster vielseitiger Gemeinsamkeit staatlicher und volkswirtschaftlicher Einrichtungen zu erstreben.“<sup>12</sup> Diese Anregung Freydorfs wurde jedoch von Bismarck für den Augenblick abgelehnt. Dagegen kam das Verlangen nach möglichst vielseitiger volkswirtschaftlicher Gemeinsamkeit den Wünschen Bismarcks entgegen, da ihm ja aus den verschiedenen, oben erwähnten Gründen wirtschaftspolitischer und nationaler Art die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins am Herzen lag. Wie Freydorf am 13. September 1866 dem badischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Türckheim, schrieb, hatte Preußen in den Verhandlungen Entgegenkommen gezeigt und die Erhaltung des Zollvereins zugesichert.<sup>13</sup> Nachdem Bismarck das Verlangen

---

12. O. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches, 1866—1870, Berlin 1902, S. 570 f.

13. Aus der politischen Korrespondenz des Präsidenten des badischen Ministeriums des Auswärtigen, Rudolf von Freydorf, Deutsche Revue, 29. III., Stuttgart u. Leipzig 1904, S. 11.

Badens nach Eintritt in die norddeutsche Gemeinschaft abgelehnt hatte, gingen Großherzog Friedrich und seine nationale Regierung in dem Gedanken einig, keine Gelegenheit, die eine Handhabe für den nationalen Fortschritt bieten konnte, unversucht vorübergehen zu lassen. Diese Gelegenheit bot sich in der Frage der Reorganisation des Zollvereins. Baden griff die Reorganisationsbestrebungen mit großem Eifer auf, um durch Herstellung eines möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der nationalen Einheit Vorschub zu leisten. Großherzog Friedrich gab bereits am 12. August 1866 in einem Schreiben an seinen Staatsrat und Vertrauten Gelzer dieser Hoffnung Ausdruck; er glaubte, daß „der Zollverein zur Einigung von Nord und Süd führen wird“.<sup>14</sup> Die Minister traten in ihren Kammerreden und öffentlichen Kundgebungen dieser Meinung bei. Auch die badische Volksvertretung befürwortete lebhaft eine Annäherung auf volkswirtschaftlichem Gebiete, solange eine Aufnahme Badens oder des ganzen Südens in den norddeutschen Bund aussichtslos erschien. Fürst, Regierung und Stände bildeten in dem Verlangen nach Straffung und Zusammenfassung eine Einheitsfront.

In Bayern und Württemberg konnte man sich der Ansicht nicht verschließen, daß der Zollverein eine gemeindeutsche wirtschaftliche Notwendigkeit und eine Beschränkung auf den Norden oder Süden für Industrie, Handel und Gewerbe untragbar sei. In dieser Anschauung waren die leitenden Staatsmänner von Württemberg und Bayern sich einig.

In Württemberg leitete Friedrich Gottlob Karl Freiherr von Varnbüler<sup>15</sup> die Staatsgeschäfte. Er war seiner Herkunft nach Aristokrat; seine Gefühle verbanden ihn eng mit seiner Heimat. Große praktische Erfahrungen und weitgehende theoretische Kenntnisse in allen wirtschaftlichen Fragen befähigten ihn zum leitenden Minister. Varnbülers Persönlichkeit kann nur verstanden werden aus seiner partikularistischen Einstellung und seinem politischen Ehrgeiz, der sich praktisch zu betätigen

---

14. H. Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—1871, biographische Einleitung, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1927, S. 69.

15. Geb. 13. Mai 1809, gest. 26. März 1889.



suchte. Während ihn dies in Gegensatz bringen mußte zu Bismarcks deutscher Politik, zogen ihn sein ausgeprägter Sinn für reale Verhältnisse und die damit verbundene Anpassungsfähigkeit zur deutsch-nationalen Politik. Wo es nicht zu umgehen war, leitete er die auswärtige Politik mit nationalem Schwung; wenn es ihm aber irgend wie möglich war, vermied er die Annäherung an den Norden. Daher kommt es, daß wir ihn bald als Verfechter des nationalen Gedankens und als Gegenspieler seines bayrischen Ministerkollegen sehen, bald aber auch in der Abwehrfront der süddeutschen Partikularisten. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zeigen, mit welch innerem Widerstreben Varnbüler der Bismarckschen Politik bei der Rekonstruktion des Zollvereins folgte; sie enthüllen die partikularistischen Absichten, von denen er sich bei dem organischen Ausbau des Zollvereins leiten ließ. Varnbüler gehört zu den süddeutschen Politikern, welche die neue Zeit heraufziehen sahen, aber keinen offenen Widerstand wagten. Er gab der neuen Richtung nach, so weit er ihre Entwicklung nicht aufhalten konnte, um die staatliche Selbständigkeit aufrecht zu erhalten und die eigene Machtposition zu wahren.

Eine Instruktion Varnbülers für den Berliner Gesandten gewährt uns Einblick in die Gedankengänge des leitenden württembergischen Ministers. Diese Instruktion ging davon aus, daß der Zollverein erhalten werden müsse; die Beschränkung auf den Süden sei undenkbar. Man müsse erwägen, wie die Erhaltung und die größtmögliche Sicherheit für Handel und Industrie zu erreichen seien. Die sechsmonatige Kündbarkeit müsse einer längeren Stabilität weichen. Weder ein Verhältnis der Abhängigkeit des Südens vom Norden sei möglich, noch sei ein Zustand denkbar, bei dem die Verschiedenheit der Meinungen die sofortige Auflösung bedingen würde. Die Fragen der Revenuenverteilung und des Vetos seien von Berlin bereits angeschnitten worden. Mit Recht könne an einem absoluten Veto des Südens und seiner einzelnen Staaten nicht festgehalten werden. So müsse man daran denken, diesem Verhältnis ein anderes zu surrogieren. Varnbüler schlug zunächst Zollausschüsse, alias Zolldelegiertenversammlungen aus den süddeutschen Ständeversammlungen und dem norddeutschen Parlament

nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl vor, so daß auf diese Weise die Stimmen der Beteiligten zur Geltung kommen könnten. Die Frage, wer die Initiative ergreifen solle, ließ Varnbüler offen. Übereinstimmend mit Bismarck fuhr er fort: hier liege ein fruchtbarer Keim für die Entwicklung weitergehender Verbindungen. Eine zweite Möglichkeit sah Varnbüler in einem aus Nord und Süd zusammengesetzten Zollkollegium, in dem die Vorlagen vom norddeutschen Parlament und den süddeutschen Ständevertretungen beraten und beschlossen würden. In beiden Fällen glaubte er das formale Recht des Südens gewahrt, da der Süden in materieller Beziehung dem Norden folgen müsse; zudem seien nach Erledigung des französischen Handelsvertrages und des allgemeinen Tarifs auf lange Sicht hinaus die Hauptfragen der Zollgesetzgebung gelöst. Varnbüler bezweifelte, ob der Süden bei den Zollverhandlungen die Initiative ergreifen solle, da dies nur die Ansprüche des Nordens steigern würde.<sup>16</sup> Varnbülers Vorschläge wurden vom König gebilligt; auch der Ministerrat stimmte ihnen zu. Erhaltung des Zollvereins und Entgegenkommen in der Frage seiner organischen Neugestaltung sind die Grundanschauungen Varnbülers. Die Erhaltung des Zollvereins war eine wirtschaftliche Notwendigkeit, der gegenüber kein Wirtschaftspolitiker die Augen verschließen durfte. Der mehr organische Ausbau ergab sich aus dem Zwang der politischen Lage, dem sich Varnbüler als realer Politiker, wenn auch mit innerem Widerstreben, fügte. Die Vorschläge Varnbülers zeigen, daß er nicht von vornherein bei den Friedensverhandlungen einem Zollparlament in der später ausgeführten Form zugestimmt haben kann. Denn seine positiven Vorschläge decken sich durchaus nicht mit den auf ein Zollparlament abzielenden Gedanken Bismarcks. Wenn überhaupt von einer zustimmenden Erklärung des württembergischen Ministers die Rede sein kann, so darf sie nur allgemein für die organische Ausgestaltung des Zollvereins verstanden werden. Wie in den militärischen Angelegenheiten, so war Varnbüler auch in der Zollvereinsfrage bereit und entschlossen, nicht

---

16. Erlaß Varnbülers an Spitzemberg, 26. November 1866, Staatsarchiv Stuttgart.

mehr an staatlicher Selbständigkeit zu opfern, als die jeweilige Lage dringend gebot.<sup>17</sup> Die Erkenntnis der Zwangslage, die der Friedensvertrag geschaffen hatte, die nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung des Zollvereins, das Gefühl für Bismarcks unabänderlichen Willen in dieser Frage lassen Varnbüler in wirtschaftlichen Angelegenheiten nachgiebiger erscheinen als in militärischen. Bismarck wies in der Unterredung mit dem Freiherrn von Spitzemberg die Vorschläge Varnbülers zurück. Er glaubte, daß die Verlegung der Zollgesetzgebung ins Parlament sowohl der Berufung von Regierungsdelegierten vorzuziehen sei, als auch den Ausschüssen einer Zolldelegiertenversammlung aus den süddeutschen Ständeversammlungen und dem norddeutschen Parlament. Das erste Verfahren werde das Veto der einen oder anderen Ständekammer nicht ausschließen und damit bei jeder vor das Forum der Kammern gehörenden Frage den Bestand des Zollvereins gefährden; das zweite Verfahren sei nur ein halbes, ungenügendes Auskunftsmittel und für den norddeutschen Bund kaum durchführbar, wenn die Zollsachen in das Ressort des Parlaments fielen. Spitzemberg bemerkte weiterhin in seinem Bericht, daß er die Vorschläge Varnbülers nur beiläufig erwähnt habe, da durch Bismarcks Mitteilungen die ganze Frage in ein neues Stadium treten dürfte; die von anderen Voraussetzungen ausgehenden Instruktionen Varnbülers würden somit nicht mehr passen.<sup>18</sup> Varnbüler war von den Ausführungen Spitzembergs befriedigt.<sup>19</sup> Er unterrichtete sofort in Bismarckschem Sinne den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst und glaubte im wesentlichen eine Übereinstimmung feststellen zu dürfen.

Der bayrische König hatte am 31. Dezember 1866 Hohenlohe zum Leiter des bayrischen Staates berufen. Hohenlohe hatte sich als einziger der bayrischen Reichsräte für einen engen Anschluß an Preußen ausgesprochen. Seine Tätigkeit als bayrischer Ministerpräsident stand unter einem unglücklichen

---

17. Die Ansicht Schüblers kann nur für die volkswirtschaftliche Seite des Zollvereins gelten. Vgl. Schübler, a. a. O., S. 60.

18. Spitzembergs Bericht vom 31. Januar 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

19. Erlaß Varnbülers an Spitzemberg, 7. Februar 1867. Staatsarchiv Stuttgart vgl. Schübler a. a. O. S. 73.



Stern. Er war von den deutsch-nationalen Ideen seiner Zeit erfüllt, aber seiner politischen Einsicht fehlte der politische Wille. Ihm fehlte der politische Tätigkeitsdrang und die Beweglichkeit, die den Staatsmann befähigen, seine bessere Einsicht durchzusetzen. Sein Mangel an eigener Initiative und seine Passivität zwangen ihn in die Abhängigkeit des dynastischen und parteipolitischen Partikularismus seines Landes. Als Vertreter dieser Bestrebungen geriet er in Gegensatz zur deutschen Politik Bismarcks, obgleich er persönlich stets der deutsch-nationale Ziele im Auge behielt. Auch die Verhandlungen um die Rekonstruktion des Zollvereins offenbarten den tragischen Zwiespalt zwischen Hohenlohes politischem Willen und den Wegen, die er in allzugroßer Abhängigkeit von der Opposition im eigenen Lande ging. —

Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Zollvereins war auch für Hohenlohe eine nicht zu umgehende Tatsache. Wiederholt führte er aus, Bayern müsse am Zollverein festhalten, da es sich wirtschaftlich allein nicht stark genug fühle und die Industrie Bayerns eine Beschränkung des Zollvereins auf den Norden nicht tragen könne.<sup>20</sup> Hohenlohe verkannte die drohende Gefahr nicht, wenn der Zollverein auf Kündigung gestellt sei. Energische Ausgestaltung der inneren bayrischen Verhältnisse und unter Umständen eine Initiative Bayerns im Verein mit den süddeutschen Staaten sollten Bismarcks gefährlicher Waffe, der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Schärfe nehmen. Hohenlohe sah in der Schaffung einer achtungsgebietenden Macht Bayerns die notwendige Voraussetzung, um bei der Reorganisation des Zollvereins eine würdige und den Interessen Bayerns entsprechende Lösung zu erzielen. Deutlicher sind die Ausführungen des Attachés des bayrischen Ministerpräsidenten, des Grafen von Tauffkirchen, in einem Promemoria von Ende Januar 1867. Die Erneuerung des Zollvereins sah er in einer gemeinschaftlichen Vertretung unter der Leitung eines Präsidiums. Gleich seinem Herrn glaubte er, Bayern durch vorherige Bundesverhandlungen

---

20. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, Bd. I. Stuttgart 1906, S. 180.

in der Zollvereinsfrage günstiger stellen zu können.<sup>21</sup> Die offiziellen und offiziellen Auslassungen Bismarcks zur Regelung der Zollvereinsfrage, die allem Anschein nach in nächster Nähe gerückt war, veranlaßten jedoch Hohenlohe, sich eingehender mit der Frage zu beschäftigen, wie die gemeinschaftlichen Verhältnisse der süddeutschen Staaten zum norddeutschen Bund geregelt werden sollten. Solche Erwägungen erschienen um so notwendiger, als Artikel 71 des Entwurfes der norddeutschen Bundesverfassung die vertragliche Regelung der Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten unmittelbar nach Feststellung der norddeutschen Bundesverfassung in Aussicht nahm. Auch König Wilhelm I. hatte in seiner Thronrede vom 24. Februar 1867 auf den baldigen Beginn von Verhandlungen hingewiesen. Hohenlohe suchte zunächst eine Verständigung mit Baden, das in der Anschlußfrage durch seine nationale Bereitwilligkeit an erster Stelle stand. Die Vorschläge, die Hohenlohe machte, bewegten sich auf der Linie einer Vereinigung des norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten zu einem unauflöslichen Staatenbund mit einem erweiterten Bundesrat, jedoch ohne gemeinsames Parlament. Der Abschluß einer Allianz Gesamtdeutschlands mit Österreich sollte Voraussetzung sein.<sup>22</sup> Der entscheidende Punkt im Hohenlohe'schen Programm war das Fehlen der Volksvertretung. Unmittelbar nach der Stuttgarter Militärkonferenz (3.—5. Februar 1867) der süddeutschen Staaten, die notdürftig eine süddeutsche Einheitsfront herstellte, hatte Großherzog Friedrich am 6. Februar eine Aussprache mit dem Fürsten Hohenlohe. Während Friedrich die sofortige Einführung einer parlamentarischen Vertretung befürwortete, sah Hohenlohe in ihr erst den Abschluß. Man einigte sich dahin, von einer parlamentarischen Verbindung des Südens mit dem Norden vorerst noch abzusehen. Den Ausgangspunkt zu einer Verschmelzung der beiderseitigen Volksvertretungen sollten die bevorstehenden Zollkonferenzen bilden.<sup>23</sup> Am 19. Februar unter-

---

21. Vgl. Schübler, a. a. O. S. 52 f.

22. Hohenlohe, a. a. O., Bd. I., S. 201 ff, 208 ff.

23. H. Oncken, a. a. O., Bd. II. S. 50 ff, Vgl, auch Schübler, a, a, O., S. 75 ff.

breitete der bayrische Ministerpräsident dem badischen Fürsten sein Programm des weiteren Bundes zur Meinungsäußerung. Noch am 6. Februar hatte der Ministerpräsident von der Rekonstruktion des Zollvereins ein gemeinsames deutsches Parlament erwartet; in den letzten Vorschlägen an Großherzog Friedrich suchen wir vergeblich darnach. Hohenlohe hatte vor seinen innerpolitischen Gegnern zurückweichen müssen.

Gleich seinem Staatsministerium legte Großherzog Friedrich in seiner persönlichen Beantwortung vom 4. März den Hauptwert auf die Unerläßlichkeit einer parlamentarischen Vertretung, die allein eine auf dem Gebiete der materiellen Interessen notwendige Gleichmäßigkeit verbürge. Zur Lösung der strittigen Gesetzgebungsfrage und zur Schaffung eines deutschen Reichstages könne die Zollvereinsfrage willkommene Handhabe sein. Großherzog Friedrich stützte seinen Vorschlag auf vertrauliche Informationen aus Berlin; der Eintritt von süddeutschen Regierungs- und Volksvertretern in den Bundesrat und Reichstag des norddeutschen Bundes für Zollvereinsangelegenheiten sei geplant; deshalb sei „die Verwandlung desselben (des norddeutschen Reichstages) in ein Zollparlament als eine vielleicht nahe bevorstehende erst nähere Verbindung von Nord und Süd zu erwarten“.<sup>24</sup> Die legislative Umgestaltung des Zollvereins schien dem Großherzog als der einfachste und zweckmäßigste Weg zur Lösung der Gesetzgebungsfrage und er glaubte, darin den Keim eines bundesstaatlich geeinten Deutschlands zu sehen.

Diese Idee der parlamentarischen Veränderung des Zollvereins stieß auf Widerspruch bei Hohenlohe, der aus Rücksicht auf die partikularistischen Bestrebungen in Bayern jeden Eintritt süddeutscher Abgeordneter in den norddeutschen Reichstag ablehnte. Als Unterhändler Hohenlohes traf Graf Tauffkirchen am 6. März 1867 aus München am Karlsruher Hofe ein, um mit dem Großherzog die bayrischen Gründe für die Unannehmlichkeit der badischen Vorschläge mündlich zu erörtern. Tauffkirchen anerkannte zwar unter vier Augen das Parlament des weiteren Bundes als eine Notwendigkeit, faßte aber dann die Hohenloh'schen Bedenken dahin zusammen, daß die Schaf-

---

24. Hohenlohe, a. a. O., S. 204 ff.

fung eines Zollparlaments einer langsamen Vorbereitung für die Aufnahme des Südens in den norddeutschen Bundesstaat gleichkomme; dies sei für Bayern unannehmbar. Mit nationalem Pathos und Schwung erwiderte Großherzog Friedrich auf diese Befürchtungen, „daß, wenn man in demselben (Zollparlament) keinen Vorwand zum Übergang in den Nordbund erkennen wolle, man es auch nicht brauche, insofern nur feststehe, ein gesamtdeutsches Parlament als Ziel der gemeinsamen Bestrebungen zu setzen. Der Vorwand übersetze sich dann in ein Entwicklungs- oder Übergangsstadium, wobei jedes Mißtrauen weichen müsse. Die Hauptsache aber sei doch die Frage der Regierungsgewalt, und diese werde dadurch vorbereitet, daß man einen Übergangszustand schaffe, der zur Regelung der materiellen Interessen diene und die Lösung der politischen Aufgabe anbahne.“<sup>25</sup> Eine wirtschaftliche Gesamtvertretung als Vorstufe eines gemeinsamen deutschen Reichstages, ein neuer Zollbundesstaat als Vorgänger und Wegbereiter eines deutschen Bundesstaates waren Einrichtungen, die Friedrich und seine Regierung erstrebten. Abgesehen von den materiellen Interessen und Vorteilen verfolgte die badische Politik in erster Linie den ideellen Wert und die nationale Bedeutung der geplanten und eifrig betriebenen Umgestaltung des Zollvereins. In demselben Sinne verhandelte der badische Gesandte in München, Robert von Mohl, mit dem bayrischen Ministerpräsidenten. Jedoch blieben auch diese Versuche erfolglos. Immer und immer wieder betonte der Großherzog im Laufe der Verhandlungen das wünschenswerte Ziel einer Vereinigung des Südens mit dem Norden, „sei es durch Eintritt der Südstaaten in den Nordbund, sei es durch die Weiterentwicklung des Zollvereins.“<sup>26</sup> Doch Hohenlohe beharrte auf der Unmöglichkeit, in Bayern irgend einen Schritt in dieser Richtung durchsetzen zu können.

Nach den Besprechungen Tauffkirchens mit dem Großherzog kam Hohenlohe den badischen Bedenken soweit entgegen, daß er jetzt einen dem früheren Deutschen Bund nachgebildeten Staatenbund unter Vorbehalt einer künftigen Allianz mit Österreich vorschlug. Die Frage des Parlaments und einer

---

25. Oncken, a. a. O., Bd. II, S. 71 ff.

26. Ebenda, S. 83 ff.



Zentralgewalt wollte Hohenlohe bis nach der Herstellung der Allianz mit Österreich aufgeschoben wissen. Auf dieser Grundlage verhandelte der bayrische Ministerpräsident mit dem badischen Staatsrat Gelzer, der am 20. März in München eintraf. Gelzer berichtete mit Befriedigung, daß man sich über die Grundlagen einer dauernden Verbindung der süddeutschen Staaten und Norddeutschlands und über die Herstellung eines materiellen, gemeinsamen Rechtes in den politisch wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung auf sechs Punkte festgelegt habe.<sup>27</sup>

Die Parlamentsfrage war auch der Streitpunkt in den Verhandlungen zwischen Hohenlohe und Varnbüler. Varnbüler, der anscheinend befürchtet hatte, Bismarck werde die wirtschaftliche Unentbehrlichkeit des Zollvereins für den Süden rücksichtslos zu politischen Zwecken ausnützen, war — wie oben erwähnt — von den ersten Eröffnungen Bismarcks an Spitzenberg befriedigt. Als der württembergische Freiherr dem bayrischen Ministerpräsidenten das Programm Bismarcks vom 31. Januar unterbreitete, machte Hohenlohe sofort den entscheidenden Einwand, daß in Bayern alles, was einem Eintritt in das norddeutsche Parlament gleiche, auf große Hindernisse stoßen werde. Es müsse daher Wert gelegt werden auf die Verlegung des Parlaments und eine andere Benennung.<sup>28</sup> Auf die Bedenken Hohenlohes erwiderte Bismarck, daß man das Parlament zwar „Deutsches Parlament“ nennen könne, eine Verlegung wegen der norddeutschen Mitglieder aber nur schwer möglich sei.<sup>29</sup> In einem Schreiben an Hohenlohe vom 11. Februar 1867 sprach sich Varnbüler erneut für ein Parlament aus, dessen Kompetenz er den gesamten materiellen Fragenbereich zuwies.

In seinem Briefwechsel mit Hohenlohe hielt Varnbüler den Wahlmodus für eine untergeordnete Sache; die Delegation aus den Ständeversammlungen sei denkbar, aber nicht zweckmäßig. Name und Sitz der Volksvertretung könnten Gegenstand von Ver-

---

27. H. Gelzer, herausg. von F. Curtius, Gotha 1892, S. 23. Vgl. auch Oncken, a. a. O. Bd. II, S. 80.

28. Auszug aus dem Ministerialschreiben Varnbülers an Spitzemberg vom 7. Februar 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

29. Schüßler, a. a. O., S. 74. Auszug aus dem Bericht Spitzembergs, 12. II. 67, Staatsarchiv Stuttgart.

handlungen bilden. Zunächst müsse man die Konstituierung des norddeutschen Bundes abwarten. Die Salzkonzferenz werde die Frage der Rekonstruktion des Zollvereins und damit die Regelung des allgemeinen Verhältnisses zum Norden zur Sprache bringen. Die Zollvereinsfrage selbst werde vorzugsweise organisatorisch werden, da Vereinbarungen über Zollgesetzgebungsfragen in eine förmliche Zollgesetzgebung umzuwandeln seien, wenn die Erhaltung des Zollvereins erlangt werden sollte. Jedenfalls werde der Zollverein nicht wieder hergestellt, wenn den süddeutschen Staaten ein Vetorecht verbleibe.<sup>30</sup> Im Sinne Bismarcks suchte Varnbüler auf Hohenlohe einzuwirken: „Die Vertretung der Bevölkerung ist eine Forderung der Zeit, eine Forderung, der ich darum das größte Gewicht beilege, weil sie eine berechnigte ist, eine berechnigte im Sinne unserer nationalen Bedürfnisse“.<sup>31</sup> Hohenlohe betonte in seiner Erwiderung erneut, daß man den süddeutschen Dynastien nicht zumuten könne, ihre Untertanen in die legislative Versammlung dieses zu bildenden Einheitsstaates zu schicken. Hoffnungsvoll sah er den kommenden Zollvereinsverhandlungen entgegen. Er glaubte, die Reorganisation des Vereins werde ohne Zweifel Gelegenheit geben, die Gefahr zu beseitigen, daß zu den politischen Nachteilen, welche die Auflösung des Deutschen Bundes gebracht habe, auch materielle Verluste für Handel und Industrie hinzukämen.<sup>32</sup> Am 16. März reiste Varnbüler zu Verhandlungen mit Hohenlohe nach München. Er wünschte, nach der Konstituierung des norddeutschen Bundes die militärischen und materiellen Fragen zu bereinigen. Mit dem Programm der Zugeständnisse an Bismarck, dem Plan des weiteren Bundes mit allgemeinem Parlament, traf er zunächst in Ulm mit Tauffkirchen und dem bayrischen Handelsminister von Schlör zu Verhandlungen zusammen.<sup>33</sup> Tauffkirchen und Schlör nannten als Hauptziel die Rekon-

---

30. Nach dem Konzept Varnbülers im Staatsarchiv Stuttgart, 25. II. 1867. Vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 78.

31. Schreiben Varnbülers an Hohenlohe, 11. II. 67. Staatsarchiv Stuttgart.

32. Rundschreiben Hohenlohes an die bayrischen Gesandtschaften, 24. Februar 1867, Geh. Staatsarchiv München.

33. Hohenlohe hatte nach Ansbach reisen müssen. Schüßler (vgl. S. 121) verlegt diese erste Fühlungnahme irrtümlich nach München. Vgl. dagegen das Konzept Varnbülers vom 15. 3. 67. Staatsarchiv Stuttgart.

struktion des Zollvereins, an die noch eine Reihe von weiteren Fragen angeschlossen werden könne. Für einen Teil der Zollvereinsangelegenheiten sollten die Majoritätsbeschlüsse gelten, für den andern das Veto beibehalten werden. Varnbüler erhielt auf die Frage nach dem „Wie?“ keine Antwort. Tauffkirchen und Schlör erklärten, augenblicklich sei in keiner Form ein Parlament zu erreichen. Der König habe eine instinktive Abneigung gegen jede gemeinsame Volksvertretung. Die partikularistisch und dynastisch gesinnte Rechte der Kammer habe nur ungern etwas mit dem Norden gemeinsam. Die fortschrittlich eingestellte Linke lasse Zügellosigkeit befürchten. Varnbüler hielt dem entgegen, daß von einem Zollparlament oder einem Parlament des weiteren Bundes weniger Übergriffe zu befürchten seien, als von der preußischen Bürokratie am grünen Tische. Ohne die Teilnahme an einer solchen Versammlung werde der Süden schwerlich zur Ruhe kommen. Der scharfe Meinungsgegensatz zwischen den württembergischen und bayrischen Staatsmännern ließ sich nicht überbrücken, wenn auch Varnbüler zutreffend an seinen König berichtete: „Im Grunde des Herzens scheint mir Hohenlohe, wenn ich auf ihn von Tauffkirchen schließen darf, für ein mit dem Norden kombiniertes Parlament zu sein, nur sich die Kraft nicht zuzutrauen, es hier durchzusetzen, Schlör sich dazu gern treiben zu lassen“.<sup>34</sup>

Varnbüler faßte den bayrischen Standpunkt dahin zusammen, daß man an der bisherigen Organisation des Zollvereins festhalten und sich dabei auf Erkundigungen des bayrischen Ministerialrates Weber bei Delbrück und Philippsborn stützen wolle. Es sei sehr wünschenswert und könne nur von Vorteil sein, wenn sich Bismarck in diesem Sinne ausgesprochen habe.<sup>35</sup> In der zwischen Bayern und Württemberg aufgenommenen Punktation

---

34. Vertraulicher Bericht (Konzept) Varnbülers an König Karl über die Besprechung mit Tauffkirchen und Schlör, undatiert. Das von Schüßler angenommene Datum ist nach Varnbülers Bericht vom 19. März auf den 15. März 1867 zu berichtigen. Staatsarchiv Stuttgart.

35. Bericht Varnbülers an König Karl, 19. März 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Die Verhandlungen zwischen Hohenlohe und Varnbüler fand nicht, wie Schüßler annimmt, am 17. u. 18., sondern am 18. u. 19. März statt. Vgl. Hohenlohe, a. a. O., Bd. I, S. 212 ff.



vom 20. März war das erweiterte Parlament mit Majoritätsbeschlüssen beseitigt.<sup>36</sup> In der Parlamentsfrage unterlegen, verließ Varnbüler München. Gleichzeitig legte Hohenlohe seine Pläne König Ludwig vor. Dieser wollte von einem Parlament, das auf dem Wege über das Zollparlament zustande komme, überhaupt nichts wissen.<sup>37</sup> Hohenlohe hatte inzwischen eine Denkschrift über die Regelung der Zollverhältnisse ausarbeiten lassen, in der das von Bismarck vorgeschlagene Zollparlament umgangen und die Beibehaltung des alten Systems der Zollvereinskonferenzen empfohlen wurde. Der Leiter des bayrischen Staates hatte gegenüber dem preußischen Gesandten, Freiherrn von Werthern, mit seiner Ansicht zurückgehalten, als er ihm den Inhalt des geheimen Erlasses vom 15. Februar unterbreitete. Graf Degenfeld, der württembergische Gesandte in München, äußerte sehr richtig, Hohenlohe sei für seine Person mit Varnbüler einverstanden, dürfe es aber nicht mehr wagen, den Namen ‚Zollparlament‘ zu nennen und habe deshalb den Auftrag an den Referenten für Zoll- und Handelssachen, den Ministerialrat Weber, gegeben;<sup>38</sup> dieser habe am 18. März sein Memoire fertig gestellt. Die Denkschrift Webers überreichte Hohenlohe am 21. März mit einer Note dem preußischen Gesandten, der sie am 22. nach Berlin weiter sandte.<sup>39</sup> Sie führte im einzelnen aus: Die bayrische Regierung sei außer Stande, sich vor der Konstituierung des norddeutschen Bundes mit der wichtigen und naheliegenden Frage der Rekonstruktion des Zollvereins zu beschäftigen. Es sei noch keine Erörterung möglich, denn jede Vorbedingung einer solchen fehle; der Zeitpunkt sei nicht geeignet, mit den in gleicher Lage befindlichen Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen in Verbindung zu treten. Änderungen in den Vereinsbestimmungen

---

36. Der Wortlaut des Parlamentsparagraphen ist in die Ministerialerklärung vom 6. Mai übernommen. Vgl. Hohenlohe, a. a. O. I. S. 232 ff.

37. Hohenlohe, a. a. O. Bd. I. S. 213 ff., 219 ff.

38. Bericht Degenfelds an Varnbüler vom 4. März 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

39. Schübler glaubt, daß die Überreichung der Denkschrift hinter dem Rücken Varnbülers erfolgt sei. Diese Meinung scheint mir widerlegt durch die von Varnbüler an Hohenlohe gegebene Mahnung, das Memoire als Privatarbeit in Berlin zu übergeben. Erlaß Varnbülers an Spitzemberg vom 1. April 1867 (Konzept). Staatsarchiv Stuttgart.

seien notwendig. Die bayrische Regierung teile im allgemeinen die Anschauungen ihres Referenten, der seit der Gründung in dieser Sparte tätig sei. In Anbetracht der Kürze der Zeit und des Mangels weiterer Informationen könne die Frage nicht eingehend erörtert werden. Es solle nicht auf die preußischen Vorschläge von der 10. Generalkonferenz von 1854 zurückgegriffen werden. Da sich die Verhältnisse so weitgehend geändert hätten, bestünden gegen Majoritätsbeschlüsse in Fragen der Zollverwaltung und gegen den Vollzug der Vereinsbeschlüsse keine Bedenken mehr; gleichwohl hege die bayrische Regierung Befürchtungen. Für den Zollverein seien alle Experimente höchst bedenklich und könnten sehr leicht eine gegenteilige Wirkung haben. Vorerst solle nur die Denkschrift mitgeteilt und von einer weiteren Erörterung der Frage abgesehen werden; die preußische Regierung möge ihre Anschauungen bekannt geben; auf diese Weise werde eine Grundlage für weitere Verhandlungen geschaffen.<sup>40</sup> Die Antwort Hohenlohes wurde am 23. März durch Degenfeld auch Varnbüler mitgeteilt.<sup>41</sup> Die bayrische Denkschrift bewies, wie weit die Anschauungen über die Erneuerung des Zollvereins auseinander gingen. Entscheidend trat der Referent für die Erhaltung der Selbständigkeit der Vereinsmitglieder ein. Folgerichtig verlangte er, daß die Kompetenz der süddeutschen Ständekammern in keiner Weise angetastet werden dürfe zugunsten des norddeutschen Reichstages. Als Begründung gab Weber das bisherige Zollvereinsprinzip an.<sup>42</sup> In Berlin war man über die bayrischen Anschauungen höchst aufgebracht. Mohl berichtete im Auftrage seines Herrn dem bayrischen Ministerpräsidenten von der schlechten Aufnahme der bayrischen Denkschrift. Hohenlohe habe sich zunächst sehr erstaunt gezeigt und habe den bayrischen Standpunkt eine Zeit lang verteidigt, um in verändertem Tone zu bemerken: „Nun, ich hoffe, es wird einen heilsamen Schrecken hier (in

---

40. Note Hohenlohes an Werthern (Abschrift) vom 21. März 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

41. Degenfeld an Varnbüler, 23. März 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

42. Betrachtungen über die in Folge der Konstituierung des norddeutschen Bundes notwendigen Änderungen in den Zollvereinsbestimmungen bezügl. der Verhältnisse der süddeutschen Vereinsstaaten. München, März 1867. Geh. Staatsarchiv München.

München) machen“.<sup>43</sup> Als Mohl im Laufe der Unterredung das Zollparlament als Weg zum weiteren Bund bezeichnete, erklärte Hohenlohe, daß er ein Zollparlament weder durchsetzen wolle noch könne. Der Inhalt dieser Unterredung läßt erkennen, daß Hohenlohe eine Niederlage seiner politischen Absichten erwünscht war, daß er aber auch nicht gewillt war, an den bayrischen Rücksichten und Bedenken vorbeizugehen. Großherzog Friedrich berichtete am 9. April persönlich an Hohenlohe von dem ungünstigen Eindruck, den die Denkschrift auf Bismarck gemacht habe, und schrieb gleichzeitig an Gelzer, Hohenlohe könne mit vielen in der Denkschrift enthaltenen Anschauungen unmöglich einverstanden sein.<sup>44</sup> Auf Wunsch der badischen Regierung wurde die Denkschrift auch nach Karlsruhe geschickt.<sup>45</sup> In Hohenlohes Begleitschreiben an Mohl, den badischen Gesandten in München, fügte er hinzu, daß die Denkschrift nur eine vorläufige Stellungnahme der Regierung, noch keinen endgültigen Standpunkt bezeichne. Zu gemeinsamem Vorgehen sei eine Fühlungnahme nur erwünscht.

Bismarck ließ sofort durch die handelspolitische Abteilung seines Ministeriums den Entwurf zu einem Erlaß an den preußischen Gesandten in München, den Freiherrn von Werthern, ausarbeiten, der an den Vorschlägen des 15. Februar, insbesondere dem Zollparlament, festhielt. Der Entwurf wurde auch von Bismarck paraphiert, aber da gerade die Luxemburger Frage in ein entscheidendes Stadium eingetreten war, sah Bismarck davon ab, sich mit dem größten süddeutschen Staate in einen Streit der Meinungen einzulassen. Der Entwurf, der dem norddeutschen Bundeskanzler immer wieder von neuem vorlag, wurde schließlich zu den Akten gelegt. Die bayrische Denkschrift wurde nicht schriftlich beantwortet.<sup>46</sup> In dem Entwurf eines Erlasses an den preußischen Gesandten in München sprach sich Bismarck unzweideutig über die bayrische Denkschrift aus. Er lehnte den Vorschlag ab, da bei seiner Ausführung alle Schäden beibehalten würden, an denen der Zollverein in seiner bisherigen Form gelitten habe. Er drohte mit der Zerreißung des Zollvereins und meinte,

---

43. Schübler, a. a. O., S. 234 ff.

44. H. Oncken, a. a. O. Nr. 276.

45. Mohl an Hohenlohe, 1. April 1867. Geh. Staatsarchiv München.

46. Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. 6., S. 317 ff.

daß man sich lieber auf die Zolleinheit im Norddeutschen Bund beschränken solle, bevor man auf die Fortsetzung des Zollvereins mit Süddeutschland in der bisherigen Weise eingehen könne.<sup>47</sup>

Die Anschauungen des württembergischen Ministerrates in der Parlamentsfrage zeigten sich bereits in der ersten Sitzung am 10. April.<sup>48</sup> Die württembergischen Stände wollten sich auf nichts einlassen, wenn sie keinen Anteil am Parlament bekämen. Varnbüler befürwortete ein gemeinsames Parlament; denn die konservativen Elemente Norddeutschlands seien ein Korrektiv gegen Extravaganzen der württembergischen Stände, namentlich wenn Preußen auf der Diätenlosigkeit beharre. Allerdings seien von einem Parlament Übergriffe und zentralistische Wirksamkeit zu befürchten. Der Präsident des Ministerrates, von Neurath, ein Vertreter des alten Bundesgedankens, wandte sich gegen jede Ausdehnung der Bundeskompetenz. Er verwies darauf, daß Preußen schon oft nachgegeben habe, wenn es in den Fragen des Zollvereins den Widerstand des Südens befürchtete. Bei einem Gesamtparlament habe man kein Widerspruchsrecht mehr. Neurath trat sogar für einen süddeutschen Zollverein ein. Varnbüler führte jetzt die wirtschaftlichen Momente, die ihn bei seinem Handeln leiteten, in ihrer ganzen Schwere ins Feld. Er betonte, daß er als Finanzminister gegen die Möglichkeit der Kündigung des Zollvereins protestieren werde; auf die Brücke des Justizministers werde die Industrie ihre Kapitalien nicht legen wollen. Zwei Wege stünden offen: entweder müsse man sich den Majoritätsbeschlüssen fügen oder auf den Zollverein verzichten. Am 20. April fand der letzte Ministerrat<sup>49</sup> in dieser Sache statt. Neurath gab zu, daß bezüglich des Zollvereins eine Änderung angebahnt werden müsse, womit man dann aber zugleich eine nationale Verbindung mit dem Norden eingehe. Der vorgelegte Entwurf führe zum absoluten Anschluß an den Norden. Varnbüler beharrte darauf, daß man den württembergischen Interessen durch eine gemeinsame Regelung einen größeren Dienst erweisen werde. Der

---

47. Ebenda, Nr. 722.

48. Protokoll der Beratung des Entwurfes der Punktation im Geh. Rat. 10. April 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. Schüßler a. a. O. S. 212 ff.

49. Notizen aus der Sitzung des Ministerrates vom 20. April 1867. Staatsarchiv Stuttgart.



Minister des Innern, von Geßler, unterstützte den Außenminister und wies darauf hin, daß das Volk bei einem Widerstand gegen die gemeinsamen Zollvereinsangelegenheiten um so ungestümer und heftiger nach dem völligen und unbedingten Eintritt in den norddeutschen Bund drängen werde. Varnbüler war von der Notwendigkeit eines Parlaments überzeugt und bat, den Artikel 6 als Kompromiß anzusehen. Er sagte, vom Zollverein abgesehen, bedeute die Majorisierung in allen übrigen Fragen kein großes Unglück. Es sei aber irrig zu glauben, daß Preußen das Parlament so ganz in seiner Hand habe. Der Süden werde allenthalben beim Norden Unterstützung finden und das Parlament biete eine Garantie gegen die Herausstellung einer Zügellosigkeit unseres öffentlichen Lebens. Varnbüler versprach, wegen der Parlamentsfrage an Hohenlohe heranzutreten. Obgleich er in München hatte nachgeben müssen, setzte er sich auch weiterhin mit allen Kräften für die Volksvertretung ein. Da nach längerer Beratung alle Minister der Parlamentsidee zuneigten und Neurath sich isoliert sah, erklärte er, seine abweichende Stellungnahme dem König vorlegen zu wollen. Das Ergebnis war die Ersetzung Neuraths durch den Präsidialrat von Mittnacht (27. April 1867).

Am 14. April 1867 lud auch Hohenlohe die Referenten der Ministerien zu einer Konferenz ein, die zu der Punktation vom 20. März Stellung nehmen sollte. Diese Verhandlungen, die am 16. April stattfanden, zeigten das gleiche Bild, das wir aus den Verhandlungen zwischen Hohenlohe, Varnbüler und Großherzog Friedrich gewonnen haben. Von der Errichtung eines weiteren Bundes mit gemeinsamem Parlament war keine Rede. Die gemeinsamen Angelegenheiten des weiteren Bundes sollten im Norden durch den Reichstag, im Süden durch die acht Ständekammern getätigt werden. Gegen die gemeinsame Zoll- und Handelsgesetzgebung wurden Bedenken dahin geäußert, daß künftighin das Wort ‚Gesetzgebung‘ vermieden werden und dafür ‚Zoll- und Handelsverhältnisse‘ gesagt werden solle. Der Parlamentsgedanke wurde in dieser Versammlung streng abgelehnt.<sup>50</sup>

Auch in den Kreisen der badischen Regierung wurde die

---

50. Registratur über die Beratung, 16. April 1867. Geh. Staatsarchiv München. Vgl. Schüßler, a. a. O., S. 216 ff.

Lösung der Einheitsfrage auf der Basis der alten Bundesverfassung, die das Hohenlohesche Staatenbundesprojekt vertrat, eifrig erwogen. Einen politischen Niederschlag fanden diese Erörterungen in einer Denkschrift Mohls, der sich im Auftrage seiner Regierung an der Lösung der Verfassungsfrage versuchte. Zunächst setzte er die drei Möglichkeiten einer endgültigen Gestaltung der deutschen Verhältnisse auseinander.

1. Anschluß der süddeutschen Staaten an den norddeutschen Bund,
2. süddeutscher Bund,
3. eine internationale Vereinigung aller deutschen Staaten, von der er aber bemerkte, daß sie als ein unvollkommener Ausdruck der nationalen Einheit angesehen werde und deshalb nicht volkstümlich sei.

Da Mohl überzeugt war, daß eine endgültige Regelung für den Augenblick nicht möglich sei, beschränkte er sich in seiner Denkschrift auf die Empfehlung der Gemeinsamkeit der militärischen und wirtschaftlichen Interessen. Das Ergebnis dieser badischen Untersuchung war die Forderung eines Zollbundesrates und eines Zollparlaments.<sup>51</sup>

Der durch Hohenlohe angeregte Gedanke eines weiteren Bundes fand eine vorläufige Gestaltung in der zwischen Bayern und Württemberg vereinbarten Ministerialerklärung vom 6. Mai 1867.<sup>52</sup> Die entscheidenden Bestimmungen über die Volksvertretung im § 6 des Artikels 4 lauteten: „Bezüglich der Fortbildung dieser Gesetzgebung — des weiteren Bundes — ist die Berechtigung und Notwendigkeit nationaler Vertretung am Bunde anzuerkennen, zurzeit jedoch und solange das Verhältnis eines erweiterten Bundesparlaments zu dem Parlament des Norddeutschen Bundes unüberwindliche Schwierigkeiten bieten würde, soll die Gesetzgebung des weiteren Bundes von der Zustimmung im Süden der Ständekammern und im Norden des Norddeutschen Parlaments abhängig sein.“<sup>53</sup>

---

51. G. Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden, Heidelberg, 1896, S. 18 ff.

52. Hohenlohe, a. a. O., Bd. I, S. 232 f.

53. Ebenda.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen Bayern und Württemberg waren zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. Am 6. Mai 1867 wurden Baden und Hessen aufgefordert, der geschlossenen Konvention beizutreten. Am 14. Mai überreichte Mohl dem bayrischen Ministerpräsidenten eine badische Note. Sie enthielt die badischen Bedenken gegen die bayrisch-württembergischen Abmachungen.<sup>54</sup> Die Aussprache bewies wiederum, wie weit die badischen Wünsche und die bayrische Politik von einander entfernt waren. Hohenlohe lehnte nach wie vor den Eintritt in den norddeutschen Bund ab und begründete seine entschiedene Haltung mit der Abneigung des Königs und dem Widerstand der bayrischen Bevölkerung. Sobald er den Antrag auf ein gemeinsames Parlament stelle, werde seine Entlassung erfolgen, die für die deutsche Sache ungünstig sei.<sup>55</sup> Der badische Minister des Auswärtigen, von Freydorf, hatte seine Bedenken durch den preußischen Gesandten in Karlsruhe und durch den badischen Gesandten in Berlin dem Grafen Bismarck mitteilen lassen. Am 14. Mai gab Bismarck dem badischen Gesandten eine ausführliche Antwort. Wie zu erwarten war, lehnte auch er den weiteren Bund auf dieser Grundlage ab. Preußen wünsche zwar einen weiteren Bund als Grundlage für die Erneuerung des Zollvereins; für den weiteren Bund wie für den Zollverein könne aber nur die Form einfacher Beschlußfassung gewählt werden.<sup>56</sup> Am 17. Mai machte Bismarck dem preußischen Gesandten in Karlsruhe vertraulich ausführliche Mitteilung: „Die Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung betrachten wir als ein beneficium nicht sowohl für uns, für den Norddeutschen Bund, als für die süddeutschen Staaten. In Betreff der Zollangelegenheiten namentlich können wir uns unmöglich auf ein Verhältnis einlassen, das für eine gemeinsame Maßregel außer dem Beschlusse des Reichstages noch die Zustimmung von 8 süddeutschen Kammern erfordern und einer jeden der letzteren praktisch ein Veto geben würde“. Zur letzten Konsequenz

---

54. Bericht Mohls vom 13. Mai 1867. Generallandesarchiv Karlsruhe. Vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 221.

55. Bericht Mohls vom 14. Mai 1867. Generallandesarchiv Karlsruhe. Vgl. auch Schüßler, a. a. O. S. 221 f.

56. Bericht Türckheims, 14. Mai 1867, Generallandesarchiv Karlsruhe. Vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 220 f.



entschlossen fuhr Bismarck fort: „Der einzige für uns annehmbare Modus einer gemeinsamen Zollgesetzgebung ist eine zum Behufe derselben eintretende Erweiterung des Bundesrats und des Reichstages durch die Teilnahme von Vertretern Süddeutschlands. Wenn Bayern das Zustandekommen eines solchen Zollparlaments ernstlich nicht will, so ist die Fortsetzung mit diesem Staate untunlich und müssen wir uns mit dem Schutz- und Trutzbündnis begnügen“.<sup>57</sup> Nicht weniger aufgebracht berichtete der preußische Gesandte in München an seinen Herrn, man hätte bei dem bisher entgegengebrachten Vertrauen von Hohenlohe erwarten dürfen, daß er sich vor Abschluß der Konvention mit Berlin in Verbindung gesetzt hätte.<sup>58</sup>

Trotz allem ließ Bismarck die geknüpften Verbindungen nicht abreißen und deutete eine dritte Möglichkeit zwischen der für Preußen unannehmbaren Konvention und dem Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund an. Mit diesen Andeutungen zog er sich auf seine Mindestprogrammforderungen, die parlamentarische Rekonstruktion des Zollvereins, zurück. „Nur das wird das Münchner Kabinett sich zum vollen Bewußtsein zu bringen haben, daß, wenn man gar keine gemeinschaftlichen parlamentarischen Institutionen mit uns will, ein gemeinsamer Zollverein unmöglich wird“.<sup>59</sup>

Trotz der Drohungen Bismarcks blieb Hohenlohe in der Parlamentsfrage fest; Varnbüler sah sich gezwungen, um die mühsam hergestellte süddeutsche Einheitsfront nicht zu sprengen, Baden gegen seine eigene Überzeugung die Vorteile der vertraglichen Regelung schmackhaft zu machen.<sup>60</sup> Eine unerwartete Wendung trat ein, als Hohenlohe das versprochene Schweigen brach und die Punktation Österreich bekannt gab. Dies gab Varnbüler Gelegenheit, sich aus der Schlinge zu ziehen, in der ihn Hohenlohe bei den Verhandlungen gefangen hatte. Varnbüler wünschte die Konvention zurückzuziehen, da ihre Bedeutung darin

---

57. Erlaß an Flemming vom 17. Mai 1867. Bismarcks, Ges. Werke, Bd. 6, Nr. 800.

58. Vgl. Schüßler, a. a. O., S. 222.

59. Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. 6, Nr. 804.

60. Erlaß an Soden (Konzept) vom 10. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. Schüßler, a. a. O., S. 224.

bestanden habe, den Zollverein wieder herzustellen.<sup>61</sup> Er gibt uns damit Einblick in seine Gedanken bei den Verhandlungen mit Hohenlohe. Eine volkswirtschaftlich befriedigende Lösung in der Zollvereinsfrage war für Varnbüler Ausgangspunkt und Ziel. Hohenlohe führte die Bundesverhandlungen weiter; Bismarck begünstigte sie nach wie vor. Erst am 28. Mai entschloß sich Hohenlohe, die Konvention an Preußen zu übergeben.<sup>62</sup> Am 30. Mai erklärte Freydorf, der zuvor mit Bismarck Fühlung genommen hatte, daß er zu Verhandlungen bereit sei.<sup>63</sup> Aussicht auf Erfolg der Bundesverhandlungen schien zu bestehen. Bismarck hatte aber bereits andere Wege in der Einheitsfrage vorbereitet und mit aller Entschiedenheit eingeschlagen.

*3. Bismarcks Eingreifen und der Abschluß des Berliner Zollvertrags vom 8. Juli 1867.*

Nachdem die Verfassung des norddeutschen Bundes zustande gekommen war, regten der preußische Finanzminister und der preußische Handelsminister bereits im April bei Bismarck die Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse an. Sie begründeten diesen Schritt mit der Konsolidierung der Verhältnisse im Norden und dem immer stärker vernehmbaren Wunsche Süddeutschlands nach enger Verbindung mit dem Norden. Ihrem Schreiben fügten die beiden Minister den Entwurf einer Denkschrift bei, welche die Grundlage bei eventuellen Verhandlungen bieten könnte. Als Grundsätze der Neuordnung der Zoll- und Handelsverhältnisse waren aufgestellt: Beteiligung des Südens an den gesetzgebenden Organen des Nordens, d. h. Erweiterung des norddeutschen Bundesrates und Parlaments durch den Süden; Beseitigung des bisherigen liberum veto und Errichtung eines ewigen Bundes zwischen den Zollvereinsstaaten.<sup>64</sup> Das entworfene Programm

61. Erlaß an Degenfeld, Konzept 20. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

Vgl. auch Schübler, a. a. O. S. 227.

62. Hohenlohe an Werthern, 28. Mai 1867 (Konzept). Geh. Staatsarchiv München. Vgl. Schübler, S. 232.

63. Note Freydorfs an Hohenlohe vom 31. Mai, 1867. Geh. Staatsarchiv München; vgl. Schübler, a. a. O. S. 232.

64. Vgl. die Bemerkung Thimmes, Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. 6, Nr. 805.

blieb infolge der außenpolitischen Spannungen zunächst unbeantwortet liegen. Am 23. Mai ließ Bismarck durch den Geheimrat Philippsborn eine Antwort auf diesen Entwurf verfassen. Darin führte Philippsborn aus, daß er es aus politischen Gründen zurzeit nicht für angemessen erachten könne, von preußischer Seite mit Anträgen an die süddeutschen Staaten heranzutreten. Bismarck lehnte aus außenpolitischen Gründen die Initiative vorläufig ab und glaubte, Hohenlohe noch weiter gewähren lassen zu müssen. Sachlich erklärte sich Bismarck in den Hauptpunkten mit seinen Referenten einverstanden. Gegen die Errichtung eines ewigen Zollbundes erinnerte er, daß ein solches Verlangen die Verhandlungen nur erschweren könne und mehr in Anspruch nehme, als für jetzt nötig sei. „Für den Zweck, auf dessen Sicherung es zunächst ankommt, dürfte es genügen, wenn wir seitens des norddeutschen Bundes Verträge mit den süddeutschen Staaten, sei es mit jedem einzelnen oder mit allen gemeinsam, abschließen, vorerst auf die Dauer der gegenwärtigen Zollvereinsperiode und mit Beibehaltung der bisherigen Beziehungen des Zollvereins . . . Es wird darauf ankommen, einen Weg zu finden, auf dem das bisherige Verhältnis unbefangen in die neuen Zustände hinübergeleitet werden kann“<sup>65</sup>. Wie entfernt sich der Tenor dieses Erlasses von der Sprache Bismarcks zurzeit der Luxemburger Krise! Die letzten Ereignisse zwangen Bismarck, wiederum das Tempo in der Einheitsfrage zu verlangsamen und nach anderen Wegen zu suchen. Er schien von den bisherigen Verhandlungen zwischen Württemberg, Bayern und Baden den Eindruck gewonnen zu haben, in der deutschen Frage den umgekehrten Weg über den Zollverein einschlagen zu müssen. Am 25. Mai ließ er den süddeutschen Regierungen seine Bereitwilligkeit zur Eröffnung von Verhandlungen über den Zollverein mitteilen. Ihre Abhaltung stellte er in baldige Aussicht.<sup>66</sup> Schon am gleichen Tage ging eine Depesche ab an den preußischen Gesandten in München, in der Bismarck ihn aufforderte, bei Hohenlohe über die Frage der Abhaltung vorangehender Ministerkonferenzen zu sondieren.<sup>67</sup>

---

65. Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. 6, Nr. 805. Vgl. Schübler, a. a. O., S. 242.

66. Ebenda, Nr. 807.

67. Ebenda, Nr. 808. Vgl. Schübler, a. a. O., S. 243 ff.

Was hatte Bismarck veranlaßt, auch in der Zollvereinsfrage die abwartende Taktik aufzugeben und ihre Lösung zu beschleunigen? Am gleichen Tage,<sup>68</sup> an dem er erklärt hatte, die Initiative des Südens in der Zollvereinsfrage abzuwarten, hatte sie der Süden bereits ergriffen.<sup>69</sup> Aus innerpolitischen Gründen — um die nötigen Mittel für die Ausführung der Stuttgarter Konferenzbeschlüsse zu erlangen — wünschte Varnbüler, daß die Verhandlungen über die Rekonstruktion des Zollvereins beim Zusammentritt der Stände schon begonnen hätten und erfreuliche nationale Kräfte bereits im Werke seien. Spitzemberg erhielt den Auftrag, darauf hinzuwirken, daß Preußen die Initiative ergreife, ohne daß sich die preußischen Ansprüche dabei steigerten. Bei dem Drängen Preußens auf eine Militärkonvention wünschte Varnbüler Klarheit der Verhältnisse. Die Wichtigkeit dieser Frage veranlaßte ihn, den württembergischen Gesandten in Berlin nach Stuttgart zu bescheiden, um im Ministerium über die Absichten der preußischen Regierung zu berichten.<sup>70</sup> Auch die Furcht vor einer Einigung Preußens mit Frankreich, wie sie die bevorstehende Reise König Wilhelms und Bismarcks nach Paris befürchten ließ, veranlaßten Varnbüler, den Beginn der Zollvereinsverhandlungen zu beschleunigen. Die Indiskretion Hohenlohes und die erfolgte Absage an den weiteren Bund haben ihn wohl bestärkt, in der Zollvereinsfrage allein vorzugehen. Da nach einem Bericht Spitzembergs vom 18. Mai 1867 die Kündigung des Zollvereins in aller nächste Nähe gerückt sei<sup>71</sup> und der Stein allein ins Rollen komme, war keine Zeit mehr zu verlieren. Am 22. Mai berichtete der preußische Gesandte in Stuttgart, Freiherr von Rosenberg, nach Berlin, Württemberg sei zu Verhandlungen bereit<sup>72</sup> Am 23. Mai überbrachte Spitzemberg Bismarck persönlich die Wünsche über die Einleitung von Verhandlungen. Während Bismarck Zollvereinskonferenzen vorschlug, wünschte

---

68. Am 23. Mai 1867.

69. Varnbüler an Spitzemberg, 16. Mai 1867 (Konzept). Vgl. Schübler, a. a. O., S. 238 ff.

70. Am 18. Mai 1867.

71. Bericht Spitzembergs, 18. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. Schübler, a. a. O., S. 240 ff.

72. Vgl. Schübler, a. a. O., S. 240.



Spitzemberg Ministerkonferenzen zur Beschleunigung und Beförderung der Zollvereinsverhandlungen. Erfreut nahm Bismarck diesen Vorschlag an. Er stellte die sofortige Einberufung der Ministerkonferenzen in Aussicht, wenn Bayern zustimme. Er bat Spitzemberg, über die Aufnahme einer von Berlin ausgehenden Einladung in Bayern Erkundigungen einzuziehen. Bismarck versicherte, „wenn nicht die Südstaaten zu dem Heranziehen auch anderer Angelegenheiten die Anregung geben, sich ausschließlich auf Zollsachen zu beschränken.“ Wohl mit Rücksicht auf Bayern fügte Bismarck wohlwollend hinzu, er werde die Gründung eines eigenen Zollgebietes durch den Süden unter Aufrechterhaltung des nationalen Zusammenhanges der deutschen Staaten in irgend welcher Weise ganz gerne sehen und sei bereit, jede andere Art der Neubildung des Zollvereins unter Umgehung der partikularistischen Lösung anzunehmen, so weit sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen werde.<sup>73</sup> Die Ministerkonferenz sollte ohne Zugrundelegung eines Programms zusammentreten. Bismarck vermied jeden Schein eines Druckes auf die Südstaaten, um nicht von vornherein das Zustandekommen der Konferenz unmöglich zu machen. Varnbüler konnte sich über die nahe Aussicht auf eine günstige Erledigung der Zollvereinsfrage freuen. Von Baden waren keinerlei Einwände zu erwarten. Das Zustandekommen der Ministerkonferenz war von der Haltung Bayerns abhängig. Recht peinlich scheint der erste Eindruck bei Hohenlohe gewesen zu sein. Wegen der Verstimmung des bayrischen Ministerpräsidenten, die wohl in erster Linie durch das selbstherrliche Vorgehen Württembergs bewirkt war, erbat Varnbüler durch Spitzemberg preußische Unterstützung.<sup>74</sup> So ging am 25. Mai 1867 die genannte Anweisung an Werthern. Hohenlohe bezeichnete dem preußischen Gesandten gegenüber die Berufung von Ministerkonferenzen als „eine sehr glückliche Idee“;<sup>75</sup> aus persönlichen Gründen<sup>76</sup> bat er aber um Aufschub von wenigen

---

73. Bericht Spitzembergs vom 23. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

74. Telegramm Varnbülers an Spitzemberg, 24. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

75. Bericht Spitzembergs (Abschrift), 27. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

76. Bismarcks, Gesammelte Werke, Bd. VI, Nr. 808, Anm. 1.



Wochen. Hohenlohe berief sich außerdem auf die Unfertigkeit der norddeutschen Zustände und auf die noch unabgeschlossenen Bundesverhandlungen. Dürfen wir hinter diesen doch wenig stichhaltigen Gründen für eine Verschiebung nicht als wahren Grund die Verstimmung und Verlegenheit Hohenlohes gegenüber Württemberg und Baden erblicken? Mußte er sich nicht von seinen Verhandlungspartnern hintergangen und übertölpelt fühlen? Für Bismarck und Varnbüler schien nun der geeignete Augenblick gekommen. Alle Hebel wurden von den beiden Staatsmännern in Bewegung gesetzt, um den von Hohenlohe gewünschten Aufschub zu verhindern. Bismarck teilte Spitzemberg seine wahren Absichten für eine beschleunigte Erledigung mit; er hätte gerne die Sache vor dem Besuch der Pariser Weltausstellung erledigt,<sup>77</sup> um die Franzosen vor eine vollendete Tatsache stellen zu können. Er erkannte, daß er den neuen Zollverein unter Dach und Fach bringen müsse, da die internationale Lage seit der Luxemburger Krise gespannt und der süddeutsche Partikularismus wieder im Zunehmen begriffen war. Bismarck war von nationalen Interessen geleitet, Varnbüler sehen wir im Dienste des wirtschaftlichen Egoismus und des württembergischen Partikularismus. Varnbüler wollte die brennende wirtschaftliche Frage lösen, um dadurch die volle politische Souveränität zurückzugewinnen. „Die Beschränkung der Konferenzen auf den Zollverein ist das Günstigste, was Hohenlohe und wir überhaupt wünschen können“,<sup>78</sup> schrieb Varnbüler erfreut am 27. Mai in einem Bericht an den **Münchner Gesandten**. Bereits am 28. Mai konnte der Gesandte zurückberichten, daß Hohenlohe bereit sei, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, wenn die Genehmigung des Königs zu erlangen sei.<sup>79</sup> Unentwegt bestürmte Varnbüler den bayrischen Ministerpräsidenten. Am 29. Mai verfaßte er einen neuen Erlaß an Degenfeld, den er aber zurückbehielt, um ihn am folgenden Tage persönlich Hohenlohe zu verlesen. Unge-

---

77. Bericht Spitzembergs, 28. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

78. Erlaß Varnbülers an Degenfeld, 27. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. Schüßler, a. a. O., S. 246.

79. Bericht Degenfelds, 28. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

80. Erlaß Varnbülers an Degenfeld, 29. Mai 1867. Staatsarchiv Stuttgart. Vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 246 ff.

schminkt sprach Varnbüler sich darin über seine politischen Pläne aus: „Wenn der Fürst Hohenlohe, wie dies ja auch bei mir der Fall ist, nur das Notwendige an die Föderation mit dem Norden abtreten will, so muß er die Zollvereinsfrage vor allen Dingen erledigen, weil diese auf uns in absoluter Weise drückt. Auch die Lage Baden gegenüber ist günstig; Bismarck weist im Augenblick seinen Eintritt zurück. Ob das so bleibt nach der Pariser Reise Bismarcks?“ Um die Verstimmung zwischen Hohenlohe und sich zu beseitigen und um sich über ein gemeinsames Vorgehen auf den Ministerkonferenzen zu einigen, wählte Varnbüler den Weg persönlicher Besprechung. Am 30. Mai traf er Hohenlohe und seinen Attaché Tauffkirchen in Nördlingen.<sup>81</sup> Der württembergische Diplomat ging bei seinen Besprechungen von den bisherigen Bundesverhandlungen aus, um dann auf die bevorstehenden Ministerkonferenzen überzuleiten. Er faßte nochmals alle Vorteile des Augenblicks zusammen: die Preußen durch die internationale Lage auferlegte Rücksicht und die Festlegung Bismarcks auf die Zollsachen. Die schwerste Aufgabe war, Hohenlohe für den Gedanken der Volksvertretung im Zollverein zu gewinnen. Der Hinweis auf die ungünstige Aufnahme der Weber'schen Denkschrift und auf die unabwendbare Folge eines Austritts Bayerns aus dem Zollverein vermochte den Widerstand Hohenlohes zu schwächen. In gleichem Sinne wirkten auch die Ausführungen des preußischen Gesandten, daß das Zollparlament letzten Endes für Bismarck die einzige Bedingung sei. Das entscheidende Argument, das Varnbüler ins Treffen führte, war die zustimmende Äußerung des österreichischen Ministerpräsidenten Beust zu dem organischen Ausbau des Zollvereins. Sie vermochte dem König und den Partikularisten die in Aussicht genommene Regelung annehmbar zu machen. Noch am gleichen Tage konnte Varnbüler die Kapitulation Hohenlohes nach Berlin berichten.<sup>82</sup> Varnbüler ließ durch Spitzemberg Bismarck nochmals ermahnen, die

---

81. Hohenlohe, a. a. O., Bd. I, S. 236 f.; vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 247 ff.

82. Telegramm Varnbülers an Spitzemberg, 30. Mai 1867, Staatsarchiv Stuttgart. Das Datum bei Schüßler ist dahin zu berichtigen. Vgl. Schüßler, a. a. O., S. 249.

Ministerkonferenzen noch vor der Pariser Reise abzuhalten.<sup>83</sup> Sofort ließ Bismarck die telegraphische Einladung an Hohenlohe abgehen. Die drohende Gefahr einer Zerreißung des Zollvereins und die Festlegung Bismarcks auf Zollangelegenheiten, die ihm durch die außenpolitische Lage diktiert war und die er Varnbüler ausdrücklich hatte versichern lassen, machten Hohenlohe die Ministerkonferenzen annehmbar. Hohenlohe war aber nicht gewillt, auf den Ministerkonferenzen kampflos das Feld zu räumen; vor seiner Abreise versicherte er nochmals dem badischen Gesandten, er werde sich weigern, bayrische Abgeordnete in ein gemeinsames Parlament zu entsenden.<sup>84</sup>

Bismarck hatte, von Varnbüler tatkräftig unterstützt, den Sieg über Hohenlohe davongetragen. Die Hohenlohe'schen Bundesverhandlungen waren auf einem toten Geleise angelangt; Bismarck hatte sich ganz auf die Erreichung des Mindestprogramms verlegt und war damit der Lösung der Einheitsfrage um einen Schritt näher gekommen.

Am 3. Juni 1867 trat in Berlin die Ministerkonferenz<sup>85</sup> unter Bismarcks Vorsitz zusammen. Bayern war durch Hohenlohe und Ministerialrat Weber vertreten; Württemberg durch Varnbüler; Baden durch Freydorf und Legationsrat von Nordeck; Hessen durch seinen leitenden Minister Dalwigk; von preußischer Seite nahmen außer Bismarck: von Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramts, Philippsborn, Direktor im Ministerium des Auswärtigen, und von der Heydt, der preußische Finanzminister, teil. Die Konferenz war auf 2 Uhr angesetzt; Varnbüler wurde sogleich nach seiner Ankunft auf 11 Uhr zu Bismarck geladen, um mit ihm Gang und Inhalt der Beratungen zu besprechen. Bismarck überraschte Varnbüler, der ein selbst-

---

83. Diktat Varnbülers, 31. Mai 1867. Vgl. auch Schüßler, a. a. O., S. 249 ff.

84. Bericht Mohls, 2. Juni 1867, Generallandesarchiv Karlsruhe; vgl. auch Schüßler, a. a. O. S. 251.

85. Protokoll vom 4. Juni 1867 (Abschrift). Registratur des badischen Innenministeriums, Karlsruhe. Vgl. auch Schüßler, a. a. O. S. 252 ff. Delbrück R. v., Lebenserinnerungen, Bd. II, Leipz. 1905, S. 396. Hohenlohe, a. a. O., Bd. I, S. 244 ff. W. Schüßler, Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—71, Stuttgart 1920, S. 328 ff.

entworfenen Programm bei sich trug, mit dem fertigen Entwurf einer Punktation. Hierauf unterrichtete Varnbüler Hohenlohe in allgemeinen Grundzügen über die Sache und die Vorschläge der preußischen Regierung.

Bismarck leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Vortrag ein, in dem er den Zollbundesrat und das Zollparlament als gesetzgebende Organe des Zollvereins empfahl. Der Entwurf wurde den Konferenzteilnehmern unterbreitet. Hohenlohe erklärte die Bereitwilligkeit der bayrischen Regierung zu Verhandlungen; von dem Programm und Plan des Verhandlungsgegenstandes habe er jedoch keine Kenntnis gehabt. Er betonte, daß der Gedanke, der in dem Entwurf ausgesprochen sei, durchaus nicht mit den Ansichten der bayrischen Regierung übereinstimme. Der vorgeschlagene Eintritt von Abgeordneten könne in Bayern nicht auf Zustimmung rechnen. Bismarck entgegnete, wenn Bayern Bedenken trage, das Zollparlament anzunehmen, werde er die Bildung eines eigenen süddeutschen Zollgebietes vorschlagen, das sich mit dem Norden auf möglichst guten Fuß stellen könne. Die Auflösung des Zollvereins werde eine Folge der Ablehnung der Vorschläge sein. Die Wahlbestimmung überlasse er dem Süden, rate aber zu direkter Wahl und Streichung der Diäten. Hohenlohe gestand, daß man sich in Bayern unter dem Zollparlament etwas ganz anderes vorgestellt habe, nämlich eine vom norddeutschen Bund getrennte Körperschaft, an welche die norddeutschen und süddeutschen Volksvertretungen gleichmäßig Rechte abtreten würden. An den Eintritt von süddeutschen Abgeordneten in den norddeutschen Reichstag habe man dabei nicht gedacht. Bismarck betonte nochmals die Vorteile eines Zollparlaments. Hohenlohe gab zu, daß bezüglich der reinen Zollangelegenheiten die Vorteile nicht zu verkennen seien; er müsse jedoch auf die politische Seite der Frage aufmerksam machen. Die Beschickung des norddeutschen Parlaments werde Bayern nach und nach in den norddeutschen Bund ziehen. Eine solche Maßnahme widerstrebe aber Bayern. Wenn die Bayern eintreten wollten, würden sie schon freiwillig kommen. Er schlage deshalb nochmals eine besondere Versammlung vor, zu deren Gunsten auf die entsprechenden Befugnisse verzichtet werde. Bismarck erklärte



jetzt entschieden, er könne den norddeutschen Bund nicht dem Zollverein opfern. Er wies darauf hin, daß gemeinschaftliche Einrichtungen den Verzicht auf Teile der Selbständigkeit in sich schließen müßten. Der preußischen Regierung liege nichts an Bayerns Eintritt in den norddeutschen Bund; sie werde durch den Eintritt von achtzig süddeutschen Abgeordneten nur in Verlegenheit gebracht. Zuvor müsse der norddeutsche Bund gefestigt werden. Varnbüler meinte, man könne die Versammlung „Zollabgeordnetenversammlung“ nennen. Dalwigk schlug vor, den Reichstag nach englischem Vorbild in ein Comité zu verwandeln. Bei der ins einzelne gehenden Beratung verlangte Hohenlohe sechs statt der vorgeschlagenen vier bayrischen Stimmen im Bundesrat. Bismarck gewährte sie bei der Zustimmung Bayerns zu der neuen Regelung. Nach neuen Verhandlungen am Abend des gleichen Tages stimmten Baden und Württemberg dem Konventionsentwurf zu, während sich Hohenlohe und Dalwigk ihre endgültige Stellungnahme vorbehielten. Als Bismarck meinte, es sei doch nicht möglich, daß Bayern die hier vereinbarten Vorschläge verwerfe, rief Ministerialrat Weber aus: „Ach, bei Gott und in Bayern ist alles möglich!“<sup>86</sup> Am Vormittag des 4. Juni hatten der bayrische und hessische Regierungschef eine Unterredung, in der Dalwigk auf die Zwangslage Hessens bei den Verhandlungen hinwies. Hessen müsse für die Annahme des preußischen Projektes stimmen, während man sich über die Folgen der Beschickung des norddeutschen Parlaments durch Abgeordnete keinen Illusionen hingebe. Auch die öffentliche Meinung verlange unter allen Umständen die Erhaltung des Zollvereins.

Am 4. Juni wurde das von Delbrück und Philippsborn entworfene Konferenzprotokoll unterzeichnet und der Entwurf von Varnbüler und Freydorf genehmigt.

Hohenlohe billigte persönlich die Vorgänge. Er erzählte Dalwigk, daß er vor dem Beginn der Sitzung nach München telegraphiert habe, daß Preußen den Zollverein gekündigt habe und daß er in München neue Instruktionen einholen wolle. Wenn diese Schreckensnachricht von der Auflösung des Zollvereins

---

86. Schüßler, a. a. O., S. 254.



nach München gelange, so würden die Gemüter nachgiebiger gestimmt sein, man könne um so mehr auf Annahme des heute geschlossenen Vertrages hoffen, wenn man in den maßgebenden Kreisen sehe, daß die Möglichkeit, den Zollverein zu erhalten, noch nicht ausgeschlossen sei.<sup>87</sup> Hohenlohe hatte sich bereit erklärt, seine Person zu opfern, wenn der König mit einem anderen Ministerium die Auflösung des Zollvereins versuchen wolle. Der König hatte aber nicht angenommen. In gleichem Sinne berichtete Varnbüler über Hohenlohe an seinen König. Der Fürst Hohenlohe sei mit dem Inhalt des Abkommens vollkommen einverstanden, lediglich die Rücksichten auf die innerpolitischen Verhältnisse hätten seine Haltung auf der Konferenz bestimmt.<sup>88</sup>

Ein Bericht Varnbülers an seinen Herrn, König Karl, in dem er sich ungeschminkt über seine Motive, seine Vorbehalte und seine Politik in der Einheitsfrage ausspricht, zeigt, daß auch Varnbüler keineswegs bedenkenlos die geschlossene Übereinkunft beurteilte. Er führte aus, daß in einem Zollparlament die Gefahr nahe liege, daß ein Übergreifen über die vertragsmäßigen Zugeständnisse versucht und wohl auch nicht immer verhindert werden würde. Trotz dieser Bedenken könne nicht geleugnet werden, daß eine gemeinsame Fortführung der Zollvereinsangelegenheiten ein unabwendbares Bedürfnis sei und nach Lage der Verhältnisse ein Veto der einzelnen süddeutschen Staaten nicht mehr zu erhalten sei; daher glaube er sich mit einer positiven Begrenzung der Kompetenz für die Zollgesetzgebung in der geschehenen Weise befriedigt erklären zu können. Dem Präsidium und den einzelnen Regierungen stehe vertraglich das Recht zu, das Zollparlament in die festgesetzten Schranken zu verweisen; wenn ihnen die Kraft abgehe, sich Geltung zu verschaffen, sei ohnedies jede Bestimmung zwecklos. Die im Zollparlament gefürchtete Agitation hat man dann in den Ständekammern zu erwarten. Die Bestimmungen, daß das Zollparlament nicht regelmäßig, sondern nur nach Bedürfnis zusammentrete, dürften wohl manche Bedenken schwinden lassen,

---

87. Schüßler, a. a. O., S. 331.

88. Bericht Varnbülers an König Karl, 4. Juni 67, Staatsarchiv Stuttgart.

z. B. daß sich das Zollparlament als eine bedeutende politische Gewalt über die Grenzen seiner Befugnisse konstituiere.<sup>89</sup> Varnbüler rückte hier deutlich von Bismarck ab, mit dem er eine Zeit lang einig zu gehen schien. Die Grenzen der nationalen Politik Varnbülers lassen sich unschwer erkennen nach dem Abschluß der Konvention, welche die wirtschaftlichen Vorteile des Zollvereins sicherstellte und die drohende Gefahr einer Zerreißung beschworen hatte.

Bayern wagte nochmals einen letzten Versuch, vor der Unterschrift Zugeständnisse zu erlangen. Graf Tauffkirchen, der als Gesandter nach Petersburg versetzt worden war, wurde für diese Mission ausersehen. Bevor er sich nach Berlin begab, hatte er am 12. und 13. Juni eine Besprechung in Stuttgart mit Varnbüler. Man vereinbarte, daß die Vertretung der Bevölkerung den Namen „Zollvereinsparlament“ führen und eine selbständige, vom norddeutschen Reichstag getrennte Organisation haben sollte.<sup>90</sup> Am 14. Juni begab sich Tauffkirchen nach Berlin. Die Zugeständnisse Bismarcks, die in der Übereinkunft vom 18. Juni festgelegt wurden, änderten nichts an den Abmachungen vom 4. Juni. Bayern sollte bei Verträgen des Zollvereins mit Nachbarstaaten beigezogen werden; die Erhöhung der bayrischen Bundesratsstimmen von vier auf sechs wurde bewilligt, eine Namensänderung wurde nicht durchgesetzt; der Name „Zollparlament“ wurde beibehalten, jedoch grenzte man die Rechte der neuen Volksvertretung gegenüber dem Norden nochmals ausdrücklich ab. Die Änderungen, die dem bayrischen Selbstgefühl Rechnung tragen sollten, waren im Grunde unwesentlich. Mit dem Zusatz vom 18. Juni wurde auch von Bayern die Übereinkunft vom 4. Juni ratifiziert. Hessen hatte bereits am 7. Juni zugestimmt. Der § 5 der Übereinkunft vom 4. Juni 1867, der die Bestimmungen über das Zollparlament enthielt, wurde dahin ausgelegt, daß das Parlament seinen Geschäftsgang und seine Disziplin selbständig durch eine Geschäftsordnung zu regeln und seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und

---

89. Bericht Varnbülers an König Karl, 8. Juni 1867. Staatsarchiv Stuttgart.

90. Registratur über die Besprechung Varnbülers und Tauffkirchens, (Konzept) 13. Juni 67, Staatsarchiv Stuttgart.

Schriftführer selbständig zu wählen habe; die Wahlprüfungen des norddeutschen Bundes sollten, wenn sie vor Zusammentritt des Zollparlaments stattgefunden hätten, auch für das Zollparlament gelten<sup>91</sup>

Varnbüler war mit seiner Politik zum Ziele gelangt. Die drohende Gefahr einer Auflösung des Zollvereins war gebannt, der gefährliche Druck wirtschaftlicher Notwendigkeit auf politische Fragen war beseitigt, wozu die internationale Lage einen guten Teil beigetragen hatte. Die Waffe, die Bismarck mit dem auf Kündigung gestellten Zollverein in Händen hatte, war ihm entwunden. So konnte Varnbüler am 8. Juni in seinem Bericht an den König die Vorteile der geschlossenen Übereinkunft für Württemberg betonen.<sup>92</sup> Am 15. Juni erstattete der Geheime Rat sein Gutachten über die Rekonstruktion des Zollvereins. Dem finanziellen Ergebnis wurde zugestimmt. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die politischen Fragen. Varnbüler verteidigte nochmals die von ihm geführten Verhandlungen. Ausgangspunkt sei der nicht zu vermeidende Verzicht auf das liberum veto gewesen. Es habe einzig und allein erstrebt werden müssen, die Zuständigkeit des gemeinschaftlichen Organs für die Zollgesetzgebung zu begrenzen. Ganz im Sinne des Ministers betonte auch der Geheime Rat, daß nicht zu tief in die Verhältnisse des Zollvereins und seiner einzelnen Staaten eingegriffen worden sei durch die Beseitigung des Vetos; die Bestimmung, daß die Grundlage der neugeordneten Verhältnisse nur mit Übereinstimmung sämtlicher beteiligten Staaten abgeändert werden könne, bedeute ein wichtiges Zugeständnis an die süddeutsche Eigenstaatlichkeit. Die Beseitigung des Vetos wurde als dem Stand der Verhältnisse nicht mehr entsprechend gebilligt. Schließlich erklärte der Geheime Rat auch sein Einverständnis zur Beseitigung des Kündigungsrechts aus wirtschaftlichen und politischen Gründen.<sup>93</sup> Im ganzen erfuhr die

---

91. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1867, Nördlingen 1868, S. 204 ff.

92. Bericht Varnbülers an König Karl, 8. Juni 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

93. Gutachten des Geh. Rates an den König, 15. Juni 67, Staatsarchiv Stuttgart.

Politik Varnbülers volle Billigung. Nachdem dieser sein Ziel, die Sicherung des Zollvereins, erreicht hatte, beschränkte er sich auf die genaue Einhaltung der geschlossenen Verträge. Am 24. Juni berichtete er zusammenfassend an Spitzemberg über eine Besprechung mit dem Justizminister Mittnacht, welche die von Mittnacht ausgearbeiteten Ergänzungen der Übereinkunft betraf: „Der Angelpunkt dieser Bestimmungen ist das Prinzip, daß die Legislaturperioden des Zollparlaments und Reichstags und daher die Dauer der Mandate der bezüglichlichen Abgeordneten nicht zusammenfallen. Wir halten dies beides für sehr wichtig, weil dadurch der verschiedene Charakter der beiden Versammlungen (des norddeutschen Reichstags und Zollparlaments) am klarsten hervortritt und die Wahlbewegungen im Süden und im Norden nicht zusammenfallen.“<sup>94</sup>

Weniger zustimmend war die Aufnahme, welche die Übereinkunft vom 4. Juli 1867 in Bayern fand. Hohenlohe hatte, wie wir bereits gehört haben, durch die Absendung Tauffkirchens am 18. Juni nach Berlin einige unbedeutende Zugeständnisse für Bayern erlangt, abgesehen von der Erhöhung der Bundesratsstimmen. Bereits am 17. Juni war von König Ludwig die Vollmacht für Weber und den Oberzollrat Gerbig erteilt worden, die als Sachverständige auf die Zollkonferenz geschickt werden sollten. Die von Hohenlohe und dem Handelsminister Schlör unterzeichnete Instruktion gibt uns über die bayrischen Wünsche Aufschluß. Die Verfasser dieses Schreibens legten das Hauptgewicht auf die Bildung und Wirkung der künftigen Vertretung der Regierungen und Bevölkerung im Zollverein. Da diese Bestimmungen vollständig neu und ihre Konsequenz und Tragweite im voraus nicht berechnet werden könnten, erhielten die bayrischen Bevollmächtigten den Auftrag, dahin zu trachten, die selbständige Stellung des Zollparlaments und seine Trennung vom norddeutschen Reichstag möglichst zu sichern, um eine Vermischung beider fernzuhalten. Zwischen Tauffkirchen und Bismarck waren die wesentlichen Bestimmungen bereits in dem Zusatzprotokoll vom 18. Juni festgelegt.

---

<sup>94</sup> Erlaß Varnbülers an Spitzemberg, 24. Juni 67, Staatsarchiv Stuttgart.



Die bayrischen Bevollmächtigten wurden besonders angewiesen, bei den Verhandlungen ein gutes Einvernehmen mit Preußen zu bewahren, im Grundlegenden festzubleiben, in nicht prinzipiellen Fragen möglichst auszuweichen. Was die Tabaksteuer betreffe, sei es erwünscht, sie als integrierenden Bestandteil der neuen Verträge den bayrischen Ständekammern vorzulegen, da eine wiederholte Vorlage an das Zollparlament vielleicht unangenehme Weiterungen herbeiführen könne.<sup>95</sup> Die Instruktion war in auffallend versöhnlichem Ton gegen Preußen gehalten, vermochte aber die Angst vor dem Zollparlament nicht zu verbergen.

Am 27. Juni trat die Zollkonferenz in Berlin zusammen.<sup>96</sup> Bayern entsandte als Sachverständige Weber und Gerbig, Württemberg Spitzemberg und den Finanzrat von Riecke, Baden den leitenden Staatsminister Mathy, der zugleich das Handelsministerium verwaltete. Für den norddeutschen Bund nahmen teil: Delbrück, Pommer-Esche, von Philippsborn und von Thümmel, Ewald, Thon und von Liebe, die Vertreter der einzelnen norddeutschen Bundesstaaten, da die völkerrechtliche Vertretung des Bundes durch Preußen erst ab 1. Juli gültig war. Die Tagung der Konferenz dauerte nicht lange, bereits am 8. Juli wurde nach wenigen Abänderungen der von Delbrück entworfene Entwurf unterzeichnet. Mathy charakterisiert zusammenfassend Gang und Kern der Verhandlungen mit den Worten: „Bayrische, württembergische Veilletäten, um die Verschiedenheit der Zollvereinsorgane von den Bundesorganen zu markieren, sind vorhanden ... werden aber mit wenig Nachdruck verfolgt“.<sup>97</sup> Die grundlegenden Fragen waren durch die Abmachungen vom 4. und 18. Juni bereits gelöst; soweit die organisatorischen Fragen noch erörtert wurden, handelte es sich vornehmlich um die juristische Festsetzung oder Erläuterung einiger Punkte. In wenigen Tagen

---

95. Instruktion an Weber und Gerbig, 23. Juni 1867, Geh. Staatsarchiv München.

96. Die Darstellung stützt sich auf die Konferenzberichte der bayrischen (Weber, Gerbig) und württembergischen Bevollmächtigten (Spitzemberg, Riecke), die sich im Stuttgarter und Münchener Staatsarchiv befinden. Vgl. auch Delbrück, a. a. O., S. 396 ff.

97. Deutsche Revue, 29. 3. S. 157.

waren alle Streitpunkte erledigt. Die bayrischen und württembergischen Vertreter richteten ihr ganzes Augenmerk auf die Einhaltung ihrer Instruktionen. Die wenigen Veränderungen, die angebracht wurden, lassen alle die doppelte Rücksicht erkennen, die Kompetenz des Zollparlaments zu begrenzen und seine völlige Selbständigkeit gegenüber dem Reichstag des norddeutschen Bundes zu betonen. Die bayrischen und württembergischen Zollsachverständigen bildeten eine Einheitsfront auf der Zollkonferenz. Entrüstet klagte Ministerialrat Weber darüber, daß alle badischen Erklärungen viel preußischer seien als die der preußischen Bevollmächtigten selbst. Weber meldete zunächst seinen Widerspruch gegen die Benennung der Regierungsvertretung als „Bundesrat“ an, wobei er von Württemberg unterstützt wurde. Mathy widersprach heftig und bedauerte, daß man die Volksvertretung nur „Zollparlament“ genannt habe. Schließlich behielt die vorgeschlagene Benennung „Bundesrat des Zollvereins“ die Oberhand über den von Bayern und Württemberg vorgeschlagenen „Zollvereinsrat“. Der preußische Unterhändler Pommer-Esche wandte ein, diese Abänderung sei bereits am 18. Juni zwischen Bismarck und Tauffkirchen besprochen, vom Norden abgelehnt und damit als erledigt zu betrachten. Vergeblich teilte Hohenlohe Weber telegraphisch mit, daß — wie Tauffkirchen erklärt habe — ein bestimmter Vorschlag über die Benennung des Organs der Regierungen weder von seiner, noch von preußischer Seite erfolgt oder abgelehnt worden sei.<sup>98</sup> Längere Debatten entfesselte besonders die Frage der passiven Wahlfähigkeit in den süddeutschen Staaten. Drei Wege waren vorgezeichnet: eine gemeinsame Regelung für alle vier süddeutschen Staaten, oder für jeden einzelnen Staat, oder aber die Überlassung an die einzelnen süddeutschen Regierungen. Der letzte Weg wurde in dem von dem württembergischen Bevollmächtigten (Spitzemberg) vorgeschlagenen Zusatz beschritten; der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten blieb es vorbehalten, über die Staatsangehörigkeit zu bestimmen, durch welche die Wählbarkeit zum Abgeordneten

---

98. Telegramm Hohenlohes an Weber, 2. Juli 1867, Geh. Staatsarchiv München.

für das Zollparlament bedingt sei. Der Vorschlag fand schließlich Aufnahme in den Vertrag, die betonte süddeutsche Selbstständigkeit behielt auch in der Frage der Staatsangehörigkeit die Oberhand. Einige andere Änderungen der Bestimmungen über das Zollparlament haben nur redaktionelle Bedeutung, um die Unabhängigkeit des Zollparlaments gegenüber dem norddeutschen Reichstag klar zu stellen. Im großen und ganzen trug man in Berlin den Wünschen Bayerns und Württembergs Rechnung. Eine Beschränkung der Rechte des Bundesrates des Zollvereins, die von Bayern verlangt wurde, drang nicht durch. Die preußischen Vertreter erklärten sie in Widerspruch zu den Abmachungen vom 4. und 18. Juni. Der von bayrischer Seite nicht nachdrücklich gewünschte Aufschub der Unterzeichnung blieb unberücksichtigt; am 8. Juli fand die Unterzeichnung des Vertrages durch die Vertreter aller beteiligten Staaten statt.

Zollparlament und Zollbundesrat waren die neuen gesetzgebenden Organe des Zollvereins. Praktisch bedeutete die Neuregelung einen erweiterten<sup>99</sup> Bundesrat und Reichstag des norddeutschen Bundes, formell fand sie auf einer neutralen, von den Organen des Nordens getrennten Basis statt. Dem Zollbundesrat als Vertretung der verbündeten Regierungen, dem Zollparlament als Repräsentation der vereinigten Bevölkerung oblagen die künftigen Geschäfte des Zollvereins. Die übereinstimmende Mehrheit dieser beiden Faktoren war für die künftigen Beschlüsse ausreichend und genügend. Der entscheidende Fortschritt bestand einmal in der Beseitigung des unglückseligen liberum veto durch die Einführung des Grundsatzes der Majorität, zum andern in der Beteiligung des Volkes bei den künftigen Angelegenheiten des Zollvereins.

Das Zollparlament setzte sich zusammen aus den Mitgliedern des norddeutschen Reichstages und den Abgeordneten der vier süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen — die letzteren insgesamt 75 Abgeordnete —. Die Wahlen sollten allgemein und direkt, in geheimer Abstimmung vor sich gehen. Die Grundlage bildete das Wahl-

---

99. L. Hahn, a. a. O. S. 626, Text des Zollvertrages vom 8. Juli 1867, Artikel VII, VIII und IX.

gesetz zum ersten norddeutschen Reichstag. Die Auslegung dieser Wahlbestimmung gab später Veranlassung zur Beanstandung eines Teils der süddeutschen Wahlen, da die Wahlbedingungen in den preußischen Staaten nicht nach einem einheitlichen Wahlgesetz erlassen worden waren, sondern nach Maßgabe des Reichswahlgesetzes vom Jahre 1849. Die Wahlvorschriften wurden in der endgültigen Fassung des Vertrages vom 8. Juli 1867 dahin ergänzt, daß die Bestimmung der Staatsangehörigkeit, welche die passive Wählbarkeit bedingte, der süddeutschen Einzelgesetzgebung überlassen bleiben sollte. Die Berufung, Eröffnung, Vertagung und Schließung verfügte das Präsidium, das der Krone Preußens übertragen war. Die Legislaturperiode des Zollparlaments dauerte 3 Jahre. Der Zusammentritt erfolgte nicht periodisch, sondern nur bei legislativen Bedürfnissen oder auf Verlangen eines Drittels der Stimmen des Bundesrats. Die Kompetenz erstreckte sich auf Tariffestsetzungen, Zollgrenzregulierungen, Abschluß von Handels- und Schiffsverträgen mit auswärtigen Mächten, sowie auf die Regelung einiger indirekter Steuern wie Salz und Tabak, die bisher zur Kompetenz der Einzelstaaten gehörte. Der norddeutschen Bundesverfassung entnommen waren die Bestimmungen über Beamte, Beförderung der Parlamentsmitglieder, Öffentlichkeit der Verhandlungen, verantwortungsfreie Berichtserstattung, Dauer der Legislaturperiode, Vertagung, Auflösung, Beschlußfassung, Redefreiheit, Immunität der Abgeordneten und Diätenlosigkeit. Hinzugefügt waren noch die Bestimmungen, daß die Auflösung des norddeutschen Reichstages keine Neuwahlen in den Südstaaten erfordere; ferner, daß die Wahlprüfung im norddeutschen Reichstag auch für das Zollparlament Geltung besitze.

Die Kompetenz des neugeschaffenen Parlaments war gewiß nicht umfangreich. Abgesehen von der Festsetzung einiger indirekter Steuern blieb seine Tätigkeit auf zoll- und handelspolitische Gegenstände beschränkt. Vor allem ließ das Zollparlament das Budgetrecht vermissen. Neue Einnahmequellen konnte es zwar erschließen und beschließen, das Verfügungsrecht jedoch blieb ihm versagt, ein Umstand, der nachteilige Folgen für die finanzielle Gesetzgebung haben konnte. Eine



weitere Herabminderung des Ansehens des Zollparlaments bestand in der Vermeidung der Periodizität. Die Unabhängigkeit war dadurch aufs äußerste gefährdet. Die Diätenlosigkeit der Angeordneten teilte es mit dem Reichstag des norddeutschen Bundes. Sichtbar trug das Zollparlament das Kennzeichen einer Schöpfung Bismarcks, der zwar dem Parlament befehlen, aber sich selbst nicht befehlen lassen wollte.

Trotz dieser Mängel bleibt die Schaffung einer gemeinsamen Vertretung des ganzen deutschen Volkes, wenn auch mit beschränkter Kompetenz, eine staatsmännische Leistung. Zum ersten Male seit 1848 sollten sich Männer aller deutschen Länder und Gaue zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenfinden. Den nationalen Fortschritt, den die Schaffung eines kleindeutschen Wirtschaftsparlaments bedeutete, konnte niemand leugnen. Trotzdem bedurfte es der Drohung Bismarcks mit der Auflösung und Beschränkung des Zollvereins auf den Norden, um vor allem Bayern zur Annahme einer Volksvertretung zu veranlassen. Recht verschieden war die Aufnahme des organischen Umbaues des Zollvereins bei den beteiligten süddeutschen Staatsmännern. Weber äußerte sich über das Resultat recht pessimistisch in seinem Schlußbericht. Durch die Einführung der Majoritätsbeschlüsse im künftigen Bundesrat des Zollvereins und durch den Hinzutritt des parlamentarischen Elements entstehe in der Trennung von Politik und Gesetzgebung eine sehr wesentliche Änderung. Die politische und wirtschaftliche Seite der Zollvereinsangelegenheiten bleibe fortan untrennbar verbunden. Die Vertretung bayrischer Belange im Zollbundesrat und Zollparlament sei in Zukunft weniger von der Instruktion als von der Persönlichkeit der Bevollmächtigten oder Abgeordneten abhängig. Bayern werde vielleicht eine sehr schwierige Stellung zu teil.<sup>100</sup> Beruhigter und zuversichtlicher äußerte sich der württembergische Bevollmächtigte Riecke über die Stellung des Südens. Er widersprach der Befürchtung, daß die süddeutschen Abgeordneten im Zollparlament einer geschlossenen preußischen Majorität gegenüberstünden, gegen die sie nicht aufkommen könnten. Er wies darauf hin,

---

100. Schlußbericht Webers, 19. Juli 1867. Geh. Staatsarchiv München.

daß man sich im Norden ebenso sehr über eine Verstärkung der eigenen Partei freue als den süddeutschen Einfluß fürchte. Auch in preußischen Regierungskreisen denke man durchaus nicht an die gleiche Lenksamkeit des Parlaments wie des Reichstages.<sup>101</sup>

Der württembergische Geheime Rat war befriedigt über die Handlungsfreiheit der süddeutschen Staaten bezüglich der Wählbarkeit und über die deutliche Abgrenzung des Zollparlaments vom norddeutschen Reichstag; daraus folge allerdings notwendig, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses sich nach der Gesamtzahl — ohne Rücksicht auf die Anwesenheit der süddeutschen Abgeordneten — bemesse.<sup>102</sup> Mit der Neuregelung im allgemeinen zufrieden, beeilte man sich nicht mit dem Erlaß des Wahlgesetzes für die Zollparlamentswahlen. Immer deutlicher verspüren wir in der Haltung Württembergs und seiner Regierung ein Nachlassen des Tempos, nachdem die brennende wirtschaftliche Frage erledigt war. Anfangs November 1867 wurden die Zollvereinsverträge vom 8. Juli in Berlin zwischen den süddeutschen Regierungen und dem Norden ausgewechselt.

Den Schutz- und Trutzbündnissen hatte Bismarck den Zollvereinsvertrag hinzugefügt, der militärischen Einheit des Nordens mit dem Süden die wirtschaftliche. Langwierig und verschlungen war der Weg, den Bismarck zurücklegen mußte. Nach dem Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse hatte er zuerst jedes Drängen und Übereilen in der Einheitsfrage vermieden. Einer Förderung der Verhandlungen der süddeutschen Staaten gab er den Vorzug vor einem unmittelbaren Eingreifen. Während der Luxemburger Krise verließ er seine wohlwollende Neutralität und suchte den Sturm nationaler Empörung für die Lösung der Einheitsfrage energisch auszunützen. Jedoch waren in Bayern die Früchte der deutschen Einheit noch nicht gereift. Bismarck mußte für den Augenblick die Unmöglichkeit einsehen, die Einheitsfrage in kurzer Zeit zu lösen. Der nächste

---

101. Bericht Rieckes, 12. Oktober 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

102. Gutachten des Geh. Rates, 17. August 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

Schritt auf diesem beschwerlicheren Weg zum gesamtdeutschen Ziel war die Reorganisation des deutschen Zollvereins. Varnbüler, dem die volkswirtschaftliche Seite des Zollvereins am nächsten lag und der den unbeugsamen Willen Bismarcks in der Frage des liberum veto kannte, ging in dieser Frage mit ihm einig. Nach der Wiederherstellung des Zollvereins hielt die württembergische Regierung an dem erreichten status fest.<sup>103</sup> Hohenlohe weigerte sich lange Zeit gegen die organische Ausgestaltung des Zollvereins, bis es schließlich den vereinten Bemühungen Bismarcks und Varnbülers gelang, den widerstrebenden bayrischen Ministerpräsidenten an den Verhandlungstisch zu bringen. Nachgiebigkeit und Drohung, die damaligen Mittel der preußischen Diplomatie, siegten über den hartnäckigen Widerstand des bayrischen Partikularismus. Hohenlohe hatte den Plänen Bismarcks durch seine Bundespläne zu begegnen versucht, um die drohende Gefahr einer gemeinsamen Volksvertretung abzuwehren. Bismarck und Varnbüler hatten seine Pläne durchkreuzt und zerschlagen. Hohenlohe selbst gab zu, nach der Lösung der Zollvereinsfrage hätten weitere Bundesverhandlungen keinen Wert mehr. Bismarck versicherte auf die besorgten Anfragen der süddeutschen Staatsmänner immer wieder, daß auch er allen Versuchen entgegentreten wolle, die Befugnisse des Zollparlaments zu erweitern. Seine wahren Wünsche und Absichten verbarg er dabei. Bismarck hoffte, daß das Zollparlament sich zu einem gesamtdeutschen Parlament erweitere, so bald erst einmal die norddeutschen und süddeutschen Abgeordneten zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten seien. Die dauernde Rücksichtnahme auf den Süden, auf Bayern und Württemberg, verbot ihm aber, die Karten vorzeitig aufzudecken. Was sich Bismarck versagen mußte, auszusprechen, äußerte Großherzog Friedrich um so deutlicher: „Wir haben wenigstens ein festeres Band mit Norddeutschland geschlungen

---

103. Varnbüler äußerte sich am 11. Dezember 1867 gelegentlich der Beratung über das Budget des Auswärtigen in der II. Kammer, „es sei verschiedene Ansicht der Regierung, daß, nachdem sie die beiden Verträge mit Preußen abgeschlossen und damit ihre nationale Pflicht erfüllt habe, kein Grund sei, über diese Grenzlinie hinauszugehen“. Vgl. Schultheß, a. a. O. 1867, S. 234.

und können daraus noch besser Verbindungen in politischer Beziehung entwickeln.“<sup>104</sup> Bismarck und die badischen Staatsmänner betrachteten das Ergebnis vom 8. Juli 1867 als ein Durchgangsstadium zur endgültigen Herstellung der deutschen Einheit. Was man in Bayern und Württemberg befürchtete und ängstlich verhüten wollte, war gerade das Ziel der Wünsche Bismarcks<sup>105</sup> und der badischen Regierung. Bismarck dräng darauf, das Zollparlament möglichst bald zu berufen (nach dem 1. Januar 1868), damit „das Kind die vier Wände anschreie und damit für lebensfähig anerkannt werde“.<sup>106</sup> Mit großen Erwartungen und ebenso großen Befürchtungen sah man dem Zusammentritt des Zollparlaments im nächsten Frühjahr entgegen.

---

104. H. Oncken, a. a. O., Nr. 286.

105. Bismarcks Gesammelte Werke, Bd. 6a. Nr. 934, 955, 974.

106. Bericht Tauffkirchens an Hohenlohe, 10. November 1867, Geh. Staatsarchiv. München



## Zweites Kapitel.

### Das Zollparlament, Volk und Volksvertretung in Süddeutschland.

#### *1. Der neue Zollvertrag und die süddeutschen Kammern.*

Der Zollvertrag war trotz Bayerns hartnäckiger Weigerung unterzeichnet worden; die Entscheidung über seine Annahme lag jetzt bei den süddeutschen Kammern.

Am 19. Oktober 1867 erfolgten Vorlage und Beratung des Zollvertrages vom 8. Juli 1867 und des von der Großherzoglichen Regierung erlassenen Wahlgesetzes für die Wahlen zum Zollparlament an die zweite badische Kammer, am 23. Oktober die Beschlußfassung durch die erste Kammer. Die zweite Kammer genehmigte einstimmig die beiden Vorlagen.<sup>1</sup> Die erste Kammer, in der die Beratung gemeinsam mit dem Allianzvertrag sowie der Salzkonvention vom 8. Mai stattfand, stimmte gleichfalls einstimmig zu.<sup>2</sup>

Der nationale Gedanke, von dem sich Fürst und Minister bei den Verhandlungen hatten leiten lassen, blieb auch in den Debatten der beiden Kammern vorherrschend. Die Bedeutung des Zollparlaments als einer deutschen Gesamtvertretung gab den Ausschlag bei der Abstimmung. Die Fragen der Salzsteuer und der geplanten Tabaksteuer, von denen vor allem die letztere zu einer Lebensfrage der badischen Tabakindustrie werden konnte, mußten hinter den nationalen Gesichtspunkt zurücktreten. Mit der Schaffung eines Zollbundesrates und einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung — so führte die Regierungsbegründung des Zollvertrages aus — ist „ein Ziel er-

---

1. Sitzung v. 19. Oktober, Protokolle S. 46 ff.

2. H. Schultheß, a. a. O., S. 228, Jahrg. 1867.

reicht, welches Regierung und Stände des Großherzogtums längst als ein wünschenswertes bezeichnet und angestrebt haben ... Haben wir uns mit diesen immerhin wertvollen, jetzt erst erreichbar gewordenen Ergebnissen der jüngsten Verhandlungen vorerst zu begnügen, so dürfen wir eine Ausdehnung der gewonnenen Einrichtungen auf die einheitliche Leitung verwandter, gemeinsamer Interessen des Verkehrs in nicht zu ferne Aussicht nehmen.“<sup>3</sup>

Die Zollkommission, die durch den Abgeordneten Koelle der zweiten Kammer den Ausschlußbericht erstatten ließ und den Antrag auf Genehmigung stellte, wies in der Begründung auf den Zollverein hin, der die Brücke bilden sollte, „über die wir hoffentlich in nicht zu ferner Zeit auch zur organischen, politischen Einigung mit demselben (Norden) gelangen werden.“<sup>4</sup>

Den Bericht der staatsrechtlichen Kommission erstattete in der ersten Kammer der Abgeordnete Bluntschli: Johann Kaspar Bluntschli gehört zu den rührigsten Vertretern des badischen Liberalismus. Er war von Geburt Schweizer; unbefriedigt von der politischen Tätigkeit seiner engeren Heimat wandte er sich in den besten Mannesjahren zunächst nach Bayern, dann nach Baden, wo er seit 1861 als Staatsrechtslehrer an der Heidelberger Universität wirkte. Getragen von dem Glauben an die Richtigkeit der liberalen Idee stand er in den Kampfbahnen des Liberalismus selbstbewußt und ehrgeizig überall im Vordergrund. Die Reorganisation des Zollvereins bot ihm eine ersehnte Gelegenheit, für den nationalen Gedanken zu wirken. Bluntschli sah in dem „Zollstaat“ den beginnenden Gesamtstaat: „Es kommt einem zuweilen vor, wie wenn die ganze Verfassung des norddeutschen Bundes, also auch des Zollstaates, einem Schmetterlinge gliche, der die Puppe noch nicht völlig abgestreift hat, der noch nicht ganz frei geworden ist von dieser Hülle; je mehr er lebenskräftig fortschreitet, je mehr wird die Hülle abdorren und von ihm abfallen. Das sind aber die Dinge,

---

3. Beilagen zu den Protokollen der zweiten badischen Kammer 1867/68, Beilagenheft IV, S. 25 ff.

4. Beilagen, a. a. O., Heft VI, S. 26 ff.

die sich mit Naturnotwendigkeit entwickeln.“<sup>5</sup> Die erste Kammer antwortete in gleich nationalem Tone. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Zollparlaments auf weitere Gesetzgebungsfragen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, erschien notwendig und unvermeidbar. Die Auswirkung auf die weitere politische Entwicklung in Deutschland wurde als notwendig erachtet. Der badische Staatsminister Jolly kämpfte gegen die „Opfertheorie“ und stellte den ungeheuren Vorteil der nationalen Gemeinsamkeit fest, hinter der die partikularen Interessen zurücktreten mußten.<sup>6</sup> Beide Kammern waren einig in der Anerkennung des Primats der nationalen Interessen vor partikularistischen und wirtschaftlichen Bestrebungen.

Die Diätenfrage, auf welche die Regierungsvorlage in ihrer Begründung nur ausweichend einging,<sup>7</sup> stieß in beiden Kammern auf lebhaften Widerspruch. Das Versagen von Diäten wurde als eine empfindliche Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts betrachtet. Beide Kammern hofften, daß die Diätenfrage durch das Zollparlament selbst eine befriedigende Lösung erfahre.

Das Wahlgesetz zum Zollparlament wurde in der zweiten Kammer nur kurz beraten, während es in der ersten Kammer ohne jede Diskussion angenommen wurde. Der Entwurf dieses Gesetzes schloß fast wörtlich an das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 und das preußische Wahlgesetz vom 15. Oktober 1866 an. Die Bestimmung der Staatsangehörigkeit, die (wie die ganzen Ausführungsbestimmungen zum Reichswahlgesetz überhaupt) der süddeutschen Einzelgesetzgebung anheimgestellt war, wurde durch die badische Regierung im Gegensatz zu den Wahlgesetzen Bayerns und Württembergs „bei der nationalen Bedeutung, welche dem Zollparlament zukommt“<sup>8</sup> auf die Angehörigen aller dem Zollverein angeschlossenen Staaten ausgedehnt. Mit Recht sah der Kommissionsbericht der zweiten Kammer in der badischen Wählbarkeitsbestimmung den „An-

---

5. Stenographischer Bericht der Sitzung der I. Kammer vom 23. Okt. 1867, Beilage zur Karlsruher Zeitung, S. 6.

6. Stenographischer Bericht, a. a. O., S. 23 ff.

7. Stenographischer Bericht, a. a. O., Beilagenheft IV, S. 229 ff.

8. Beilagen, a. a. O., Heft IV, S. 229 ff.

fang des deutschen Staatsbürgerrechts“.<sup>9</sup> Der großdeutsch eingestellte Rechtsanwalt und Schriftsteller Heinrich von Feder, verlangte in der Debatte bei der Bestimmung der Staatsangehörigkeit die Berücksichtigung des Grundsatzes der Reziprozität unter den süddeutschen Staaten. Die Mehrzahl der zweiten Kammer begrüßte jedoch das Abgehen der Regierung vom partikularistischen Standpunkte. In der Diskussion wurden außerdem mehr untergeordnete Fragen behandelt, wie z. B. die Wahlkreiseinteilung, die sich auf die damalige Ämtereinteilung stützte. Auch die Fragen des direkten und indirekten, öffentlichen und geheimen Wahlsystems wurden gestreift, obwohl sie schon mit Annahme des Zollvertrages Erledigung gefunden hatten.

Die Verhandlungen der Stände in Württemberg und Bayern zeigten nicht die einmütige Gesinnung nationalen Einheitsempfindens wie in Baden. Der Streit der Parteien um den neuen Zollvereinsvertrag war heftiger und schärfer. Erst am 18. Okt. 1867 trat der württembergische Landtag zusammen und am 29. wurde die Debatte über den Zollvertrag wie über das Schutz- und Trutzbündnis eröffnet. Der leidenschaftliche Vorkämpfer im Streit gegen die Zollvereinsrekonstruktion war Moritz Mohl. Er gehört zu den Charakterköpfen der württembergischen Demokraten. Sein Bruder war der national- und liberalgesinnte Staatsrechtslehrer Robert von Mohl. Moritz Mohl hatte seinen Beruf als Obersteuerrat aufgegeben, um sich ausschließlich seiner Heimat widmen zu können. Als Mensch trug er sympathische Züge, politisch war er aber ein erbitterter Preußengegner und eigensinniger Verfechter württembergischer Interessen. Die deutsche Politik Bismarcks war ihm tief verhaßt. Die Hauptarbeit widmete er den wirtschaftlichen Interessen seiner Heimat, die er durch die freihändlerische Handelspolitik des Norddeutschen Bundes und durch den neuen Zollvertrag gefährdet glaubte. Zunächst griff er seine Regierung wegen der verspäteten Vorlage heftig an. Am 31. Oktober äußerte er sich darüber in der Kammer der Abgeordneten: „Das ist eben das Schlimme, daß man Verträge über Verträge

---

9. Beilagen, a. a. O., Heft VI, S. 59.



schließt in Gemeinschaft mit den anderen süddeutschen Staaten, und daß wir dann, wenn diese Verträge in den anderen Staaten angenommen werden, in eine desparate Lage kommen, daß man uns alsdann sagt und sagen kann: ihr könnt euch nicht isolieren. Dazu ist aber die Regierung da, um solche Verträge nicht abzuschließen, um solche Pressionen nicht herbeizuführen, um uns in eine solche Lage nicht zu bringen.“<sup>10</sup> Nachdem am 19. Oktober die badische II. Kammer und am 22. Oktober die bayrische II. Kammer den Zollvertrag mit großer Mehrheit angenommen hatten, setzten die Gegner in Württemberg ihre ganze Hoffnung auf die bayrische Reichsratskammer — ihr Ausschuß hatte den Vertrag bereits verworfen — und auf die Entsendung einer Abordnung der Reichsräte nach Berlin. Zwei Wege schienen offen, entweder mit Österreich zusammenzugehen oder im Verein mit Bayern dem Norden günstigere Bedingungen abzurufen.

Bereits am 24. September hatte die volkswirtschaftliche Kommission der württembergischen II. Kammer die Beratungen über den Zollvertrag beendet. Einstimmig wurde die neue Regelung als eine Verfassungsänderung angesehen, weshalb die Annahme nur mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit erfolgen könne. Die Stellungnahme zum Verträge selbst spaltete die Kommission in zwei Lager. Mohl, der Führer der Vertragsgegner, führte im Landtag nochmals alle Gründe ins Feld, die er bereits früher<sup>11</sup> gegen die neue Entwicklung angeführt hatte. Der Zollverein sei nur mit dem liberum veto und der bisherigen Besteuerung annehmbar; die neuen Verträge würden den Süden einer Mehrheit unterwerfen, die den preußischen Interessen diene. Preußen sei auf die süddeutschen Staaten angewiesen, um sich die Kassen füllen zu lassen; die Ablehnung der Verträge zwinge Preußen, sich nach einer anderen Lösung umzusehen. Nach diesen allgemeinen Vorstellungen sprach der Berichterstatter von volkswirtschaftlichen Einwänden im besonderen. Das geplante Abgehen vom Schutzzoll und Übergehen zum Freihandel werde

---

10. Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten, 1866/68, I. Protokollband. Vgl. A. Rapp, a. a. O., S. 248.

11. M. Mohl, Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren.

die heimische Industrie dem Auslande preisgegeben. Die neuen Verbrauchssteuern, die Salzsteuer und die geplante Tabaksteuer, trafen den Süden am empfindlichsten. Die von Mohl aufgestellten Berechnungen waren recht pessimistisch. Den Bericht der andern Kommissionspartei erstattete ein Abgeordneter für Stuttgart, Finanzrat Zeller. Ganz im Sinne der von der württembergischen Regierung geführten Verhandlungen betonte er, daß der Vertrag den Sinn habe, „die Fortdauer des deutschen Zoll- und Handelsvereins sicher zu stellen.“<sup>12</sup> Die Stellungnahme sei davon abhängig zu machen, ob es vorteilhafter sei, den Vertrag anzunehmen oder aber abzulehnen und aus dem Zollverein auszutreten. Die Gleichheit der Verbrauchssteuer, wie sie für das Salz erfolgt war und für den Tabak noch in Aussicht stand, sei eine unbedingte Notwendigkeit, da der Wert des Zollvereins auf dem freien Verkehr innerhalb seines ganzen Gebietes beruhe. Die Verbrauchssteuer erschien dem Berichterstatter vom sozialen Gesichtspunkte aus bedenklich. Während Mohl den Ruin der württembergischen Wirtschaft voraussah, kam dieser Bericht zum entgegengesetzten Ergebnis.

Sämtliche Handelskammern des Landes verlangten die Annahme des Zollvertrages. Die württembergische Kammer der Abgeordneten wurde mit Eingaben bestürmt und im Sinne des neuen Zollvertrages beschworen. Die Stuttgarter Stadtverwaltung legte der Kammer eine befürwortende Eingabe mit 3000 Unterschriften vor, die man auf einer Bürgerversammlung gesammelt hatte.

Am 31. Oktober fand die letzte Beratung und Abstimmung über den Zollverein statt. Das Ansuchen des bayrischen Reichsrates bei Bismarck war ergebnislos geblieben; auch die Annahme im bayrischen Reichsrat stand stündlich zu erwarten. Da die Befürworter des neuen Zollvertrages über keine  $\frac{2}{3}$  Mehrheit verfügten, die Ablehnung aber von den Gegnern jetzt nicht mehr verantwortet werden konnte, wechselten 15 Gegner die Partei, unter ihnen waren die späteren Zollparlamentsabgeordneten Ammermüller und Deffner, die beide in wirtschaftlichen Fragen von dem deutschen Patrioten und Nationalöko-

---

12. Rapp, a. a. O., S. 247.

nomen Friedrich List stark beeinflußt waren. Sie gaben die Erklärung ab, daß „ihre Überzeugung von den großen Nachteilen, namentlich auch in politischer Hinsicht, nach wie vor feststehe.“<sup>13</sup> Mit 73 gegen 16 Stimmen wurde der Vertrag angenommen. Unter den ablehnenden Stimmen befanden sich auch die der späteren Zollparlamentsabgeordneten Mohl, Österlen und Probst. Die Annahme wurde mit dem Vorbehalt verbunden, daß sich die württembergische Regierung für die Herabsetzung der Salzsteuer verwende und bei der Einführung der Tabaksteuer die Interessen des Landes nach Möglichkeit wahre.

Eine Rede des späteren Zollparlamentsabgeordneten Rudolf Probst veranlaßte folgende heftige Auseinandersetzung, welche die gegenseitige Erregung und Spannung der Gemüter kennzeichnet:

Probst: „Zollparlament ist ein schönes Wort, Parlament der Deutschen hat immer einen guten Klang; aber dieses Zollparlament ist denn doch etwas, was man nicht so den württembergischen Ständen hätte bieten sollen. Ist es etwa ein Zusammentritt Gleichberechtigter auf dem gleichen Boden? Können wir wirklich uns sagen, daß wir das geringste in diesem Zollparlament auszumachen haben, daß wir unser Wort mit der Bedeutung, die ihm zukommt, noch geltend zu machen imstande sind?“.

Varnbüler: „O ja“.

Hölder: „Ganz nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl; man gilt soviel, als letztere mit sich bringt“.

Österlen: „Wir sind aber ein Staat und nicht bloß Einwohner“.

Probst: „Das Zollparlament ist eine kleine Veränderung der Szenerie im norddeutschen Parlamente; es wird gestattet, daß in einem gewissen Momente die Türen des norddeutschen Parlaments geöffnet werden; die Abgeordneten der 4 süddeutschen Staaten dürfen dann auf ein paar Tage an den Verhandlungen teilnehmen, welche über Zoll- und Steuersachen gepflogen werden. Dieses Norddeutsche Parlament hat aber schon

---

13. A. Rapp, a. a. O., S. 256.

längst seine Konstituierung erhalten; die Parteien und Fraktionen haben sich gebildet, und da die Zollsachen auch nicht in der Luft stehen, sondern mit den andern Fragen zusammenhängen, so haben die Leute, welche sich im norddeutschen Parlamente befinden, längst ihre Ansichten darüber gebildet, und man weiß zum voraus, welches ihre Anschauungen sind. Nun sollen die süddeutschen Vertreter, welche nicht zur Bildung der Parteien haben beitragen können, ihre Ansichten über Zollsachen geltend machen; in der vollkommendsten Minderheit befinden sie sich ohnedies und sollen nun gegenüber einer schon fertigen Majorität auftreten — ...“.<sup>14</sup>

Probst kam zu dem Schlusse, daß der Süden mit dem Norden nur dann einen Bund bilden dürfe, wenn Österreich dabei sei; denn dann sei der Norden dem Süden nicht mehr überlegen.<sup>15</sup>

Die Presse nahm je nach ihrer Stellung das Abstimmungsergebnis auf. Der ‚Beobachter‘ und die ‚Frankfurter Zeitung‘ bemerkten resigniert und bitter, diese Kammer sei vor fünf Jahren unter ganz andern Verhältnissen gewählt worden und vertrete nicht mehr die Mehrheit des Volkes. Die Verträge hätten einer neugewählten Kammer vorgelegt werden müssen. Das Organ der Deutschen Partei jubelte in der Schlagzeile: „Eine zweite Schlacht bei Königsgrätz.“<sup>16</sup> In dem Abstimmungsergebnis wollte diese Zeitung weniger die Stimme der Kammer als die Meinung des Volkes hören. Wenn sie im entscheidenden Augenblick in anderem Sinne gestimmt habe, so sei das nur unter dem überwältigenden Druck der Kundgebungen geschehen, die aus allen Gegenden des Landes an sie gerichtet worden seien. Die Kammer habe fast wider Willen nur als Sprachrohr der in Württemberg herrschenden Meinung gedient.

Erst am 27. Januar 1868 kam das Wahlgesetz zum Zollparlament in der zweiten Kammer zur Verhandlung. Die württembergische Regierung hatte die Wahlfähigkeit auf die württem-

---

14. Verhandlungen der württemberg. Kammer der Abgeordneten 1866 bis 68, I. Protokollband, S. 479.

15. Am 20. August 1867 genehmigte die II. Kammer in Hessen die neuen Zollvereinsverträge mit 31 gegen 5 Stimmen.

16. Rapp, a. a. O., S. 257.



bergischen Staatsbürger beschränkt. Der württembergische Minister des Innern Geßler hatte sich als zuständiger Ressortminister an das Reichswahlgesetz von 1849 und an das preussische Wahlgesetz gehalten, da es kaum ratsam sein dürfte, „Abweichungen zu statuieren, wo solche nicht dringend geboten sind“.<sup>17</sup> In der Frage der Staatsangehörigkeit vertrat er die Ansicht der Beschränkung, da ja unter den süddeutschen Staaten, wie zwischen dem Süden und Norden, kein engerer staatsrechtlicher Verband bestehe. Der Geheime Rat war dieser Meinung beigetreten.<sup>18</sup> Bei den Kammerverhandlungen wollte eine von der Deutschen Partei geführte Minderheit die Wahlberechtigung auf alle Staatsbürger ausdehnen, die einem der Zollvereinsstaaten angehörten. Da aber in dieser Frage keine Gegenseitigkeit bestand, sah man davon ab. Wegen der Kürze der Zeit und zur einstweiligen Erprobung wurde der Vorschlag des Ministeriums angenommen, die Einteilung der Wahlkreise durch Verordnung und nicht auf dem Gesetzgebungswege vorzunehmen.

Das gleiche Bild bieten uns die Verhandlungen in Bayern. Mißtrauisch hatte die bayrische Fortschrittspresse die zögernde Haltung Hohenlohes auf der Berliner Ministerkonferenz verfolgt. Als die bayrische Unterschrift doch gegeben wurde, atmete die Fortschrittspartei erleichtert auf. Die Historisch-politischen Blätter, das Organ der kirchlichen konservativen Partei, sprachen sich einstimmig für Ablehnung der Verträge aus. Die Gegner der Verträge drangen auf Landtagsauflösung. In Passau wurde im September von einem klerikalen Ausschuß die sogenannte „Passauer Königsadresse“ entworfen und an die altbayrischen Gemeinden versandt. Die Unterzeichneten erklärten, in der Majorität der II. Kammer nicht mehr die Vertreter des Landes erblicken zu können; sie erbaten vom König die Auflösung des Landtags vor dem Zusammentritt zur Beratung der Verträge und forderten die Ausschreibung von Neuwahlen. Nahezu 2000 ländliche Gemeinden, hauptsächlich

---

17. Vorlage Geßlers an König Karl, 9. Oktober 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

18. Gutachten des Geh. Rates, 10. Dezember 1867, Staatsarchiv Stuttgart.

Niederbayerns und der Oberpfalz, stimmten nach und nach dieser Forderung zu. Der Landtag wurde jedoch nicht aufgelöst und trat im Oktober zur Beratung der Verträge zusammen. Am 8. Oktober legte die Regierung dem Landtag die neuen Zollvereinsverträge zur Genehmigung vor, die Wahlgesetzentwürfe für die Wahlen der Abgeordneten zum Zollparlament und einen Gesetzentwurf über die Erhebung einer Salzabgabe.

Bei den Vorlagen an das Parlament hielt der bayrische Ministerpräsident eine hochpolitische Rede. Er gab einen Rechenschaftsbericht über die bisherige Politik in der deutschen Frage. Hohenlohe verteidigte nach wie vor seine Politik, die durch die Rücksicht auf das bayrische Selbstgefühl und die bayrischen Verhältnisse vorgeschrieben war. Jedweden Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund lehnte er ab, ebenso ein Verfassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Österreichs sowie einen südwestdeutschen Bundesstaat, der für sich abgeschlossen sei oder sich an eine nichtdeutsche Macht anlehne. „Was wir wollen und was wir auch ferner anstreben werden, ist die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bund und damit die Einigung des zur Zeit getrennten Deutschlands in der Form eines Staatenbundes.<sup>19</sup> Hohenlohe legte dabei größten Wert auf die Gemeinsamkeit des Vorgehens der süddeutschen Staaten, worauf er auch bisher stets bedacht gewesen war. Die beschlossenen, neuen Zollvereinverträge verteidigte er mit der unumgänglichen Verpflichtung zur notwendigen Wiederherstellung geregelter Zollvereinsverhältnisse. Die Beziehung der neuen Regelung zu den Aufgaben der deutschen Frage charakterisierte er mit den Worten: „Sie werden unschwer erkennen, daß die Bedingungen, an welche Preußen die Aufrechterhaltung des Zollvereins knüpfte, nicht ohne Einfluß auf den weiteren Fortgang des begonnenen Werkes bleiben konnten. Die Staatsregierung mußte notwendigerweise das Inslebentreten der neuen Organisation des Zollvereins mit seinen Folgen abwarten, um darnach zu ermessen, in welcher Form neben derselben der beabsichtigte Staatenbund zur Durchführung gebracht werden könne. Die Staatsregierung sieht

---

19. Schulthess, 1867, a. a. O., S. 222.

demnach ihre Aufgabe nicht als gelöst an. Sie wird die Politik, die sie als die allein richtige erkennt, nach wie vor festhalten“. Mit einem Appell an die Einsicht in die politische Notwendigkeit der Verträge schloß Hohenlohe: „Welches Urteil Sie auch über meine politische Tätigkeit fällen mögen, darin werden Sie mit mir übereinstimmen, daß das Band nicht zerrissen werden darf, welches die materiellen Interessen Deutschlands sichert, ohne welches eine nationale Verbindung irgend einer Art unbedingt nicht gedacht werden kann“.<sup>20</sup> Vorsichtig, aber bestimmt klang die Verteidigung der neuen Verträge durch Hohenlohe. Am 21. und 22. Oktober fand die Debatte in der II. Kammer statt, die schließlich die Verträge mit der überwiegenden Mehrheit von 117 gegen 17 Stimmen annahm. Die Verteidiger der Verträge Brater, Völk und Barth setzten sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit und nationalen Leidenschaft für die neue Regelung ein. Nicht weniger leidenschaftlich war der Ton der Gegner, die auf der Rechten der Kammer saßen. Die großdeutsch-katholisch gesinnte Opposition scharte sich um die vier Doktoren: den Archivar Dr. Jörg, den Oberbibliothekar Dr. Ruhland, den Professor Dr. Edel und den Ministerialrat Dr. Weis. Jörg verlangte, Bayern müsse durch Ablehnung der Verträge Grundstock eines europäischen Friedensbundes werden; der fortwährenden Entkräftung des monarchischen Prinzips, der unaufhaltsamen Revolutionierung und Zerrüttung Europas durch Preußen müsse ein entschiedenes Halt zugerufen werden. „Die Zollverträge seien für Preußen nur ein Mittel zur fiskalischen Ausnützung der Südstaaten, zur Förderung seiner Rüstungen, seines unproduktiven Militarismus“.<sup>21</sup> In den gleichen Fußstapfen wandelte auch der Demokrat Kolb. Mehr oder minder gemäßigte, dann und wann leidenschaftliche Zustimmung fand der Zollvertrag bei den Vertretern der Mitte und Linken. Diese Gruppen waren es, die der Annahme der Zollverträge zu großer Mehrheit verhalfen. Am 23. Oktober genehmigte die II. Kammer auch den Wahlgesetzentwurf gegen eine Minderheit von 14 Stimmen.

---

20. Schulthess, a. a. O., 1867, S. 225.

21. Spielhofer, a. a. O., S. 193.

Die Opposition gegen die Zollvereinsverträge wurde jetzt völlig in die Kammer der Reichsräte verlegt. Der parteiisch zusammengesetzte Ausschuß beschloß mit 9 Stimmen gegen 1 die Verwerfung der Zollvereinsverträge zu beantragen. Handel- und Gewerbetreibende sowie die städtische Bevölkerung garieten in fieberhafte Aufregung. Der Reichsrat wurde mit einer Flut von Adressen und Telegrammen gegen die Auflösung des Zollvereins bestürmt. Unaufhörlich schürten die Blätter der fortschrittlichen Partei die umsichgreifende Empörung. Am 26. Okt. erstattete Freiherr von Thüngen den Ausschußbericht und beantragte die Verwerfung der Vorlagen. Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg fand den rettenden Ausweg in einem Amendement, das er telegraphisch der Kammer zugehen ließ. Als Hüter der bayrischen Selbständigkeit und opferbereiter Beschützer der materiellen bayrischen Interessen mögen die Reichsräte beschließen, „den vorgelegten Verträgen nur unter der Bedingung die Zustimmung zu erteilen, daß das dem Staate Bayern in den seitherigen Zollvereinsverträgen zustehende Recht der Zustimmung oder Ablehnung auch in den neuen Verträgen Ausdruck findet.“<sup>22</sup> Die Beibehaltung des liberum veto durch Bayern sollte der Preis sein, um den sich Bayern den neuen Vertrag von Preußen abkaufen lassen wollte. Der Ausschuß machte sich den Antrag zu eigen und die Reichsratskammer nahm ihn mit allen gegen 3 Stimmen an. Die Führer der Reichsräte, Hohenlohe und Thüngen, verließen, von Ministerialrat Weber begleitet, am gleichen Abend noch München, um Bismarck die bedingte Annahme der Verträge zu unterbreiten. Ohne das Zugeständnis des liberum veto kehrten der bayrische Ministerpräsident und seine Begleiter zurück.

In Bayern hatten die Dinge inzwischen eine bedrohliche Zuspitzung erfahren. Mit Deputationen, Adressen und Telegrammen trat man beim Reichsrat für bedingungslose Annahme der Verträge ein. Die Presse suchte sich in ihrer Agitation, im Für und Wider, gegenseitig zu überbieten. Österreichische und französische Agenten legten es darauf an, die gespannte Lage in ihrem Sinne auszunützen; sogar der Abschluß eines

---

22. Schulthess, a. a. O., 1867, S. 228 ff.



bayrischen Zollbundes mit Italien wurde in diesen aufgeregten Tagen propagiert. Am Tage von Hohenlohes Rückkehr beschloß die II. Kammer mit allen gegen 12 Stimmen bei namentlicher Abstimmung auf der bedingungslosen Annahme der Verträge zu verharren, mit dem Zusatz, die bayrische Regierung werde dafür sorgen, daß Preußen sein Einspruchsrecht nicht zum Nachteil bayrischer wirtschaftlicher Interessen gebrauche. Am gleichen Tage fügte sich der Ausschuß der Kammer der Reichsräte dem Zwang der Lage und beschloß mit 8 Stimmen gegen 1, die Annahme zu befürworten. Am 31. Oktober fand die entscheidende Abstimmung in der Vollversammlung der Reichsräte statt. Alle waren vollzählig erschienen. Im Erdgeschoß des Hauses war vorsichtshalber Militär bereitgestellt. Thüngen selbst mußte sich jetzt für die Regierungsvorlage einsetzen und begründete den Antrag auf Annahme mit der wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeit des Zollvereins für Bayern. Mit 35 gegen 13 Stimmen, einer knappen  $\frac{2}{3}$  Mehrheit, wurde von den Reichsräten die bedingungslose Annahme der Zollverträge ausgesprochen. Die wirtschaftlichen Momente hatten über die politischen Bedenken gesiegt. Wie in Württemberg feierte auch in Bayern die Fortschrittspresse den heißerrungenen Sieg. Die gegnerische Presse beugte sich dem unvermeidlichen Zwang.

## *2. Die Wahlen zum Zollparlament in Baden, Württemberg und Bayern.*

Im August 1867 tagte in Stuttgart unter dem Vorsitz des freisinnigen bayrischen Abgeordneten M. Barth eine Versammlung der Fortschrittspartei, die von Vertretern sämtlicher vier süddeutschen Staaten besickt war.<sup>23</sup> Unter anderem wurden die Richtlinien für die Agitation bei den Zollparlamentswahlen aufgestellt.<sup>24</sup> Die Versammlung befand sich zunächst in großer Ratlosigkeit, da eine Forderung des Eintritts in den norddeut-

---

23. H. Schulthess, a. a. O., 1867, S. 208 ff.

24. Die Ausführlichkeit der Darstellung der badischen Wahlbewegung möge sich dadurch rechtfertigen, daß diese Vorgänge bisher unbekannt waren.

schen Bund mehr als gewagt erschien. An die Spitze der erlassenen Erklärung stellte man deshalb die weitgefaßte, auch für Demokraten und Großdeutsche annehmbare Forderung einer Wiedervereinigung Deutschlands. Das unverhüllte Verlangen des direkten Eintritts in den norddeutschen Bund folgte erst am Schluß, daran schloß sich ein deutlicher Protest gegen die „Mißgriffe der preußischen Verwaltung“. Für die Wahlen zum Zollparlament einigte man sich auf die Parole der Kompetenzerweiterung. „Insbesondere ist das Verlangen von Süddeutschland, gemeinsam mit dem Norden das deutsche Bürgerniederlassungs- und Gewerberecht zu ordnen und die in Artikel IV der Bundesverfassung näher bezeichnete nationale Gesetzgebung auszuüben, vollberechtigt und unabweisbar.“<sup>25</sup> In dieser Richtung dachte man sich die vorläufige Erweiterung des Geschäftsbereiches des neuen Parlaments. Die oben erwähnte Erklärung vom August 1867 bildete den allgemeinen süddeutschen Auftakt zu den Zollparlamentswahlen, die im kommenden Jahre stattfanden.

Zu Beginn der badischen Wahlbewegung wurde am 20. Dezember 1867 von einer großen Zahl badischer Kammermitglieder eine öffentliche Erklärung<sup>26</sup> über die Aufgaben und Bedeutung des Zollparlaments erlassen. Die Ansprache, die von den amtierenden badischen Ministern Mathy, Jolly, Freydorf und Stabel mitunterzeichnet war, führte aus: Das Zollparlament bedeute noch nicht die Befriedigung des nationalen Verlangens nach einer Einigung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bund, vielmehr nur die wirtschaftliche Einigung gegenüber dem Auslande, für die der Main keine Grenze bilde. Mit Freuden wurde in der Erklärung die Umgestaltung des Zollvereins begrüßt, durch welche die schwerfällige Organisation eines reinen Staatenbundes in Zollsachen durch eine deutsche „Zollunion“ ersetzt und verbessert worden sei.

Nach einem kurzen Überblick über die Einrichtung der neuen legislativen Organe des Zollvereins beschäftigte sich die Erklärung eingehend mit dem Zollparlament selbst: Zum ersten

---

25. H. Schulthess, a. a. O., 1867, S. 209.

26. Karlsruher Zeitung, 1868, Nr. 2.

Male erhalte das ganze deutsche Volk die verfassungsmäßige Gelegenheit, seinen Willen in einem Parlament auszusprechen. „Es ist das eine nicht zu unterschätzende Vorstufe der anzustrebenden politischen Einigung“.<sup>27</sup> Zum ersten Male gelte in Baden das direkte Wahlrecht. Neben der Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung und der Ausgleichung der badischen Interessen mit den allgemein deutschen solle die gemeinsame Volksvertretung dazu dienen, „das wechselseitige Verhältnis und die Verbindung von Nord- und Süddeutschland durch persönliche Annäherung und Umtausch der Meinungen zu fördern“; ferner müsse es eine unkündbare Zollunion erstreben, die dem Handel und Gewerbe die notwendige Stetigkeit gewähre, sowie das Zollgebiet auf die beiden Mecklenburg, Luxemburg und die Hansestädte ausdehnen. Als letzte und vornehmste Aufgabe des Zollparlaments wurde bezeichnet, „die Wege zu suchen, auf denen teils die Ausbildung, teils die erforderliche Erweiterung der Kompetenzen der Zollunion und daher des Zollparlaments am ehesten zu erreichen ist.“ Bei den Wahlen sollten nur Männer kandidieren, die sowohl geeignet als auch entschlossen seien, „die nationale Verbindung des Südens mit dem bereits geeinigten Norden zu fördern.“<sup>28</sup> Vertrautheit mit den wirtschaftlichen Interessen des engeren und weiteren Vaterlandes wurde gleichfalls für die Kandidaten vorausgesetzt.

Der Gesamtcharakter dieses Aufrufs an die Wähler war maßvoll, weitgefaßt sowie frei von jeder Polemik. Die Forderung des Eintritts der süddeutschen Staaten oder Badens allein war klug vermieden und klang nur leise durch; vielmehr beschränkte man sich — wohl aus politischer Wahlberechnung — auf eine Ausdehnung der Zollparlamentskompetenz. Über die Mittel schwieg man sich aus, ebenso wie in der Stuttgarter Erklärung vom August 1867. Jedoch der nationale und parteipolitische Charakter war nicht zu verkennen.

Einige Tage später brachte die ‚Karlsruher Zeitung‘,<sup>29</sup> die auch die Wahlsprache zuerst veröffentlicht hatte, eine Gegen-

---

27. Ebenda.

28. Ebenda.

29. Ebenda, Nr. 6.

erklärung zum Abdruck, die vom 4. Januar 1868 datiert war. Unterzeichnet war sie von den Grundherren Helmstett, Gemmingen und Göler. Diese Gegenerklärung billigte zwar die nationale Gesinnung der Dezembererklärung, verlangte aber in erster Linie bei den Wahlen die Berücksichtigung von Kandidaten, „von welchen mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß sie die wirtschaftlichen Interessen unseres Landes zu wahren gesonnen und befähigt sind“;<sup>30</sup> denn die wirtschaftlichen Fragen, die dem Parlament vorgelegt werden sollen, seien für die badischen Interessen von größter Bedeutung. Die Gegner des badischen Wahlaufrufs begründeten den unternommenen Schritt damit, die Motive der öffentlichen Erklärung vom 20. Dezember nicht zu kennen; sie mißbilligten den ausgesprochen politischen Charakter der meisten vom Wahlkomitee vorgeschlagenen Kandidaten.

Die Aufnahme der Dezembererklärung durch die gegnerische Presse war kühl. Der klerikale ‚Badische Beobachter‘ versagte dem Dezemberruf eine eingehende Würdigung und verzichtete auf seine Wiedergabe. Die links-liberale ‚Neue Badische Landeszeitung‘ in Mannheim kommentierte die Erklärung der Mehrheit der badischen Kammer: sie werde im Volke mit Gleichmut aufgenommen, vielfach nicht einmal des Lesens gewürdigt, da man den Inhalt bereits kenne.

Auch der ‚Württembergische Staatsanzeiger‘ nahm unter einer Korrespondenz ‚Vom Lande‘, die man dem württembergischen Minister Geßler zuschreiben darf, gegen die badische Kammererklärung Stellung. Die Forderung einer Kompetenzausdehnung wurde bereits als Versuch zur „Verletzung der eingegangenen Vertragsverbindlichkeiten“ gedeutet und zurückgewiesen.<sup>31</sup> Eine Erwiderung der ‚Karlsruher Zeitung‘ vom 8. Januar stellte sich auf den Standpunkt des Aufrufs und wies die Beschuldigung eines Vertragsbruches, die sich vor allem gegen die vier mitunterzeichneten Minister richtete, energisch zurück.<sup>32</sup> Freydorf selbst bekannte sich als Verfasser dieser Erwiderung und rühmte sich des Duells mit Varnbüler. Varn-

---

30. Ebenda.

31. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 136.

32. Ebenda, S. 137.



büler sah von einer Erwiderung ab und beauftragte seinen Karlsruher Geschäftsträger, Freydorf auf den peinlichen Eindruck des Tones und des offiziellen Charakters, den die Erwiderung auf die württembergische Regierung machen mußte, hinzuweisen.<sup>33</sup> Varnbüler erklärte sich mit der einstweiligen Erledigung zufrieden, nachdem Freydorf formell zugestanden hatte, daß die angeregte Erweiterung der Tätigkeit des Zollparlaments den Bestimmungen des Zollvertrags widerspreche.<sup>34</sup> Freydorf betonte den formalen Charakter seines Zugeständnisses wegen der Kompetenz des Zollparlaments, da „außer ein paar Partikularisten ganz Deutschland darüber einig sei, daß das Zollparlament von selbst zur Erweiterung seiner Befugnisse führen werde“.<sup>35</sup> Der Streit zeigt deutlich den grundlegenden Unterschied zwischen den Auffassungen der badischen und württembergischen Regierung, wie er immer klarer zu Tage trat.

Mit der Erklärung an die badischen Wähler vom 20. Dez. 1867 war die Richtung angezeigt, in der sich die Wahlagitation der badischen Fortschrittspartei bewegen sollte. Daß diese Demarkationslinie öfters überschritten wurde, war auf die radikalisierende Tendenz zurückzuführen, die jeden Wahlkampf auszeichnet. In einem Artikel über die ‚Wahlbewegung in Süddeutschland‘, den das politisch liberale ‚Mannheimer Journal‘ abdruckte, wurde verlangt, daß das Zollparlament sich auf der Stelle laut und unzweideutig für die Herstellung der deutschen Einheit bekennen müsse.<sup>36</sup>

Eine Zolleinigung mit Österreich wurde von der Fortschrittspartei abgelehnt, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch weniger Berechtigung habe als früher. Die wirtschaftliche Einigung bedeute sowohl eine Verleugnung aller gesunden volkswirtschaftlichen Prinzipien als auch eine Verkennung des politischen Fortschritts. Vom national-kleindeutschen wie vom wirtschaftlich-freihändlerischen Standpunkte aus mußte die liberale Partei den Anschluß Österreichs ablehnen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Volksvertretung

---

33. Varnbüler an Soden, 10. I. 1868. Staatsarchiv Stuttgart.

34. Varnbüler an Soden, 12. I. 1868. Staatsarchiv Stuttgart.

35. Soden an Varnbüler, 14. I. 1868. Staatsarchiv Stuttgart.

36. Mannheimer Journal, 10. Januar 1868.

verkannte zwar die Fortschrittspartei nicht, legte aber das Hauptgewicht der Agitation auf die nationale Aufgabe, die dem süddeutschen Volke mit den Wahlen und den Abgeordneten im Zollparlament gestellt war. „Das Zollparlament ist die Brücke, die nicht allein von Süd nach Nord, sondern auch von Nord nach Süd herüberführt; je fester und je vollkommener wir sie bauen, umso mehr nützen wir dem Vaterland und zugleich uns selbst“, schreibt die ‚Badische Landeszeitung‘ am 14. Februar 1868.

In der ersten Reihe der Gegner der Fortschrittspartei standen die Klerikalen auf dem Wahlfelde. Anfangs übten sie Zurückhaltung, ja fast Enthaltung vom Wahlkampfe, um in den letzten Wochen vor der Wahl mit dem Gegner umso heftiger die Waffen zu kreuzen. „Ja, wir sind in das Wasser geworfen; es will uns bereits zum Munde hineinlaufen, und wir müssen am nächsten Dienstag, den 16. Februar, zeigen, daß wir schwimmen können, daß wir nicht träge und faul, und daß wir keine feigen Memmen, sondern ihres Rechts bewußte, thatkräftige katholische Bürger des Großherzogtums Baden sind“.<sup>37</sup> Zunächst führte die klerikale Agitation die schwerwiegenden, unheilvollen Beschlüsse der künftigen Volksvertretung für die badische Landwirtschaft, den Handel und die Industrie, die von dem Wohlstand der ersten abhängig waren, ins Feld. „Wir erinnern vor allem an die schon ausgemachte Einführung der Tabaksteuer, neben der Salzsteuer, Rübenzuckersteuer, auch die leicht mögliche Biersteuer. Wir erinnern weiter an die in Aussicht stehende Herabsetzung der Weinzölle, in Folge deren nicht wenige Weinproduzenten an den Bettelstab gebracht werden“.<sup>38</sup> Von der nationalen Partei könne keine Verteidigung der badischen Interessen erwartet werden. Die freihändlerische Gesinnung der Nationalliberalen komme einem Ruin der Wirtschaft gleich. Die klerikale Partei befürwortete die Wahl von Männern, die mit den Bedürfnissen unseres Landes vertraut seien und ihnen zur Geltung verhelfen, „Männer, welche nicht durch politische Nebenrücksichten geleitet, vor allem darauf sehen,

---

37. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 39.

38. Die Freiburger Flugschrift über die Zollparlamentswahlen, Mannheimer Journal, 1868, Nr. 53. Korrespondenz aus dem Oberland, 21. Febr.

sich Preußen und dem norddeutschen Bund willfährig zu beweisen“.<sup>39</sup>

Die wirtschaftlichen Belange und Rücksichten traten bald zurück hinter den politischen Zielen, welche die kirchliche Partei mit den Wahlen verfolgte. Für sie ging der Wahlkampf nicht um handelspolitische Prinzipien, auch nicht um nationale Fragen, sondern um die Entscheidung über eine Fortsetzung der innerpolitischen Richtung, die zu Beginn der 60er Jahre begonnen worden war. Durch das klerikale Eingreifen wurde der Kampf und die Wahlagitation von dem Schauplatz deutscher auf den badischer Politik verschoben. Da die Träger der badischen Innenpolitik zugleich Vertreter einer tatkräftigen deutschen Politik waren, entschied ein ultramontaner Sieg über das badische Regierungssystem im Innern auch über den nationalen Kurs. Durch die Einbeziehung kulturpolitischer Fragen, wie: Stellung der Kirche, konfessionelle Schule oder Staatsschule, kirchliche oder staatliche Standesbeamtung, erhielt die Wahlkampagne einen rein konfessionellen Charakter. Die ruhige, zielbewußte Agitation machte schließlich auf beiden Seiten einem gehässigen, persönlichen Fanatismus Platz.

Dem herrschenden System warf man vor, die Osterproklamation, die den Grundsatz der Selbständigkeit der Kirche ausgesprochen habe, sei nicht verwirklicht worden. Offenkundiger Notstand der katholischen Religion und ihrer Diener, beklagenswerte Lage von Kirche und Schule durch die bisherige Gesetzgebung und Verwaltung waren Schlagworte der täglichen Agitation. „Sie wollen die Menschheit um das Christentum bringen; aus dem Volk wieder Heiden und Sklaven machen“.<sup>40</sup> Die verlangte Einrichtung der Simultanschule bedeute die Auflösung der christlichen Konfessionen.

Auch die Erhöhung der Steuern, welche die militärische Angleichung an den Norden erforderte, wurde als Propagandamittel gegen die liberale Aera benutzt. „Diese Partei ist es, welche die Blutsteuer zur Conscription und die Geldopfer für das Kriegswesen zu der drückendsten Höhe hinaufgeschraubt hat, während in unserem Nachbarstaate Württemberg, obgleich

---

39. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 37.

40. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 39.

der in demselben Bündnisse mit Preußen steht wie Baden, in beiden Beziehungen viel mäßigere Lasten dem Volke auferlegt worden sind“.<sup>41</sup>

Der Appell der katholischen Agitation richtete sich vor allem an die arbeitende Bevölkerung und den Bauernstand: „In Eurer Hand, biedere Männer des Landvolkes, liegt es, bei diesen Wahlen die Entscheidung zu geben, und dadurch zugleich eine Besserung unseres Zustandes überhaupt in Kirche und Schule, in der Besteuerung und in allem Übrigen herbeizuführen. Gebt Eure Stimme christlich gesinnten Männern, welche die Kirche und Schule bei ihrem Rechte und bei ihrer Ordnung erhalten wissen wollen“.<sup>42</sup> Erleichterung der Volks- und Steuerlasten, die wahre Verwirklichung der Osterproklamation wurde den Wählern als Siegespreis im Wahlkampfe verheißen.

Im Kampfe gegen die moderne Staatsidee, welche die badische Innenpolitik leitete, stand die protestantische orthodoxe Partei auf Seite der Klerikalen. Mit gleichem Eifer bekämpfte sie die liberale Richtung des badischen Ministeriums und der Kammermehrheit. Im Gegensatz zu den Anhängern des politischen Katholizismus stimmte die protestantisch-orthodoxe Partei überein mit den nationalen Zielen der Fortschrittspartei und billigte das Streben nach einer Heranziehung des Volkes zur Teilnahme an der Verwaltung seiner Angelegenheiten. Da sich die innerpolitischen Forderungen der protestantischen Partei mit ihren außenpolitischen Zielen nicht deckten, geriet sie in eine Zwischenstellung zwischen der katholischen Partei und den badischen Fortschrittsbestrebungen.

Als letzte Partei, die eine einheitliche Organisation noch entbehrte, sind die Demokraten zu erwähnen. Ihre Haltung im Wahlkampf war schwankend und unschlüssig. Die links-liberale, Neue Badische Landeszeitung<sup>4</sup> ermunterte ihre Wähler am 10. Januar: „Auf, ihr Demokraten, geht ins Zollparlament mit dem Gedanken, daß man den Feind auf seinem eigenen Boden und mit seinen eigenen Waffen bekämpfen muß und macht das Zollparlament zu einem deutschen Parlament. Aber zum Parlament!“ Das Zoll-

---

41. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 38.

42. Ebenda.



parlament könne nur dann als politische Handhabe dienen, wenn die Demokraten sich dabei beteiligten; ohne deren Teilnahme gleiche es einer Versammlung, mit der man umspringen könne, wie man wolle. Bekämpfung neuer Zölle und Verweigerung neuer Steuern, solange sie der Unterhaltung militärischer Einrichtungen dienten, Förderung der Freiheit und Einigkeit der Nation besonders dem Ausland gegenüber, Bekämpfung der preußischen Großmachtpartei, die durch Bismarck und die Majorität des norddeutschen Reichstages verkörpert wurde, Unterstützung der Gesinnungsgenossen im Norden, dies war die badische demokratische Wahlparole. Man begrüßte die Verwirklichung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage. Das Zollparlament erschien als Mittel, um bei richtiger, entschlossener Benutzung Einfluß auf die preußische Regierungspolitik gewinnen zu können und durch Zollverweigerung den Abbau des Militärstaates und den Übergang zum Volkswehrsystem zu erzwingen.

Am 15. Februar betonte die in Mannheim erscheinende „Neue Badische Landeszeitung“, damals die einzige demokratische Zeitung Badens, daß zwar grundsätzlich die Wahlbeteiligung zu billigen, praktisch jedoch mit der Nichtbeteiligung der demokratischen Partei zu rechnen sei.

Dem mit großer Leidenschaft geführten Wahlkampf setzte der 18. Februar ein vorläufiges Ziel, um ihn bei den Stichwahlen nochmals von neuem auflodern zu lassen.

Baden zerfiel damals in 14 Wahlkreise, d. h. auf je 100 000 Einwohner wurde ein Abgeordneter gewählt. Die niedrigste Kopffzahl wies der zehnte Wahlkreis (Karlsruhe, Bruchsal) mit 95 718 Einwohnern auf, die höchste der achte Wahlkreis (Kork, Bühl, Baden, Rastatt) mit 109 043 Einwohnern. Schon bei den Verhandlungen der zweiten Kammer war die Wahlkreiseinteilung Gegenstand der Kritik gewesen. Da jeder einzelne Wahlkreis auf ungefähr die gleiche Kopffzahl gebracht werden mußte, führte dies notwendig zur Zusammenlegung räumlich getrennter Bezirke und zur Zerreißung beieinanderliegender. Die Gesamtzahl der aktiven Wähler belief sich auf ungefähr 300 000.

Die Agitation der Presse wurde lebhaft unterstützt durch die Bildung und die Tätigkeit von Wahlausschüssen. Die Kandidaten wandten sich meistens persönlich an ihre Wähler. Die Fort-

schrittspartei wurde durch die amtlichen Stellen in den Wahlbezirken unterstützt und empfohlen. An der Agitation der Gegenpartei beteiligte sich lebhaft die Geistlichkeit. Die kirchlich-katholische Partei begründete die aktive Teilnahme des Klerus mit der Agitation der ministeriellen Partei, die ein grimmiger Gegner des Katholizismus sei. So fand z. B. in Assamstadt eine Wahlversammlung der katholischen Geistlichen des Jagsttales statt, die den Kaufmann Lindau als Kandidaten nominierte. Freiburger Flugschriften in großer Zahl unterstützten die katholische Wahlpropaganda. Die Demokraten hatten von jeder Kandidatur Abstand genommen. Darum hatte sich Venedey, einst führendes Mitglied der Linken in der Paulskirche, im vierten Wahlkreis (Lörrach, Müllheim, Staufen, Breisach) selbst aufgestellt. Die konservative orthodoxe Partei hatte nur zwei Kandidaten ernannt, im dreizehnten Wahlkreis (Bretten, Eppingen, Sinsheim, Mosbach) den Pfarrer Mühlhäußer, welcher der zweiten Kammer angehörte, und im zehnten Wahlkreis (Karlsruhe, Bruchsal) ein Mitglied der ersten Kammer, Freiherrn von Göler. Mühlhäußer war ein heftiger Gegner des innenpolitischen Regierungssystems, jedoch ebenso wie sein Gesinnungsgenosse Göler Anhänger der nationalen Idee. Beide Kandidaturen stützten sich auf die klerikalen und orthodoxen Parteianhänger, die sich in diesen beiden Wahlkreisen gegen die nationalen Kandidaten offen verbunden hatten.

Die Mehrzahl der nationalliberalen Kandidaten gehörte der zweiten Kammer an. Im sechsten Wahlkreis kandidierte Ministerialrat Kiefer, im siebenten Rechtsanwalt Eckard, im achten und vierzehnten der frühere badische Minister Lamey, im zehnten der Bankier Koelle, der den Kommissionsbericht in der zweiten Kammer erstattet hatte. Mitglieder der ersten Kammer waren die Kandidaten im ersten und neunten Wahlkreis, die Fabrikanten Faller und Dennig. Die Gegenkandidatur Mühlhäußers hatte Bluntschli übernommen. Im dritten und vierten Wahlkreis hatte der frühere badische Außenminister Roggenbach eine nationale Kandidatur angenommen. Franz von Roggenbach, der zu Beginn der sechziger Jahre die badische Politik leitete, ist unter den badischen Vertretern im Zollparlament politisch bedeutsam und menschlich sympathisch. Sein

Ziel war die Einheit und die Machterhöhung des deutschen Volkes. Er schied allzu früh aus der ministeriellen Tätigkeit, blieb aber seiner politischen Überzeugung treu. Als Abgeordneter im Zollparlament betätigte er sich mit großer Zurückhaltung. Seinen Einfluß, der in diesem Fall hätte segensreich wirken können, konnte er auf die überstürzte Politik seiner Landsleute aus dem nationalliberalen Lager nicht geltend machen. In der Erkenntnis der politischen Verhältnisse wies er den unbedingten und vereinzeltten Anschluß Badens an den Nordbund zurück. Trotzdem sich der ganze dritte Kreis auf die Person des Weinhändlers Hebling geeinigt hatte, hielt der Wahlausschuß von Schopfheim an der Kandidatur Roggenbachs fest. Auch im zweiten Wahlkreis war es durch die Uneinigkeit zu einer Doppelkandidatur der Fortschrittspartei gekommen. Bonndorf und Neustadt schlugen den Fabrikanten Tritscheller vor, während die übrigen Bezirke des Wahlkreises (Engen, Donaueschingen, Villingen) den Apotheker Kirsner ernannt hatten. Im fünften Wahlkreis (Freiburg, Waldkirch, Emmendingen) kandidierte der Freiburger Oberbürgermeister Fauler, im elften (Philippburg, Wiesloch, Schwetzingen, Mannheim) der Mannheimer Altbürgermeister Diffené. Beide gehörten nicht der Kammer an, waren jedoch erklärte Anhänger des Anschlusses. Der Kandidat des zwölften Wahlkreises (Weinheim, Heidelberg, Eberbach, Buchen), der Chemiker und Ökonom Herth, war ein eifriger Gegner der Tabaksteuer; er genoß daher das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung, der Tabakproduzenten und Fabrikanten seines Bezirks. Seine Wahl konnte als die gesichertste gelten.

Von den Kandidaten der kirchlich-katholischen Partei gehörten nur zwei als Abgeordnete der zweiten Kammer an, der Kaufmann Lindau und der Oberhofgerichtsrat Roßhirt. Von den übrigen entstammten Freiherr von Stotzingen, der Führer der klerikalen Fraktion in der ersten Kammer, sowie Fürst von Fürstenberg und Herr von Andlaw dem katholischen Adel. Ihnen schlossen sich der Handelsmann Leo und der Partikulier Dahmen an. Neben Dahmen kandidierte im siebenten Wahlkreis Metz, der zwar Protestant, jedoch von den Klerikalen vorgeschlagen war. Roßhirt und Dahmen hatten die Kandidatur in zwei Wahlkreisen übernommen, Lindau in drei. An Stelle von Lindau kandidierte bei der

Nachwahl im vierzehnten Wahlkreis der junge Heidelberger Rechtsgelehrte Bissing.

Am 18. Februar 1868 fiel die Entscheidung. Von der nationalen Partei waren Roggenbach, Fauler, Dennig, Diffené, Herth und Bluntschli gewählt worden, von der katholischen Partei Stotzingen, Roßhirt und Lindau (zweimal, achter und zwölfter Wahlkreis). Von den beiden Kandidaten der orthodoxen Partei vermochte von Göler mit knapper Stimmenmehrheit den national-liberalen Gegenkandidaten Koelle zu bezwingen, während Mühlhäußer der doppelten Stimmenmehrheit seines Partners Bluntschli unterlag. Venedey konnte im vierten Wahlkreis nur 50 Stimmen auf seinen Kopf vereinigen.

Im zweiten und dritten Wahlkreis mußten, da die erforderliche einfache Stimmenmehrheit aller abgegebenen Stimmen nicht erreicht war, engere Wahlen stattfinden, die am 5. März vorgenommen wurden. Kirsner und Hebling gingen als Sieger daraus hervor. Der vierzehnte Wahlkreis mußte am 18. März eine Nachwahl vornehmen, da der zweimal gewählte Lindau die Wahl im achten Kreis angenommen hatte. Bissing, der seine Kandidatur im vierzehnten Wahlkreis übernahm, siegte mit einer Stimmenmehrheit von 3 758 Stimmen über Lamey.

Den acht Kandidaten der national-liberalen standen vier der kirchlich-katholischen Partei gegenüber; hinzu kam die Wahl des konservativen Göler. Mit einem knappen Sieg für die national-liberale Partei in dem Verhältnis 8:6 hatten die Zollparlamentswahlen geendet.

Kiefer, Eckard, Koelle und Faller, die liberalen Führer der badischen Kammermehrheit waren unterlegen. Der volkstümliche Lamey mußte sich zweimal unter das Joch beugen, um im zweiten Wahlgang im vierzehnten Wahlkreis gegen Bissing abermals zu unterliegen.

Die Städte erklärten sich mit erdrückender Mehrheit für die National-Liberalen. Von den größeren Städten des Landes stimmten 16 058 für die nationale Sache, 3 930 Stimmen fielen den Gegnern zu. Ein weiteres Kontingent der nationalen Wähler stellte die Landbevölkerung der protestantischen Landesteile, während das Gros ihrer Gegner die katholische Landbevölkerung bildete.



Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 63%. Den Rekord der Wahlbeteiligung schlug der vierzehnte Wahlkreis (Tauberbischofsheim) mit 91%, während die Stadt Breisach im vierten Kreis mit 25% die flaueste Beteiligung zu verzeichnen hatte. Die Wahlteilnahme der Städte war schwach, wogegen die Landbevölkerung sowohl in katholischen Landesteilen (Emmendingen 81%) als auch in unvermischt protestantischen (Kork 89%) rege Beteiligung zeigte. In vielen Landgemeinden waren fast alle Wahlberechtigte an der Wahlurne erschienen (Altfreistett 389 von 394 oder Kork 202 von 209). Die beiden engeren Wahlen vom 5. März im zweiten und dritten Wahlkreis wiesen eine höhere Beteiligung auf, die im zweiten dem nationalen Kandidaten Kirsner zukam, im dritten sich auf beide Parteien in gleicher Weise verteilte. Die Wiederholung der Wahl im vierzehnten Wahlbezirk ließ schon eine gewisse Wahlmüdigkeit erkennen.

Die höchste Stimmenzahl hatte der nationalliberale Abgeordnete Bluntschli im dreizehnten Wahlkreis mit 11 619 Stimmen auf sich vereinigt. Ihm folgte in geringem Abstand im vierzehnten Kreis der klerikale Vertreter Lindau mit 10 817. Den unbestrittenen Sieg errang Herth im zwölften Wahlkreis über Lindau mit 7 313 von 7 777 Stimmen, dann folgte Bluntschli im dreizehnten über Mühlhäußer mit 11 162 von 16 676. Mit der knappen Mehrheit von 10 000 Stimmen hatte die national-liberale Partei ihre Gegner geschlagen.<sup>43</sup>

„Vivat hoch!“ jubelte der Pfälzer Bote nach der Wahl. „Wir haben den glänzendsten Sieg erfochten. Dank Dir, Du biederes, kernhaftes Volk Badens, das endlich mit flammender Zornesröte sein Verdikt abgegeben hat gegen eine Partei, die künstlich großgezogen und künstlich aufgefüttert, nur mit äußerster Anstrengung ihr Leben zu fristen vermochte.“<sup>44</sup> Lauter Siegesjubiläum über das Wahlresultat herrschte im kirchlichen Parteilager. Man betrachtete hier das Ergebnis als ein unzweifelhaftes, unbestreitbares Mißtrauensvotum gegen das herrschende Regierungssystem. Den Grund des überraschenden Ergebnisses fand man in der fortdauernden Be-

---

43. Statistik der Wahlen zum Zollparlament, Badische Chronik, 1868, Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 1, 2, 3, 5, 11.

44. Pfälzer Bote, 1868, Nr. 24.

drohung von Kirche und Schule. Als die Konsequenz für einen konstitutionellen Staat wurde nun die Entlassung des Ministeriums und die Auflösung der Kammern verlangt, die nach dem neuerprobten direkten Wahlverfahren frisch gewählt werden sollten. Als außenpolitisches Ergebnis der Wahlen feierten diese Kreise den Sieg als einen Protest des badischen Volkes gegen die Verpreußung. „Das Volk hat den Abschluß der zurzeit bestehenden völkerrechtlichen Verträge mit Preußen und dem norddeutschen Bunde nicht verhindern können; wohl aber kann es -- und das wird geschehen -- seine Gesinnung in einer Weise zeigen, daß dem Verbündeten selbst die Lust nach uns vergeht“.<sup>45</sup> Die Gegner der Entscheidung von 1856 verharrten in ihrer Feindschaft gegen Preußen und verlangten „das ganze Deutschland“.

Dem Jubel entsprach unleugbare Enttäuschung und eine gewisse Ratlosigkeit bei der Fortschrittspartei. Offen bekannte die offiziöse Karlsruher Zeitung, daß sie für die nationale Sache eine stärkere Majorität erwartet habe. Das Ergebnis kam überraschend auch für das übrige Deutschland aus einem Lande, wo bisher Volk und Regierung liberalen und nationalen Ideen gedient hatten. Die Schuld gab die Karlsruher Zeitung dem neuen Wahlsystem: „Das zum ersten Male in unserem Lande zur Anwendung gebrachte System direkter Wahlen läßt die politische Stimmung der Gesamtbevölkerung minder entschieden erscheinen als sie unter Anwendung des indirekten Wahlsystems hervorgetreten war“.<sup>46</sup> Das Beharrungsvermögen der Masse habe sich geltend gemacht. Offen gestand die „Badische Landeszeitung“ ein, daß die Nationalliberalen das allgemeine, direkte Wahlrecht nicht verehrten; doch sei eine Zurücknahme, nachdem es einmal gewährt worden sei, zu verwerfen. Ein Umschwung in der inneren oder äußeren Politik Badens wurde von der liberalen Parteipresse abgelehnt. Als eine Konsequenz aus den Wahlen verlangte man Reformen auf dem Gebiete der liberalen Presse, eine stärkere Berücksichtigung und bessere organisatorische Erfassung des ländlichen Bevölkerungselementes durch politische Belehrung der Massen. Pessimistischere Beurteilung fand die Frage des so-

---

45. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 51.

46. Karlsruher Zeitung, 1868, Nr. 52.

fortigen Anschlusses des Südens an den norddeutschen Bund, was in die Ferne gerückt schien.

Mit dem katholischen Gegenlager feierten die Orthodoxen der protestantischen Seite das Ergebnis des letzten Wahlganges als einen Sieg der christlichen Kirche über die konfessions- und religionslose Mehrheit der Kammer. „Die Warte“, das protestantische, orthodoxe Organ, schrieb am 27. Februar unter einer Korrespondenz „Vom Schwarzwald“: „Daß Erfreuliche ist hauptsächlich darin zu suchen und zu finden, daß der 18. Februar in Folge der gegnerischen Stellung, welche die herrschende Partei gegen die Kirche eingenommen hat, zugleich ein Tag des Kampfes zwischen dem Glauben und dem Unglauben war und sich gezeigt hat, daß doch auch in unserem von dem Gifte der Irreligiosität, wie wenig andere, zerfressenen Lande noch viele sind, die vor Baal ihre Kniee nicht beugen wollen“.<sup>47</sup> Die Antwort des Volkes auf die „unaufhörlichen Experimente“ empfahl auch nach der Meinung der Orthodoxen eine Kammerauflösung und ihre Neuwahl sowie die reifliche Überlegung des Schulgesetzes.

Die Demokraten rechtfertigten ihre Wahlenthaltung mit Gründen der Parteitaktik. Den Klerikalen erkannte die „Neue Badische Landeszeitung“ die Siegespalme ab. Der Ausfall bedeute nur eine Niederlage für die Liberalen und einen Wink für die badische Regierung. „Unser Volk ist Feind der Verpreußung, aber nicht weniger Feind der Verdummung“.<sup>48</sup>

Die badischen Wahlen zum Zollparlament vom 18. Februar 1868, bei denen zum ersten Male in Baden das allgemeine Stimmrecht mit unmittelbarer und geheimer Wahl angewendet wurde, hatte ein Ergebnis gezeitigt, das die Erwartung der Regierung wie der Fortschrittspartei aufs bitterste enttäuschte.

Den Hauptgrund für den Ausfall der Wahlen in Baden darf man sicher in dem neuen Wahlrecht erblicken. Die Tatsache der Entscheidung durch die Masse des Volkes wurde von der Fortschrittspartei als Faktor unterschätzt und konnte nicht ausgenützt werden, da das Volk durch die Organisation der Nationalliberalen in der damaligen Zeit kaum zu erfassen war. Ein weiteres Moment,

---

47. Die Warte, 1868, Nr. 49.

48. Neue Badische Landeszeitung, 1868, Nr. 58.

das die Position der Fortschrittspartei schwächen mußte, war das Hereintragen des konfessionellen Elementes in den Wahlkampf durch die Gegenpartei. Die moderne Staatsidee hatte in der breiten Masse noch nicht Fuß gefaßt. Oder hatten die Uneinigkeiten innerhalb der Fortschrittspartei, die ausgangs des Jahres zu vorübergehenden Spaltung geführt hatten, ihre Schatten bereits vorausgeworfen und die Stoßkraft gelähmt? So waren denn auch die durchgefallenen Parlamentarier ärgerlich und geneigt, Jolly für die Wahlschlappe verantwortlich zu machen, weil er bei der Neubildung des Ministeriums, dadurch daß er sie übergangen, ihr Ansehen geschmälert habe. Jolly selbst war mit dem Wahlerfolg zufrieden, da er sich von vornherein keine großen Hoffnungen gemacht hatte und überzeugt war, daß vom Zollparlament nicht der Anstoß zu einer engeren Zusammenfassung Deutschlands zu erwarten sei. Der badische Minister bemerkte in dem Gutachten zur Mathy'schen Denkschrift im Herbst 1867 auf Grund einer richtigen Beobachtung, daß die bekannten preußischen Ziele beim Volke den Glauben an eine baldige Erfüllung der nationalen Wünsche schwinden ließen.<sup>49</sup> Mit dieser Bemerkung lenkt Jolly unseren Blick auf ein letztes Moment, das nicht zuletzt zum Ausgang der Wahlen beigetragen hat. Die Macht des nationalen Gedankens hatte beim Volke durch die behutsam zögernde und abwartende Politik Bismarcks an Zugkraft und Schwung verloren.

Der Einfluß des Wahlergebnisses auf das badische Regierungssystem nach innen und nach außen blieb aus. Die Ernennung des preußischen Generals von Beyer zum badischen Kriegsminister, die sofort nach den Wahlen erfolgte, gab die unzweideutige Antwort für die Zukunft der badischen Politik.

Bezeichnend für den Wahlkampf in Württemberg u. Bayern ist die beherrschende Stellung der Zollvertragsgegner.<sup>50</sup> Nach den Kammerdebatten trat man sich jetzt in offener Wahlschlacht gegen-

---

49. H. Baumgarten u. L. Jolly, Staatsminister Jolly, S. 91 ff.

50. Die Schilderung der Wahlbewegung in Württemberg und Bayern stützt sich auf die einschlägigen Darstellungen von A. Rapp, Die Württemberger u. die nationale Frage, 1863—1871, u. H. Spielhofer, Bayrische Parteien u. Parteipublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage, 1863—1870.



über. Leidenschaftlicher wurde der Ton, ungehemmter die Agitation. Nach dem Aufruf der Landesversammlung der Fortschrittspartei, die in Stuttgart getagt hatte (am 4. Aug. 1867), war am 27. September 1867 eine neue Landesversammlung der nationalen deutschen Partei in Stuttgart berufen worden.<sup>51</sup> Der gefaßte Beschluß war klar und forderte unumwundener den Eintritt in den norddeutschen Bund. Die Versammlung sprach sich eindeutig für die Annahme der Zollverträge sowie der Schutz- und Trutzbündnisse aus. Zwei Tage später tagte die Landesversammlung der demokratischen Volkspartei in Stuttgart.<sup>52</sup> Die Versammlung wandte sich mit der gleichen Entschiedenheit gegen die Verträge und forderte den Kopf des Ministers, der für den Abschluß der Verträge verantwortlich sei. Beide Versammlungen standen völlig im Zeichen der bevorstehenden Kammerdebatten. Jedoch waren die Fronten gegenseitig scharf abgegrenzt, bevor die Parteien ihre Wahlstätigkeit entfalteten. Wie in Baden, so eröffnete auch in Württemberg die deutsche Partei den Wahlkampf. Der Aufruf der deutschen Partei,<sup>53</sup> der am 31. Januar 1868 ins Land ging, sprach sich dafür aus, daß die Zollvereinsverträge unkündbar seien und die Befugnisse des Zollvereins erweitert werden sollten. Aus dem Zollparlament sollte ein ‚Vollparlament‘ werden. In nationalen Tönen wurde das künftige, gemeinsame Parlament gepriesen und alle Befürchtungen zerstreut. „Man sagt uns freilich, wir werden im Zollparlament . . . immer von der Mehrheit der andern unterdrückt werden, wir Württemberger. Das ist wahr, wenn wir in das Parlament eintreten als Württemberger, und wenn wir darin immer eine andere Meinung haben wollen als alle andern Deutschen. Als Württemberger freilich, das sagen uns unerbittliche Zahlen, bilden wir nicht die Mehrheit der Deutschen, und wenn wir überall die Mehrheit sein wollten, müßten wir von jedem deutschen Parlament, von jeder deutschen Sache überhaupt wegbleiben. Da bleibt uns freilich nichts übrig, denn eben als Deutsche und nicht als Württemberger in das Zollparlament zu gehen und dabei den Trost mitzunehmen, daß jede Angelegen-

---

51. H. Schulthess, a. a. O., 1867, S. 218 f.

52. Ebenda, S. 219 f.

53. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 141

heit Deutschlands auch die unsrige ist, sein Wohl unser Wohl, sein Leid unser Leid. . . .“<sup>54</sup> Maßvoll und doch klar, rücksichtsvoll, aber doch entschieden national gestimmt war der Ton des Flugblattes.

Erst spät traten die Gegner der Deutschen Partei in den Wahlkampf. Die Haltung der Volkspartei war lange unschlüssig und schwankend. Schon am 18. Juni 1867 erklärte das demokratische Organ, der ‚Beobachter‘, in überheblichem Tone: „Wenn’s die Schwaben einmal gelüftet, in das norddeutsche Parlament zu wählen, so werden sie so frei sein und werden es sagen“. Zunächst schien man sich für Wahlenthaltung entscheiden zu wollen. Mit selbstgefälligen, stolzen Worten wies der ‚Beobachter‘ am 6. Dezember 1867 den Hohn und Spott zurück, den die Gegner dem Entschluß zur Wahlenthaltung entgegen brachten. Der Scheu und Angst vor dem Berliner Parlament, die man als Motive unterschob, hielt er die allzu selbstbewußten Worte entgegen: „Wenn die Schwaben irgend etwas reizen könnte, in dieses Zollparlament zu treten, so wäre die Gelegenheit, einmal diese Verräter am nationalen Gedanken, diese Renegaten der Freiheit vor die Klinge zu bekommen und ihnen die Wahrheit unbarmherzig um die Ohren zu schlagen, so wäre es die Gelegenheit, für alle äußerlich erduldeten Unbill geistige Revanche zu nehmen und vor der Nation zu zeigen, auf welcher Seite die Männer sind und auf welcher Seite die Spreu“. Es erhoben sich aber auch Stimmen, die davor warnten, der preußischen Partei ohne weiteres das Feld zu überlassen. Auf der Landesversammlung der Volkspartei<sup>55</sup> am 6. Januar 1868 wurde die Frage, ob Wahlenthaltung oder Wahlbeteiligung zu üben sei, entschieden. Die Mehrheit stimmte für Wahlenthaltung, eine Minderheit unter Führung des späteren Zollparlamentsabgeordneten, des Rechtskonsulenten Österlen, für Beteiligung. Österlen, ein prinzipienstrenger, aber taktisch kluger Demokrat, erhob seine warnende Stimme. Das rechtliche Bestehen des Zollvereins könne durch Wahlenthaltung nicht aufgehoben werden. Man überlasse dann den Gegnern die Vertretung

---

54. Flugblatt, der Schwäbischen Volkszeitung vom 23. Januar 1868 beigelegt.

55. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 136 f.

der württembergischen Interessen und die eigene Partei laufe Gefahr, zersprengt zu werden. Karl Mayer, einer der führenden Männer der Volkspartei, bedauerte den Riß, der durch die eigenen Reihen gehe. Die wirksamste Antwort gegen den neuen Gewaltakt sei die Wahlenthaltung. Auch aus taktischen Gründen müsse er zum gleichen Entschluß kommen. Die neue Volksvertretung sei gewaltsam geschaffen worden, und man solle keinen Kampfplatz betreten, den der Feind als den ihm günstigsten auserlesen habe und mit seinen Batterien beherrsche. Preußen sei der Mehrheit auch in wirtschaftlichen Fragen sicher; aus Bayern und Baden bekomme es Zuwachs. „Wir würden an Bismarcks Fäden, wenn auch zappelnd, exerzieren. Für Varnbüler dürften wir die Kastanien aus dem Feuer holen. Der soll sich nur selbst aus der Patsche helfen. Wir hätten nicht bloß keinen Erfolg; wir würden als Teilnehmer mit verantwortlich gemacht. Brechen Sie uns nicht das Herz, indem Sie uns vor diese Urnen zu treten, in dieses Parlament zu gehen zwingen“<sup>56</sup>. Die Stimmen der Wahlgegner behielten zunächst die Oberhand. Die Landesversammlung lehnte jede Teilnahme an den Wahlen ab. In einer ‚Öffentlichen Erklärung‘ wurde die Stellungnahme in scharfen Worten gerechtfertigt. „Die Landesversammlung beschließt, daß sich die Volkspartei der Wahlen zum Zollparlament enthalte und das württembergische Volk von der Teilnahme an denselben abmahne. Hierzu wird sie bestimmt durch prinzipielle Gründe, gegen welche die Rücksichten der Zweckmäßigkeit nicht in Betracht kommen. In der Teilnahme an dieser großpreußischen, das allgemeine Wahlrecht fälschenden Schöpfung, welche auf Ausdehnung des Nordbundes gegen den Süden berechnet ist, läge der Verzicht auf den großdeutschen Gedanken, wie auf den Föderalismus und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, welchem der norddeutsche Fürstenbund widerspricht. Der Zweck des Widerstandes gegen die drohende Verpreußung wird durch eine Kundgebung der Volksmeinung besser erreicht, als durch das Auftreten württembergischer Abgeordneter im Parlament selbst. Ihr Eintritt würde als faktische Zustimmung verstanden, und ihre Tätigkeit würde bei der Zusammensetzung des Parlaments der Freiheit wie dem Wohle

---

56. Bericht des ‚Beobachters‘.

Deutschlands gefährlich, auf Befestigung des Militarismus gerichtete Beschlüsse aber nicht verhüten können“.<sup>57</sup> Noch am 20. Febr. veröffentlichte der Hauptausschuß der demokratischen Volkspartei eine Ansprache an die Partei gegen die Beteiligung an den Zollparlamentswahlen.<sup>58</sup> Sie gipfelte in dem Schluß, die dem Zollparlament anhaftende Halbheit solle von selbst zum Eintritt in das Ganze des Nordbundes und seines Reichstages drängen. Die Stimmen für Wahlbeteiligung waren aber noch nicht verstummt und wurden immer lauter. Am 21. Februar erklärte sich Österlen, der Wortführer der auf der Landesversammlung unterlegenen Befürworter der Wahlbeteiligung, öffentlich für die Teilnahme an den Zollparlamentswahlen.<sup>59</sup> Am 23. Februar brachte der ‚Beobachter‘ eine Erklärung von sechs Landtagsabgeordneten, die dem Ausschuß der Volkspartei angehörten (Breuning, Deffner, Nägele, Österlen, Tafel, Wolbach) und sich zur Wahlbeteiligung entschlossen hatten. Drei ließen sich als Kandidaten aufstellen. In bitteren Worten klagte der ‚Beobachter‘ über den Umfall, der die Partei um einen großen Erfolg gebracht hätte. „Man hat diese kühne, auf die instinktive Abneigung der Völker gegen die preußischen Schöpfungen und gegen unverständliche Wahlen gegründete, nach allen Seiten wohlerrwogenen Politik, die wir unserer Partei empfehlen, nicht begriffen; selbst unsere nächsten Freunde haben sich ihr nicht angeschlossen . . . Der Tag aber wird kommen, der denjenigen recht gibt, welche der politischen Logik auch da folgten, wo ein leichter Sieg zu einer Abweichung verlockte.“<sup>60</sup> Mit großem Eifer beteiligten sich jetzt, wenn auch verspätet, die Gegner des Zollparlaments am Wahlkampf.

Die württembergische Regierung nahm folgende Haltung zu den Wahlen ein. . Nach den letzten Erklärungen Varnbülers nach dem Abschluß der Zollverhandlungen, die auf die württembergische Selbständigkeit pochten, war es nicht anders zu erwarten, als daß sich die Regierung für die Gegner des Anschlusses einsetzen werde. Mit allen Mitteln arbeitete die Regierung dafür, daß

---

57. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 136 f.

58. Ebenda, S. 147 f.

59. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 148.

60. ‚Beobachter‘ vom 26. Februar 1868.



die Wahlen zu einem großartigen Bekenntnis des württembergischen Selbstgefühls würden. In der Deutschen Partei sah sie immer mehr den eigentlichen Gegner. Beamte wurden gemäßregelt, soweit sie für die Deutsche Partei warben. Der Kultusminister Golther, der sich als Hüter der württembergischen Selbständigkeit fühlte, griff besonders scharf durch. Wichtigen Amtsstellen, z. B. den evangelischen Dekanen und den Amtsrichtern, wurde die ‚Württembergische Landeszeitung‘ unentgeltlich geliefert; die Zeitung erschien nur für kurze Zeit in Stuttgart. Am 20. März enthielt sie einen Aufsatz gegen die Klagen über die Wahlbeeinflussung durch die Regierung. Es war ausgeführt, daß Regierung und Beamte nicht nur das Recht, sondern auch die heilige Pflicht hätten, bei den Wahlen „ihren Einfluß mit allen rechtlichen und sittlichen Mitteln im weitesten Umfange geltend zu machen“. Die Kandidaten der Volkspartei wurden im ‚Staatsanzeiger‘ wohlwollend behandelt, sofern sie nicht gegen die Freunde der Regierung auftraten. Die Regierung erntete dafür manches Lob vom ‚Beobachter‘. Sicherlich hat bei den Regierenden auch persönliche Gereiztheit mitgespielt; denn unausgesetzt wurden ihnen die Einrichtungen des Nordens als Muster vorgehalten. Der Boden ihrer souveränen Wirksamkeit sollte ihnen unter den Füßen weggezogen werden. Von der Regierung offen unterstützt, begünstigt oder geduldet, arbeitete die Volkspartei gegen Preußen und die Deutsche Partei.

Die Wahlagitation drehte sich immer weniger um die Aufgaben des Zollparlaments. Das „Preußischwerden“ stand überall im Vordergrund. Ein Cannstatter Demokrat prägte das berühmte Wort: die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat drei Paragraphen; der erste heißt Steuerzahlen, der zweite Soldatwerden, der dritte Maulhalten.<sup>61</sup> Ohne Kommentar gab der ‚Württembergische Staatsanzeiger‘ diese partikularistische Kannegießerei wieder. Um der Agitation besonderen Nachdruck zu geben, appellierte man immer mehr an das gefährdete materielle Wohlergehen der einzelnen Bürger. In Stuttgart erließ die Regierungspartei folgenden Aufruf:

„Zu den Wahlurnen für Rudolf Knosp! Mitbürger! Herr

---

61. Rapp, a. a. O., S. 279.

Rudolf Knosp ist gegen den Eintritt in den Nordbund. Der Kandidat der preußischen Partei, Herr Gustav Müller, ist für den Eintritt. Ein Eintritt in den Nordbund bedeutet für Württemberg: 1. Das Zahlen von fast sechs Millionen Gulden jährlich mehr als jetzt für Militär, sowie der direkten und indirekten oder Verbrauchssteuer; 2. Das Aufgeben unserer verfassungsmäßigen Rechte; 3. Vernichtung der Rede- und Pressefreiheit; 4. Ruin des Volkswohlstandes durch die ungeheuren Lasten, welche ein Militärstaat immer dem Volke aufbürdet; 5. Drei Jahre Präsenzzeit für die Söhne unseres Landes; 6. Das Zugrunderichten der Industrie, der Gewerbe und des Handels; denn der Militärstaat verlangt in erster Linie Soldaten und abermals Soldaten, Geld und abermals Geld; 7. Eine fortwährende Kriegsdrohung und in Folge derselben Mißtrauen der Geschäftswelt, Stockung in allen Geschäften und Arbeitslosigkeit; 8. Verderben für die arbeitenden Klassen, denn die für den enormen Militäraufwand nothwendigen Ausgaben sucht Preußen durch Verbrauchsteuern — Schlacht- und Mahlsteuer, Weinsteuern, Biersteuer, Branntweinsteuer, Salzsteuer, Tabaksteuer, Erdölsteuer, etc. — zu decken, und die Steuern berühren gerade auf das Allerempfindlichste die Arbeiter und ihre Familien. Wählet Rudolf Knosp!“<sup>62</sup> In allen Variationen wurde dieses Thema wiederholt: „Wenn Ihr mehr Steuern zahlen wollt, so wählet den preußischen Kandidaten, wenn ihr nicht mehr zahlen wollt, so wählet den unsrigen!“<sup>63</sup> Das Blatt, des Wahlkreises, in dem Freiherr v. Neurath kandidierte, ließ sich warnend vernehmen: „Es handelt sich darum, zu protestieren, laut und nachdrücklich dagegen, daß eine Partei Württembergs Selbständigkeit, Freiheit und Wohlstand dem König von Preußen ins Haus schlachten will“.<sup>64</sup> Nicht mehr zu Überbietendes leistete sich das ‚Uracher Amtsblatt‘, das in einer Beilage folgendes Eingesandt abdruckte: „Sehet hin nach Ost — und Westpreußen! Die dortigen Gaue durchschreitet der Hungertod mit wuchtigen Schritten, allenthalben Spuren seiner schrecklichen Tätigkeit zurücklassend. Dieser schreckliche Patron hat es in Ostpreußen soweit gebracht, daß man

---

62. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 150.

63. ‚Unsere Zeit‘, Ein Jahrzehnt württemb. Politik, V, 1. S. 204.

64. Ebenda.

die Gefängnisse öffnen und Straf- und Untersuchungsgefangene entlassen mußte. Dorthin, liebe Brüder, laßt uns ziehen, wo Diebe und Vagabunden an allen Wegen blühen! Was ist uns von Preußen bisher Gutes zugeflossen? Hoff'scher Malzextrakt, Brustsirup, Brustbonbons, Eau-de-Lob und andere haarerzeugende, haarvertreibende, haarsträubende, Schwindsucht, Brüche und andere Leibschäden heilende Mittel, lauter Schwindel, Schwindel, Schwindel! Was wird uns außer diesem künftig von Preußen zufließen? Steuerzettel, Steuerzettel und noch einmal Steuerzettel! Wir sind am Schluß, nun wählet, ihr Männer von Stadt und Amt Urach. Herr von Varnbüler steht auf unserer Fahne, nicht weil, sondern obgleich er Minister der Verkehrsanstalten Württembergs ist“.<sup>65</sup>

Wie sollte die Deutsche Partei solchen niedrigen demagogischen Wahlum'riegen begegnen? Auch sie mußte sich in der Wahl-agitation auf das materielle Gebiet begeben. Der ideelle, nationale Gedanke konnte nicht mehr die nötige Zugkraft aufbringen, wenn die Massen in solch verhetzender Weise bearbeitet wurden. Man versuchte die entstellten Berichte, Lügen und Verleumdungen zu widerlegen und zu entkräften, wenn man auch keine Steuerermäßigung versprechen konnte. Dr. Eduard Pfeiffer, einer der Eifrigsten der Deutschen Partei, der in volkswirtschaftlichen Fragen viel galt, stellte die preußischen und württembergischen Steuern vergleichsweise zusammen, um zu zeigen, wie absurd die Behauptungen von der preußischen Steuerlast seien. Durch eine offiziöse, lithographierte Korrespondenz wurden ungünstige Zahlen-aufstellungen in der Presse verbreitet, die sich auf Varnbülers Rechnung gründeten. Die Deutsche Partei widmete sich der Widerlegung. Sie stand mit dem preußischen Gesandten von Rosenberg in Verbindung und es war ein offenes Geheimnis, daß die preußische Regierung mit einem Agenten den Verteidigern des Anschlusses hilfreich zur Seite stand.

Das konfessionelle Moment trat beim württembergischen Wahlkampf ziemlich in den Hintergrund. Die ‚Schwäbische Volkszeitung‘, das Hauptorgan der Deutschen Partei, setzte ihre Leser in große Verlegenheit, von denen die Katholiken von dem Statt-

---

65. ‚Unsere Zeit‘, Ein Jahrzehnt württemb. Politik, V. 1. S. 204.

harter des Teufels in Rom lesen mußten. Wenn auch das katholische Organ ‚Deutsches Volksblatt‘ verlangte, daß die Katholiken im Zollparlament durch mehrere Glaubensgenossen vertreten sein sollten, kannte die streng kirchlich-katholische Richtung allein die Deutsche Partei als eigentlichen Gegner. In den meisten Fällen hatte man sich mit der „Volkspartei“ geeinigt.

In maßvollem Tone beteiligten sich die protestantisch-pietistischen Kreise an der Wahlkampagne. Sie bildeten damals noch Bestandteile der Deutschen Partei, obwohl sie seit 1868 ein eigenes Organ, ‚Der Landbote‘, besaßen, worin sich die Gegensätze miteinander deutlich offenbarten. Für die Deutsche Partei warb ein Schriftstück jener Kreise, ein „Sendschreiben an die christlichen Gemeinschaften in Württemberg“. Das Schreiben setzte sich für den Anschluß an das protestantische Preußen ein und pries die Befreiung von Österreich, das die Evangelischen verfolgt habe. Versöhnlich und freimütig klang die Mahnung, die am Schluß an die Wähler gerichtet wurde: „Wählet, liebe Brüder; wählet aber nur solche Männer, welche euch offen und ehrlich bekennen, sie treten ohne Hintergedanken und ohne geheimen Groll in die das Zollparlament geheißen Versammlung von Vertretern des deutschen Volkes ein, welche berufen sind, über die gewerblichen, die Handels- und Verkehrsbedürfnisse unseres Volkes zu beraten. Da es in den wenigsten Wahlbezirken durchführbar sein dürfte, Männer zu wählen, welche mit uns auf dem gleichen Grund des Glaubens stehen, und vielleicht auch wenige in der Lage wären, mit vielen Opfern verbundenen Rufe zu folgen, so sehet, wo kein solcher Aussicht auf Erfolg hat, wenigstens auf eine ehrliche Gesinnung und einen zuverlässigen Charakter. Diese Erwägung bestimmt uns, unsere Stimmen den von der sogenannten Deutschen Partei vorgeschlagenen Männern zu geben . . .“<sup>66</sup> Die württembergische Regierung hatte sich mit der Vorbereitung zu den Wahlen wenig beeilt. Durch Versehen und Ungeschicklichkeit der Gemeindebehörden wurden zudem die Wahllisten in manchen Orten verspätet aufgelegt.<sup>67</sup> Freiherr von Spitzemberg, der würt-

---

66. Rapp, a. a. O., S. 282 ff.

67. Bericht, Geßler an Staatsrat Taube, 25. II. 1868, Staatsarchiv Stuttgart.



tembergische Gesandte in Berlin, mußte wiederholt wegen einer Verschiebung des Termins zur Zollparlamentstagung vorstellig werden. Das Parlament sollte schon auf den 20. März einberufen werden. Bismarck wollte, mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten, das gleichzeitige Tagen des norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments vermeiden und dem Zollparlament zeitlich den Vorzug geben. Obwohl die Aussichten für eine Vertagung des Termins anfangs schlecht waren und die Gefahr bestand, daß Württemberg zunächst überhaupt nicht im Zollparlament vertreten sein würde, erklärte schließlich der Präsident des Bundeskanzleramtes von Delbrück die Eröffnung auszusetzen, bis die württembergischen Wahlen vorüber seien. Er ermahnte gleichzeitig zur pünktlichen Einhaltung des Wahlgesetzes, da sonst Reklamationen unausbleiblich und gerechtfertigt seien.<sup>68</sup> Als Varnbüler dem Bundeskanzler durch seine Gesandten den Dank aussprechen ließ, erklärte Bismarck, die württembergische Regierung sei schuld, daß er an einer „Courtoisie“ gegen die Zollvereinsstaaten verhindert werde (Einberufung des Reichstages). Die größte Beschleunigung der Wahlen sei wünschenswert, weil die Berufung nach Ostern nicht feststehe.<sup>69</sup> Bismarck war über das Säumen der württembergischen Regierung aufs höchste aufgebracht, um so mehr, als bereits ab 1. November die Vorbereitung der Wahlen möglich war.

Württemberg zerfiel in 17 Wahlkreise. Die einzelnen Kreise hatte man mit großer Mühe auf die annähernd gleiche Zahl von 20 000—23 000 Wähler gebracht. Dadurch wurden viele Oberämter auseinandergerissen, was nach den Klagen der Deutschen Partei zu ihrem Nachteil geschah. Da sich die Volkspartei zunächst noch zurückhielt und die anderen Parteien keine ausgedehnten Organisationen besaßen, verhandelte man zunächst in parteilosen Wahlkreisversammlungen, zu denen die Ortsautoritäten erschienen, über die Aufstellung der Kandidaten. Konnte keine Einigung erfolgen, dann wurden Wahlausschüsse der verschiedenen Seiten gebildet. Die Minister Mittnacht und Varnbüler

---

68. Bericht, Spitzemberg an Varnbüler, 29. II. 1868, Staatsarchiv Stuttgart.

69. Bericht, Spitzemberg an Varnbüler, 2. III. 1868, Staatsarchiv Stuttgart.

traten persönlich als Wahlkandidaten auf. In zahlreichen Bezirken wurden Bewerber aufgestellt, die der Regierung anhingen oder ihre Politik unterstützten. Von der Volkspartei waren nur fünf Kandidaten nominiert. Wo sie keine eigenen Kandidaten hatte, unterstützte sie solche, die ihr nahestanden, wie Ammermüller und Probst oder die Gegner der Deutschen Partei schlechthin. Julius Hölder, der umsichtige und wahrhaft nationale Leiter der Deutschen Partei, hatte seine führenden Parteifreunde als Kandidaten untergebracht. Neben diesen deutsch-nationalen Männern standen gemäßigte, die für eine beschränkte Erweiterung der mit dem Norden gemeinsamen Angelegenheiten eintraten.

Der 24. März setzte der heftigen und mit Leidenschaft geführten Wahlagitation ein Ziel. Die Wahlbeteiligung war schwach; die Niederlage der Deutschen Partei war so vernichtend, wie nicht vorauszusehen gewesen war. Die Freunde des Anschlusses waren alle unterlegen. Von den 17 Gewählten gehörten sechs der Regierungspartei an: die Minister Varnbüler und Mittnacht, der Bankier Dörtenbach, der Kommerzienrat Knosp, der Ökonomierat Ramm und der Kaufmann Reibel. Zehn zählten zu der großdeutschen und demokratischen Partei: der ehemalige Justizminister von Neurath, die Fabrikanten Ammermüller und Deffner, die Rechtskonsulenten Freisleben, Österlen, Probst und Tafel, die Obersteuerräte Mohl (a. D.) und Vayhinger und der Kaufmann Erath. Schließlich noch der großdeutsch gesinnte Tübinger Professor Schäffle. Albert Schäffle gehört zu den bedeutenden württembergischen Vertretern im Zollparlament. Er war ein geistvoller und gedankenreicher Theoretiker, aber es fehlte ihm zum Politiker die praktische, berechnende Art. In seinen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen war er den süddeutschen Partikularisten und Schutzzöllnern nahe verwandt. Seine ausgesprochene theoretische Begabung befähigte ihn zum Programmatiker der „Süddeutschen Fraktion“, zu der sich die Opposition im Zollparlament zusammenschloß. Gegenüber den 129 725 Stimmen der Gegner hatte die unterlegene Deutsche Partei 45 787 Stimmen aufgebracht. Nahezu mit einer  $\frac{3}{4}$  Mehrheit hatten die Gegner gesiegt.<sup>70</sup> Die Wahlkoalition zwischen

---

70. .H Schulthess, a. a. O., 1868, S. 150.

den Demokraten und den Klerikalen, unter offener Mitwirkung und Unterstützung der Regierung, hatte zu einer völligen Niederlage der Anschlußpartei geführt. Der ‚Beobachter‘ feierte in einem Extradenkblatt<sup>71</sup> in stolzen Worten das Gericht, das über die Deutsche Partei gehalten worden war: „Das württembergische Volk hat ein bewußtes und klares Nein ausgesprochen gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch Preußen. Die Niederlage ist eingetroffen, wie wir sie vorhergesagt. Wie Donnerkeile kracht's nieder auf das Gebäude von Lug und Trug, an dem seit Jahr und Tag sich abmüht, was sich Deutsche Partei zu nennen erfrecht. Umsonst haben sie jeden Abfall von der Freiheit, umsonst Verrath am Vaterlande begangen. Das Volk hat gerichtet. Gegen ihre Taten wie gegen ihre Pläne hat es sein Veto eingelegt. Von nun an handelt es sich nur noch um Execution“. Das katholische ‚Deutsche Volksblatt‘ vom 1. April nannte das Wahlergebnis einen „urkräftigen Schwabenstreich, vor dem man da draußen in der Welt Respekt hat, ob man sich über ihn freue oder ärgere“. Die ‚Demokratische Korrespondenz‘ schmetterte übermütig: „Siegen — wir hatten's nötig. Ja wahrlich, offen gestehen wir's, wir hatten's nötig. Seit Königgrätz kein Sonnenblick. Verpreußung überall. Abfall durchgehends. Lumpokratie unten, Schurkokratie oben. Vaterland verloren, Freiheit verloren . . . Da tritt das Volk auf den Plan, und mit eins, als ginge der Frühling durch die Lande, ändert sich das Schauspiel . . . Die das Richtbeil küssen, das Deutschland zerschlagen — sie liegen im Staube. Die den Henker verehren, der das Vaterland getötet — die liegen im Staube. Die des Bürgers Arbeit, den Schweiß des Bauern mißachten und vergeuden — die das Andenken der Gefallenen schänden — die des Volkes Rechte verraten, des Landes Zukunft preisgeben — sie liegen im Staube. Schwaben hat gesprochen, und zum erstenmal, wo es sprechen konnte, hat es seine Ehre gewahrt . . . So sind die Dinge denn zum Stehen gekommen durch das Königgrätz des Friedens“.<sup>72</sup> Am 3. April richtete der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Partei eine Ansprache<sup>73</sup> an die Mitglieder und Freunde über das Ergebnis

---

71. ‚Unsere Zeit‘, a. a. O. S. 205.

72. Rapp, a. a. O., S. 286.

73. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 152.

der Zollparlamentswahlen. Unumwunden gestand man die Niederlage ein, unentwegt hielt man das Ziel der deutschen Einigung aufrecht. Zukunftsfröh und getragen von nationalem Bewußtsein schloß die Ansprache: „Die Wahl hat uns gezeigt, welche Hindernisse noch zu überwältigen sind; aber sie hat uns auch die eigene Stärke gezeigt. Haß verbindet unsere Gegner, und trennt sie vom übrigen Deutschland; uns hebt das Bewußtsein, daß wir, verbunden mit den Gleichgesinnten in Nord und Süd, für die Größe unseres Vaterlandes wirken. Mit gutem Gewissen dürfen wir rückwärts blicken auf den Wahlkampf, mit Zuversicht vorwärts in die Zukunft“. Die Deutsche Partei setzte jetzt ihre ganze Hoffnung auf das Zollparlament selbst. So schrieb ein Berliner Korrespondent des „Merkur“ am 28. März 1868: „Die letzte Widerlegung aller falschen Vorstellungen, mit welchen die bekannte Koalition die Wähler geschreckt hat, wird das Zollparlament selbst sein, und es läßt sich mit Bestimmtheit vorhersehen, daß schon die nächsten Parlamentswahlen ein ganz anderes Gesamtergebnis erzielen werden. Bis dahin werden die Tatsachen gesprochen haben, und das Trugbild, in dem Preußen und der Norddeutsche Bund dargestellt worden ist, wird zerstoßen sein“.

Auch in Bayern waren die Anhänger der Fortschrittspartei die ersten auf dem Wahlfelde. Bis zum Wahltag waren sie guter Zuversicht. Das Programm vom 4. August war, wie in den anderen süddeutschen Staaten, bei der Agitation für die Zollparlamentswahlen maßgebend. Das Zollparlament sollte sich zur konstituierenden Nationalversammlung erklären, um auf dem Wege einer Parlamentsrevolution das Vollparlament herbeizuführen. Durch die Betonung eines Staatsstreiches von unten suchte man die Stimmen der Demokraten und der Großdeutschen zu gewinnen. In der späteren Phase des Wahlkampfes wollte man dem Zollparlament nur noch die Initiative in der Frage der Kompetenzerweiterung überlassen, die Ausführung aber den im Zollbundesrat vereinigten Regierungen zuweisen. Man riet auch nicht mehr zum unbedingten Eintritt in den norddeutschen Bund, sondern betonte vielmehr die Erhaltung der bayrischen Finanzhoheit. Die konservative Rechte trat nur zögernd in den Wahlkampf ein. Unaufhörlich ertönte in den ersten Januarwochen der Ruf nach Sammlung, nach Organisation. Hie Preußen, hie



Bayern! war das Wahlprogramm, das einseitig die Erhaltung der bayrischen Souveränität betonte. Fachleute, keine Politiker, sollten als Abgeordnete in das Zollparlament geschickt werden. Im Verlaufe des Wahlkampfes näherte sich die Rechte der **Mittelpartei**. Neben der Erhaltung der bayrischen Souveränität tauchte jetzt immer mehr das Verlangen auf nach einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die ‚Augsburger Postzeitung‘ wollte sogar die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung dem Zollparlament übertragen wissen. Die Rechte rechnete bei dieser Programm-erweiterung auf die Wähler der Mittelparteien. Schulter an Schulter mit der konservativen Rechten fochten die Demokraten. Wie sich in Preußen die dem alten Programm treugebliebenen Demokraten von den Nationalliberalen als ‚Preußische Fortschrittspartei‘ getrennt hatten, so hatte sich auch die Trennung der Demokraten von der Fortschrittspartei in Bayern vollzogen. Die Demokraten sahen sich in ihren Erwartungen auf eine liberale und demokratische Entwicklung, die sie im Norden durch Bismarck erhofften, bitter getäuscht. „Ein nach Bismarcks P’feife tanzender deutscher Reichstag war ihnen wertlos. Das Vollparlament würde genau so eine Kopie des von einer preußischen Regierungsmehrheit beherrschten Zollparlaments sein, wie der norddeutsche Reichstag eine Kopie des preußischen Abgeordnetenhauses“.<sup>74</sup> Zwischen der deutsch-nationalen Fortschrittspartei und der mit den Demokraten verbündeten konservativen Rechten stand die Mittelpartei. In der Frage der Kompetenzerweiterung stimmten Rechte und Linke mit dem Programm der Mitte überein und die Mittelpartei hatte einen recht schweren Stand im Wahlkampfe. Sie versuchte, sich von der Fortschrittspartei, mit der sie im Wahlkampf gleichgesetzt wurde, in ihrem Programm zu distanzieren; ein von Stenglein, dem späteren Zollparlamentsabgeordneten, aufgestelltes eigenes Programm wurde nicht veröffentlicht, weil es zu verschwommen und unklar war.

Hohenlohe erklärte dem württembergischen Gesandten, die bayrische Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, tüchtige Leute ins Zollparlament zu bringen und das zuständige

---

74. Spielhofer, a. a. O., S. 197.

Ministerium des Innern, sei fortwährend in diesem Sinne tätig.<sup>75</sup> Der französische Geschäftsträger klagte darüber, daß bei der Wahlagitation von Hohenlohe und der Regierung nichts getan werde.<sup>76</sup> Auch Degenfeld stimmte in diese Klage ein; das Ministerium verhalte sich in dieser hochwichtigen Wahlangelegenheit eigentlich passiv; zum wenigsten tue es sehr wenig, um den Umtrieben der sogenannten Deutschen Partei entgegenzuwirken und den Anhängern der Regierung Mut und Rührigkeit einzuflößen und Anhaltspunkte zu geben.<sup>77</sup> Diese passive Haltung der Regierung scheint Varnbüler zu einer Anfrage (bezüglich der Zollparlamentswahlen) an Degenfeld veranlaßt zu haben; Hohenlohe stimmte Varnbülers Stellung zu den Zollparlamentswahlen zu.

Die Wahlbewegung war in den letzten Wochen überaus lebhaft. Die Fragen des Zollvereins traten auch im bayrischen Wahlkampf weit zurück hinter der Frage der nationalen Einheit. Der Brennpunkt der Wahlagitation blieb der Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund. Er wurde von der Fortschrittspartei gewünscht, von der partikularistisch-klerikalen Partei aufs äußerste bekämpft, während die Mittelpartei eine abwartende Haltung einnahm. Unmittelbar vor dem Wahltag griff der gesamte katholische Klerus überraschend in den Wahlkampf ein. Das allgemeine Stimmrecht bot der geistlichen Wahlagitation ein ungeahntes Wirkungsfeld.

Am 10. Februar fanden in Bayern die Wahlen zum Zollparlament statt.<sup>78</sup> Es waren 48 Wahlkreise. In 26 Kreisen siegte die partikularistisch-klerikale Partei; nur in einem wurde ein demokratischer Partikularist gewählt. Die Fortschrittspartei schickte 12 Abgeordnete ins Parlament, die Mittelpartei konnte sich nur in 9 Wahlkreisen behaupten. Nach dem Verhältnis, in dem die einzelnen Parteien in der zweiten Kammer saßen, hätte die Fortschrittspartei mit 14—15, die Mittelpartei mit 24, und die partikularistisch-klerikale Partei mit 4—5 Abgeordneten ins Zollparlament einziehen müssen. Während die Fortschritts-

---

75. Bericht, Degenfeld an Varnbüler, 12. I. 68. Staatsarchiv Stuttgart.

76. Ebenda, 9. I. 68. Staatsarchiv Stuttgart.

77. Ebenda, 10. I. 68. Staatsarchiv Stuttgart.

78. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 143.

partei der Verhältniszahl am nächsten kam, war das Verhältnis bei den beiden anderen Parteien gerade umgekehrt. Zweifellos war das Ergebnis weniger der Einwirkung der Regierung als der Tätigkeit des katholischen Klerus zu verdanken. Die gewählten Kandidaten der Rechten waren überwiegend Edelleute und höhere Beamte; 15 waren Freiherrn, Barone und Grafen. Die gewählten Industriellen gehörten alle der Fortschrittspartei und Mittelpartei an. Die gleichen Feststellungen, die wir bei den badischen Wahlen machen konnten, — die starke Betonung des Konfessionellen — treffen wir in Bayern in noch ausgeprägterer Form. In den fast durchweg katholischen Landesteilen Altbayern und Unterfranken war kein Kandidat der Fortschrittspartei gewählt worden, in den protestantischen Bezirken von Mittel- und Oberfranken kein partikularistischer Kandidat. Im rechtsrheinischen Bayern entsandten nur zwei oder drei Wahlkreise mit vorwiegend oder ausschließlich katholischer Bevölkerung einen Mittel- oder Fortschrittsparteiler ins Parlament. In den konfessionell gemischten Kreisen war das Übergewicht der Stimmen, mit dem ein partikularistischer Kandidat gewählt wurde, von den Stimmen der protestantischen Minderheit abhängig. In der Rheinpfalz wurde vorwiegend liberal gewählt. Hohenlohe selbst war in einem mittelfränkischen Wahlkreis mit den Stimmen der beiden liberalen Parteien gewählt worden. Nach dem unerwarteten Sieg der Rechten, wurde der Ton ihrer Presse herausfordernder. Hohenlohe sollte gezwungen werden, die politischen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Die Rechte forderte nach den Wahlen, nichts weniger als den Rücktritt des Ministeriums oder das Aufgeben des geheimen Bundes mit der Linken. Am 26. Februar 1868 berichtete Hohenlohe an den bayrischen Gesandten in Stuttgart über die Wahlen zum Zollparlament: Die Resultate seien weder unerwartet noch nachteilig. Auch die Befürchtungen wegen des Wahlmodus gegenüber früheren Wahlen seien unbegründet gewesen. Leicht hätte Wahlenthaltung der Landbevölkerung oder der Stadtbewohner Unklarheit und Mißverständnisse hervorrufen können, die sich der allgemeinen politischen Lage gegenüber geltend

gemacht hätten. Die Wahlen würden neue Kraft und Stütze für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Bayerns bedeuten.<sup>79</sup>

Leidenschaftlich und rücksichtslos hatten die Gegner des Anschlusses den Wahlkampf geführt. Ihre ungehemmte Agitation hatte ihnen zum Siege verholfen. In das in nächster Zeit zusammentretende Zollparlament entsandte der Süden 49 Partikularisten neben 36 Deutsch-Nationalen. Die süddeutschen Wahlen hatten offenbart, wie wenig vor allem in den beiden größten Südstaaten der nationale Gedanke lebte und verankert war. Die Aussichten auf eine baldige Einigung, soweit sie in den Händen des Volkes lag, waren stark gesunken. War die Möglichkeit der Erweiterung des Zollparlaments zum Reichstag des weiteren Bundes schon gescheitert, oder bestand noch Aussicht, den widerstrebenden Süddeutschen eine Kompetenzerweiterung des Zollparlaments abzurufen? Die neue Volksvertretung mußte darüber entscheiden.<sup>80</sup>

---

79. Hohenlohe an Gaßer, 26. II. 1868, Geh. Staatsarchiv München.

80. In Hessen fanden die Zollparlamentswahlen am 31. März 1867 statt. Von den sechs hessischen Abgeordneten dürfen nur drei (Metz-Bamberger, Kugler) der sogen. Deutschen Partei zugerechnet werden. Sybel irrt, wenn er alle Mandate dieser Partei zuspricht. Vgl. E. Götz, Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866—1871, S. 43.



### Drittes Kapitel.

## Die Tagungen des Zollparlamentes 1868—1870.

### *1. Das Parlament und die deutsche Einheit.<sup>1</sup>*

Am 27. April 1868 trat das erste deutsche Zollparlament zur Eröffnung im Sitzungsgebäude des Herrenhauses in Berlin zusammen. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes hatte sich kurz vorher vertagt, um zusammen mit den süddeutschen Abgeordneten das Zollparlament zu bilden. Der offene Bruch mit den liberalen Parteien und die notdürftig wiederhergestellte Freundschaft mit den Konservativen schwächten die Stellung Bismarcks. Trotz des partikularistischen süddeutschen Volksentscheids blieb er aber entschlossen, durch freundliches Entgegenkommen den süddeutschen Sondergeist zu versöhnen und durch gemeinsame Arbeit den Einheitsgedanken zu fördern.

Auch die beiden großen norddeutschen Parteien waren entschlossen, sich gegen die neu hinzutretenden süddeutschen Abgeordneten wohlwollend zu verhalten. Die Konservativen, die Hüter der eigenen, grundherrschaftlichen Unabhängigkeit, mißgönnten auch nicht den Süddeutschen ihre Selbständigkeit. Ebenso wollten die Nationalliberalen keine Feindschaft mit den süddeutschen Partikularisten heraufbeschwören; sie wollten aber auch keine Gelegenheit zur Abrechnung für das preußenfeindliche Verhalten der süddeutschen Partikularisten im Wahlkampf unbenutzt vorüber gehen lassen.

Mißtrauisch und ablehnend ging die süddeutsche Mehrheit zur Tagung. Wohl niemand glaubte im Ernst daran, daß sich die

---

1. Vgl. die Darstellungen von Sybel, Rapp (Württemberg) und Spielhofer (Bayern).

deutsche Frage, die den süddeutschen Wahlkampf beherrscht hatte, bei den wirtschaftlichen Verhandlungen im Zollparlament ganz bei Seite schieben lasse. Umso größer war die Entschlossenheit der süddeutschen Partikularisten, sich jeder Erörterung der deutschen Frage und jedem Versuch einer Erweiterung der Zuständigkeit des Zollparlaments entgegenzustemmen, wozu sie die norddeutsche Regierung und die Mehrheit des Hauses bereit und entschlossen glaubten. Die Verhandlungen mußten zeigen, ob es möglich sei, daß deutsche Volksvertreter — zum ersten Male wieder seit zwei Jahrzehnten in einem Parlament vereinigt — sich nur über trockene, technische Fragen der Zölle und indirekten Steuern unterhalten könnten. Es mußte sich zeigen, ob nicht vielmehr der nationale Gedanke, der auch über dem Zollbund und Zollvereinsvertrag schwebte, sich siegreich bei den Debatten des Zollparlaments behaupten werde.

Die Hauptstadt des Nordens empfing die Süddeutschen mit großer Liebenswürdigkeit, „an der man etwas Schalkhaftes und Pädagogisches finden kann, vor allem aber das Bewußtsein des Sieges, der dem noch grollenden Besiegten seine neue Lage in schönem Lichte zeigen und an ihm die vielgenannten moralischen Eroberungen machen möchte!“<sup>2</sup> Auch zurückhaltende und ablehnende Stimmen wurden laut: Treitschke schrieb im Aprilheft der Preußischen Handbücher die wenig schmeichelnden Willkommensworte: „Ein wüstes Freiheitsgeschrei bei tatsächlichem Servilismus, republikanische Phrase bei äußerster Abneigung gegen jede Staatspflicht, dünkelfhafter Hochmut bei vollständiger Nichtigkeit der Leistungen — das ist das Bild des heutigen Württemberg ... Ein gewisses Quantum von Grobheit oder zur Abwechslung von satirischem Humor gehört dazu, um einen süddeutschen Roten in Respekt zu halten. Es wäre äußerst verkehrt, diese Leute mit der bei uns üblichen Höflichkeit zu behandeln.“<sup>3</sup> Trotz solcher Mißtöne äußerten sich die süddeutschen Abgeordneten über die Aufnahme in Berlin befriedigt.

---

2. A. Rapp, a. a. O., S. 289 ff.

3. A. Rapp, a. a. O., S. 290.

Zunächst hatten die Süddeutschen die Aufgabe, mit den schon ausgebildeten Fraktionen des norddeutschen Reichstages in Verbindung zu treten. Zwei Wege waren möglich: entweder konnten sich die süddeutschen Abgeordneten den entsprechenden Parteien des norddeutschen Reichstages anschließen oder ohne engere Bindung als Süddeutsche an den Beratungen teilnehmen. Beide Möglichkeiten wurden verwirklicht.

Die nationalen Vertreter Badens trafen in Berlin mit den Angehörigen der bayrischen Fortschrittspartei und mit den nationalliberalen Hessen zusammen. Württemberg hatte keine nationalen Vertreter in das Zollparlament entsandt. Alle waren den Kandidaten der württembergischen Demokraten unterlegen, die Schutz und Unterstützung der Regierung genossen hatten. Die bayrischen Fortschrittler schwankten zwischen der preußischen Fortschrittspartei und der nationalliberalen Fraktion; letztere hatte zunächst für einen Anschluß die besten Aussichten. In mehreren Sitzungen, an denen vom Süden der badische Abgeordnete Bluntschli, die Bayern Völk und M. Barth, sowie der Hesse Metz teilnahmen, schien man sich für einen Anschluß an die nationalliberale Reichstagsfraktion entscheiden zu wollen. Durch das Eingreifen der preußischen Fortschrittspartei, die auf die Bayern einwirkte, gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Die bayrische Fortschrittspartei nahm fortan eine Zwischenstellung ein zwischen den beiden norddeutschen Parteien. Die hessischen und badischen Nationalen, letztere unter der Führung Bluntschlis, traten zu den norddeutschen Nationalliberalen in nähere Verbindung. Der badische Abgeordnete, Freiherr von Göler, schloß sich der freikonservativen Partei an, ohne sich jedoch fraktionell zu binden.

Entschlossener und zielbewußter war das Auftreten der Gegner des Anschlusses aus Württemberg, Bayern und Baden. Sie traten zur „Süddeutschen Fraktion“ zusammen. Die Initiative zu diesem Zusammenschluß soll von dem Württemberger Probst ausgegangen sein. Aus Baden schlossen sich die Vertreter des politischen Katholizismus: Stotzingen, Lindau, Bissing, Roßhirt und Dahmen dieser süddeutschen Majoritätspartei an; aus Bayern die Vertreter der Rechten, aus Württemberg alle Abgeordneten. Der spätere Zentrumsführer und ehemalige hannove-

ranische Minister Windthorst stand Pate bei dieser jungen süddeutschen Partei. Sie wurde verstärkt durch die sächsischen Sozialdemokraten Bebel, Liebknecht und Schrap. Den Vorsitz der süddeutschen Fraktion übernahm der bayrische Reichsrat Thüngen; Schriftführer waren der Badener Bissing und der Württemberger Reibel. Neben Thüngen taten sich besonders die Württemberger Schäffle und Probst, sowie der badische Freiherr von Stotzingen hervor.<sup>4</sup> Die Beziehung der preußischen Konservativen zu der Südfraktion war dadurch hergestellt, daß beide die historische Selbständigkeit und Autorität verteidigten und von Adligen geführt wurden. Die Verbindung der süddeutschen Fraktion zu den preußischen Altkonservativen und den Freikonservativen war zunächst recht eng; jedoch in den folgenden Sessionen lockerte sich das Verhältnis. An die süddeutsche Majorität hatte sich auch der einzige Vertreter der bayrischen Demokratie, Kolb, angeschlossen. Die neun Vertreter der bayrischen Mittelpartei, unter ihnen die zwei Minister Hohenlohe und Schlör, waren keine fraktionelle Bindung eingegangen. Bei den Abstimmungen gingen sie bald mit der Südfraktion, bald mit den preußischen Freikonservativen, selten mit den Vertretern der Deutschen Partei.

Hohenlohe scheute jede engere Berührung mit den Nationalliberalen und bemerkte nach seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Zollparlaments in seinem Tagebuch: „Die Zuneigung der Nationalliberalen wird mir ordentlich unheimlich“.<sup>5</sup> Er befürchtete, die bayrische Majorität wolle ihn von Berlin aus stürzen. Von Bismarck und König Wilhelm und auch von der bayrischen Fortschrittspartei unterstützt, trat er allen nationalliberalen Versuchen nach Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments entgegen. Um das bayrische Ministerium zu erhalten, verzichteten Bismarck und die bayrischen Fortschrittler darauf, solche Versuche der Nationalliberalen zu fördern.

Der feierlichen Eröffnung des Zollparlaments ging ein Gottesdienst beider Konfessionen voraus. Peinlich berührt

---

4. Spielhofer macht den Badener Stotzingen irrtümlich zum Hessen Stetzingen. Vgl. Spielhofer, a. a. O., S. 201.

5. Hohenlohe, a. a. O., Band I, S. 304.



fühlten sich die württembergischen Demokraten von den Textworten, die der Liturgie des Schloßgottesdienstes zugrunde lagen. Es war der Text vom guten Hirten, der mannigfache Deutung zuließ: „Und ich habe noch andere Schafe, die sind nicht aus diesem Stalle. Und dieselbigen muß ich herführen, und sie werden meine Stimme hören und wird Eine Herde und Ein Hirte sein.“

Die erste Tagung des Zollparlaments 1868 wurde durch eine Thronrede König Wilhelms eröffnet, die auf die Ausbreitung des Zollvereins dank der Macht des nationalen Gedankens hinwies: Die Teilnahme des Volkes entspreche durchaus einem berechtigten Verlangen. Der Zusammentritt sei die „Furcht einer naturgemäßen Entwicklung“. Nach einer Aufzählung der wichtigen Vorlagen, die an das Parlament gelangen würden, mahnte die Rede des Königs, das gemeinsame deutsche Interesse im Auge zu behalten; sie schloß mit den nationalen Worten: „Die freundschaftlichen Beziehungen, welche die deutschen Regierungen mit allen auswärtigen Mächten unterhalten, berechtigen zu dem Vertrauen, daß der Entwicklung nationaler Wohlfahrt, deren Pflege heute die Vertreter der deutschen Stämme vereinigt, die Segnungen des Friedens gesichert bleiben, zu deren Beschützung die deutschen Staaten sich untereinander verbündet haben, und mit Gottes Beistand jederzeit auf die geeinigte Kraft des deutschen Volkes werde zählen können“.<sup>6</sup>

Über die Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten des Zollparlaments war zwischen den politischen Parteien eifrig diskutiert worden. Von liberaler Seite wurden die Kandidaten Simson, Hohenlohe und Roggenbach befürwortet. Roggenbach wurde vorgeschlagen, wie Bluntschli in seinen Denkwürdigkeiten schrieb, „um den unitarischen Standpunkt oder doch den nationalen schärfer zu bezeichnen.“<sup>7</sup> Bluntschli hatte den Führer der nationalliberalen Partei, Rudolf von Bennigsen, als zweiten Vizepräsidenten vorgeschlagen; er war jedoch bei den anderen Parteien nicht durchzusetzen. Von verschiedenen

---

6. Verhandlungen des deutschen Zollparlaments, Stenographische Berichte, 1868, S. 2.

7. J. C. Bluntschli, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Bd. III, S. 187.

Seiten war Bluntschli selbst in Vorschlag gebracht worden. Er lehnte aber ab, weil seine Wahl noch schwieriger gewesen wäre als die Roggenbachs. Die norddeutsche Mehrheit hatte aus einer gewissen Höflichkeit gegen den Süden zwei Süddeutsche, Hohenlohe und Roggenbach, als Vizepräsidenten in Aussicht genommen.

Die Wahl des norddeutschen Reichstagspräsidenten Simson zum Präsidenten des Zollparlaments ging ohne Kampf vor sich; schon 1848 hatte er das Amt eines Präsidenten der Nationalversammlung bekleidet. Umsomehr zersplitterten sich die Stimmen bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten. Hohenlohe konnte die Mehrheit auf sich vereinigen; die süddeutsche Fraktion hatte ihre Stimmen für Thüngen abgegeben, war aber mit ihrem Kandidaten unterlegen. Umso wirksamer betätigte sie sich bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, für den Roggenbach in Aussicht genommen war. Beim ersten Wahlgang, der noch keine unbedingte Mehrheit brachte, gab die süddeutsche Majorität die Stimme ihrem Kandidaten und württembergischen Fraktionsgenossen Neurath; er erhielt 51 Stimmen. Bei der engeren Wahl, die zwischen Roggenbach und dem freikonservativen Herzog von Ujest nötig wurde, schlugen sich die Wähler von Neuraths Seite auf die der Freikonservativen, so daß Roggenbach einer Mehrheit von 15 Stimmen unterlag.<sup>8</sup>

Die Taktik der süddeutschen Fraktion hatte die Kandidatur Roggenbachs gefällt. Nach diesem ersten Erfolg schlossen sich die süddeutschen Partikularisten am 30. April zusammen. Sie wollten jeden Versuch zur Erweiterung der Zollparlamentskompetenz ersticken und scheitern lassen. Im geheimen waren sie entschlossen, durch ihre grundsätzliche Opposition gegen jede Tätigkeit im Zollparlament die neugeschaffene Volksvertretung ad absurdum zu führen.

Nach den Präsidentenwahlen fand auf Einladung des Hofes ein Diner für alle Parlamentsmitglieder im königlichen Schlosse statt. Die süddeutschen Abgeordneten speisten im weißen Saale, wo auch die königliche Familie Platz genommen hatte. Aus

---

8. Stenographische Berichte, 1868, S. 10 ff.

Baden nahmen alle Abgeordneten bis auf Lindau und Bissing teil. Von den Württembergern waren sieben Abgeordnete erschienen; von der württembergischen Volkspartei war nur Probst anwesend.

Die ersten bedeutsamen Verhandlungen des Zollparlaments, die der Prüfung der süddeutschen Wahlen galten, ließen bereits die ersten politischen Motive anklingen. Die badischen und hessischen Wahlen wurden nicht beanstandet. Am 29. April berichtete die Kommission über die Prüfung der bayrischen Wahlen.<sup>9</sup> Obwohl das bayrische Wahlgesetz sich nicht mit allen Bestimmungen des Zollvertrags vom 8. Juli deckte, wurde die Gültigkeit nicht angefochten, da die Teilnahme an den Wahlen und die Mehrheiten überwältigend gewesen seien. Trotzdem gab der norddeutsche Reichstagsabgeordnete Miquel der gereizten Stimmung der nationalliberalen Partei Ausdruck und beantragte, daß der Vorsitzende des Zollbundesrats sich mit der bayrischen Regierung ins Benehmen setze, um das bayrische Wahlgesetz mit den Vorschriften des norddeutschen Wahlgesetzes in Einklang zu bringen. Ohne Erfolg bemühten sich daraufhin die bayrischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei, die Geringfügigkeit der Beanstandungen darzutun. Der Antrag Miquels aber wurde mit den Stimmen aller liberalen Parteien angenommen. Die bayrische Fortschrittspartei hatte sich gegen den Antrag erklärt. Die Antragsteller und ihre Gegner befaßten sich hinsichtlich der objektiven Gesetzesauslegung der Mäßigung und Ruhe.

Höher noch gingen die Wogen bei der Prüfung der württembergischen Wahlen.<sup>10</sup> Die große Verstimung und der wütende Haß der Deutschen Partei kamen in den Verhandlungen vom 1. Mai zur Entladung. Durch die württembergische Auslegung des juristischen Begriffs „Wohnsitz“ war ein Teil der Lohnarbeiter, Dienstboten, usw. vom Wahlrecht ausgeschlossen geblieben. Im Kreise der Deutschen Partei hatte man erwogen, ob diese Auslegung und die Wahlbeeinflussung durch die Re-

---

9. Stenographische Berichte, 29. April 1868, S. 13 ff. Sybel hat irrtümlich hierfür den 1. Mai eingesetzt. Vgl. Sybel, a. a. O. Bd. III, S. 314.

10. Stenographische Berichte, 1. Mai 1868, S. 27 ff.

gierung ausreiche, die Wahlen ungültig erklären zu lassen und Neuwahlen auszuschreiben. Max Römer, einem führenden Mitglied der Deutschen Partei in Württemberg, war von einem norddeutschen Reichstagsmitglied zugesichert worden, geliefertes Material genügend zu verwerten, auch wenn es nicht ausreiche, um die Wahlen umzustößen. Die gesammelten Unterlagen wurden von Römer und seinem Parteifreund Gustav Müller in Form einer Eingabe an das Zollparlament persönlich nach Berlin gebracht. Nach einer äußerst erregten und scharfen Debatte wurde mit 162 gegen 105 Stimmen der Kommissionsantrag angenommen, der den Vorsitzenden des Bundesrats ersuchte, auf eine „dem Vertrag und Wahlgesetz homogenere Ausführung“ künftiger Wahlen in Württemberg hinzuwirken.

Die Verteidigung des württembergischen Standpunktes hatten die Minister Mitnacht und Varnbüler übernommen. Mitnacht versuchte in musterhafter Rede, die Übereinstimmung des württembergischen Wahlgesetzes mit den Vertragsbestimmungen vom 8. Juli 1867 zu belegen. Diese Ausführungen trugen ihm einen vollen parlamentarischen Erfolg ein. Die Rechte gab ihm Beifall durch Händeklatschen Ausdruck; das war sonst ungebräuchlich. Varnbülers Rede war weniger geschickt; er war gesundheitlich schlecht disponiert und hatte lange nicht den Erfolg wie sein Ministerkollege. Er richtete heftige Angriffe gegen die Deutsche Partei und schloß mit einem Bekenntnis zum Lande Württemberg: „Ich liebe mein Vaterland, auch wenn es klein ist, und diese Liebe heiße ich Patriotismus und nicht Partikularismus“.<sup>11</sup> In den Reden der hessischen Nationalliberalen Metz und Braun entlud sich der ganze Haß ihrer Partei gegen die württembergische Regierung. Braun zerschlug die juristischen Ausführungen Mitnachts und entwarf in schreienden Farben ein Bild des württembergischen Wahlkampfes, das er durch Verlesen von Wahlaufufen und Anführung konkreter Beispiele belebte. Den sprühenden Sarkasmus und Humor, mit dem Braun seine Anklagen vortrug, quittierte das Haus mit Heiterkeitsstürmen. Mitnacht entgegnete bestimmt, und es gelang ihm, einzelne Beispiele zu

---

11. Stenographische Berichte. 1. Mai 1868, S. 46.



entkräften und zu widerlegen. Die Verantwortung für die maßlose Agitation im Wahlkampfe lehnte er im Namen der Regierung ab: „Wenn bei bestehendem allgemeinem Wahlrecht verschiedene sich entgegengesetzte Parteien um den Sieg ringen, dann werden auch gewisse Tiefen aufgewühlt und für das, was dann geschieht, eine Regierung verantwortlich zu machen, wäre in höchstem Grade ungerecht.“<sup>12</sup> Mitternacht gab humorvoll die ausgeteilten Hiebe zurück. Den Beweisstellen Brauns setzte er eine Auslassung aus einem Organ der Deutschen Partei entgegen: „Die württembergischen Minister, die etwa als Abgeordnete zum Zollparlament hierhergesandt werden, werden nur ein Gabelfrühstück für den Herrn Dr. Braun abgeben.“ Mitternacht hatte die Lacher auf seiner Seite, als er dann fortfuhr: „Das Messer wurde auch angesetzt; Gott Lob und Dank, ich fühle mich noch ganz wohlbehalten und wahrhaft erleichtert.“<sup>13</sup> Der württembergische Minister machte für die Heftigkeit des Wahlkampfes die Deutsche Partei selbst verantwortlich, die das württembergische Selbstgefühl aufs schwerste verletzt habe. Von der konservativen Seite des Hauses wurde der von Braun angeschlagene Ton bedauert, der dem Friedenswerk, das man begründen wolle, nachteilig sein könnte. Der nationalliberale Abgeordnete Lasker hoffte, daß auch diese Debatte, so verletzend und erregend ihr Anfang für manchen gewesen sein möge, zum gegenseitigen Verständnis beigetragen und zu der gewinnbringenden Überzeugung geführt habe, daß auf der rechten wie auf der linken Seite des Hauses deutsche Männer säßen. Der Schluß der Diskussion wurde angenommen, bevor noch alle, die sich zum Wort gemeldet hatten, sprechen konnten.

Schon nach den ersten Zollparlamentssitzungen wurde in nationalliberalen Kreisen der Antrag einer Adresse als notwendige Antwort auf die Thronrede eifrig erwogen und lebhaft besprochen. Ein Entwurf des Hessen Bamberger war verunglückt. Eine Kommission, in der auch der Badener Bluntschli saß, hatte die Aufgabe einer Neuredaktion erhalten. Bluntschli schrieb am 30. April in sein Tagebuch: „Eine Aussprache über

---

12. Ebenda, S. 43.

13. Stenographische Berichte, 1. Mai 1868, S. 42.

die Situation wird nach allen Seiten hin klären und das Gewitter wird die Luft von bösen Dünsten reinigen. Die Schwaben werden nicht zu reden wagen wie in Stuttgart, und verlieren dann ihren Ruhm in Schwaben. Oder wenn sie so reden, so werden sie hier vor aller Welt ausgelacht. Die preußischen Konservativen aber werden merken, daß sie nicht mit jenen zusammengehen können. Jede Debatte wird dem nationalen Gedanken förderlich sein.“<sup>14</sup>

Das Ergebnis der nationalliberalen Beratungen war, daß 11 Abgeordnete aus Baden und Darmstadt, unterstützt von der gesamten nationalliberalen Partei des norddeutschen Reichstags, den Entwurf einer Adresse an den König von Preußen dem Zollparlament zur Beratung und Annahme vorlegten. Mit dem Gedanken, daß der Zollverein durch den nationalen Impuls erstarkt sei, knüpfte die Adresse unmittelbar an die Thronrede an. Hierauf fuhr sie fort, daß die Macht des nationalen Gedankens auch die völlige Einigung des ganzen deutschen Volkes in friedlicher und gedeihlicher Weise herbeiführen werde. Die Liebe zum deutschen Vaterland werde die inneren Hindernisse, die nationale Ehre auswärtige Eingriffe zurückweisen.<sup>15</sup>

In der Nacht vor der Adreßdebatte versuchten die Konservativen, die süddeutsche Fraktion für einen Antrag auf motivierte Tagesordnung zu gewinnen, der aber von den süddeutschen Partikularisten entschieden abgewiesen wurde.<sup>16</sup> Von konservativer (Blanckenburg und Genossen), bundesstaatlich-konstitutioneller (Reichensperger und Genossen), sowie süddeutsch-partikularistischer (Aretin und Genossen) Seite war gegen den Adreßantrag einfache Tagesordnung beantragt worden. Von den Abgeordneten Herzog von Ujest, Freiherr von Roggenbach, den Bayern Völk und Feustel — letztere im Namen der bayrischen Fortschrittspartei — unterstützt von den Freikonservativen und einem Teil der süddeutschen Nationalen, sowie von dem Abgeordneten Duncker, unterstützt von der preußischen Fortschrittspartei, waren Gegenanträge auf motivierte Tagesordnung

---

14. J. C. Bluntschli, a. a. O., S. 192 ff.

15. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, 1868, Nr. 7.

16. Die erste Session des deutschen Zollparlaments. Deutsche Vierteljahrsschrift, 31. Jahrg., 1868, S. 271.

gestellt worden. Beide gaben dem berechtigten Anspruch auf eine deutsche Einigung Ausdruck.<sup>17</sup>

Am 7. Mai fand die mit Spannung erwartete Sitzung statt, die über die Adresse entscheiden sollte.<sup>18</sup> Ihre Begründung fiel Bennigsen zu. Er versicherte, daß auch in den Reihen seiner Parteifreunde niemand an eine Verletzung der bestehenden Verträge durch die beantragte Adresse denke. Gegen die Adresse sprach der Vorsitzende der süddeutschen Fraktion, der bayrische Reichsrat von Thüngen. Er verteidigte zunächst die Stimmung des größten Teils des süddeutschen Volkes, das mißtrauisch jede weitere Verbindung mit dem norddeutschen Bund ablehne. „Wir treiben nicht die Politik des Gefühls, wir treiben die Politik des Verstandes“. Mit betont nationalem Bewußtsein bekannte sich Thüngen zu den geschlossenen Verträgen: „Wir stehen daher fest auf dem Boden der Verträge, namentlich auf dem der Schutz- und Trutzbündnisse. Seien sie überzeugt, daß wir, wenn der Integrität oder Ehre Deutschlands von irgend einer Seite her Gefahr drohen sollte, mit aller Kraft tapferer Volksstämme an Ihrer Seite stehen, an Ihrer Seite kämpfen, an Ihrer Seite bluten werden. Glauben Sie, daß das Nationalgefühl, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme bei uns ebenso lebhaft ausgeprägt ist, als bei Ihnen“. Thüngen erklärte die Bereitschaft des Südens, auf dem Wege des Vertrags eine weitere Einigung mit Preußen anzubahnen und betonte das Bedürfnis des Südens, sich an den Norden anzuschließen. „Wir wollen Ihnen gern die Bruderhand reichen; allein stören Sie nicht das Wachstum dieser noch zarten Pflanze der Freundschaft dadurch, daß Sie uns auf Wege drängen, die wir nicht als die unsrigen betrachten können!“ Er lehnte jeden Majoritätsbeschluß in dieser Richtung ab, da sich der Süden nur der Majorität unterwerfen könne, soweit es sich um Fragen handle, die zur Kompetenz des Zollparlaments gehörten.<sup>19</sup> Die nationalen Töne, die der bayrische Reichsrat in seiner Rede angeschlagen hatte, dämpften

---

17. Anlagen zu den Stenographischen Berichten des deutschen Zollparlaments, 1868, Nr. 14, 15, 16. Vgl. auch H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 68 ff.

18. Stenographische Berichte, 7. Mai 1868, S. 99 ff.

19. Stenographische Berichte, 7. Mai 1868, S. 95 ff.

freilich den Erfolg der süddeutschen Partikularisten in der Adreßdebatte.

Nach Thüngen ergriff der Konservative Blankenburg das Wort für die einfache Tagesordnung. Er hielt die vorgeschlagene Adresse in diesem Hause nicht für zweckdienlich und erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, sofern es sich darum handle, König Wilhelm für die Eröffnung und für die Begründung des Zollvereins in seiner jetzigen parlamentarischen Ausdehnung zu danken. Er lehnte die vorliegende Adresse ab, um nicht „den Parteikampf und Parteiendampf aus Stuttgart und München sich noch einmal hier erneuern zu sehen“. Den Antrag auf die einfache Tagesordnung verteidigte er damit, daß man an den geschlossenen Verträgen festhalten und auf diesem Boden weiter bauen wolle.<sup>20</sup> Gegen die einfache Tagesordnung sollten der norddeutsche Nationalliberale Lasker und der Süddeutsche Bluntschli sprechen; Bluntschli sollte reden, wenn der Ausgang der Debatte zweifelhaft sei, um einen Süddeutschen zu Wort kommen zu lassen. Angesichts der schlechten Aussicht auf die Annahme der Adresse erhielt Bluntschli das Wort. In breit angelegter, akademischer Rede führte er aus, daß die Adresse nicht etwa dem Parteieifer entsprungen sei, sondern der nationalen Pflicht einer Beantwortung der Thronrede. Er betonte den klärenden Einfluß einer solchen Debatte auf die Beziehung des Südens zum Norden. Wie seine Vorredner stellte sich auch Bluntschli ganz auf den Boden der Verträge.<sup>21</sup>

Mit 186 gegen 150 Stimmen wurde der Adreßantrag abgelehnt und die einfache Tagesordnung angenommen. Die schwache Majorität war durch Konservative, Fortschrittspartei, süddeutsche Partikularisten, Sozialisten und Polen gebildet worden, denen die Antragsteller, unterstützt von den Freikonservativen und der Fraktion Bochum-Dollfs, unterlegen waren.

Fünf Mitglieder der süddeutschen Opposition, Freiherr von Rhein, Jörg (Bayern), Neurath, Probst (Württemberg) und der Badener Roßhirt, waren mit der Abfassung einer Rechtsverwahrung beauftragt, die im Falle der Adreßannahme erklären

---

20. Stenographische Berichte, 7. Mai 1868, S. 96 ff.

21. Ebenda, S. 100 ff.



sollte, daß das Vorgehen die Parlamentsbefugnis überschreite. Als schärfste Waffe drohte die süddeutsche Fraktion mit ihrem Austritt. Ihre sture Haltung war für das Schicksal des national-liberalen Antrags ausschlaggebend gewesen.

Aus einem Ergebnis, das die Majorität der Süddeutschen vergewaltigte, hätte Bismarck niemals politische Konsequenzen ziehen können. Als er die entschiedene Haltung der süddeutschen Partikularisten sah, hatte er daher den Konservativen die Parole gegeben, gegen den Antrag zu stimmen.

Nach der Adreßdebatte wollten viele, auch Süddeutsche, Berlin verlassen; jedoch die wichtige Tabaksteuer hielt sie zurück. Bluntschli, der seine Abreise erwogen hatte, blieb auf dringendes Bitten des Zollparlamentspräsidenten Simson. Am 16. Mai schrieb er pessimistisch, als man ihn wieder zum Aushalten beredet hatte: „In Gottes Namen will ich noch den letzten Versuch machen, obwohl meine Hoffnung sehr gering und mein Zweifel groß ist, daß der Kronprinz (er hatte seine italienische Reise unterbrochen, um noch zum Zollparlament zu kommen) die hiesigen Dinge zu bessern vermöge“.<sup>22</sup>

Siegesgewiß berichtete der „Badische Beobachter“ über den partikularistischen Erfolg: „Es hat sich da erfüllt, was wir voraussagten, nur noch in höherem Grade, daß nämlich der Glorienschein, mit dem der Parteigeist eines beschränkten Kreises bei uns die Gothaischen Häupter umgab, in Berlin unbarmherzig werde heruntergerissen werden“.<sup>23</sup> Eine badische Stimme im „Kölner Blatt“ schrieb lakonisch: „Summa summarum: die einfache Tagesordnung über die Adresse in Berlin ist die einfache Tagesordnung über den Gothaismus in Baden“.<sup>24</sup> Auch die linksliberale „Neue Badische Landeszeitung“ freute sich über die „erhaltene weitere Lehre“ für die Anschlußfreunde. Optimistischer beurteilte die „Badische Landeszeitung“ den Ausgang der Adreßdebatte; die Verwerfung hindere nicht den Fortgang des nationalen Werkes, die Adreßverhandlung aber wirke

---

22. J. C. Bluntschli, Zollparlamentsbriefe, 16. Mai 1868, Deutsche Revue, 29. 2.

23. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 110.

24. Ebenda, 1868, Nr. 111.

fördernd. Die Beurteilung der Adreßdebatte durch die Badische Presse deckte sich im allgemeinen mit den Pressestimmen aus Bayern und Württemberg.<sup>25</sup>

Mit der Ablehnung der Adresse wurde einem andern Antrag Bluntschlis der Boden entzogen. Er beabsichtigte, den süddeutschen Staaten die Befugnis zu erwirken, sich nach eigenem, freien Ermessen an den gesetzgeberischen Arbeiten des norddeutschen Bundes zu beteiligen, soweit sie durch den Artikel IV der Bundesverfassung festgelegt waren. Wenn der Antrag auch nicht angenommen werde, so könne er seiner Meinung nach wenigstens zum Sondieren dienen. Er zirkulierte bei den verschiedenen Parteiführern und fand auch außerhalb der national-liberalen Partei großen Anklang. Bluntschli brachte am 30. April in einer Unterredung mit Bismarck die Rede darauf. Bismarck versicherte, denselben Gedanken gehabt zu haben; er werde aber vielleicht genötigt sein, sich nicht ganz so scharf dafür auszusprechen und unter Umständen zu diplomatisieren; seine Stellung mache ihm dies zur Pflicht.<sup>26</sup> Als sich durch die Abstimmung vom 7. Mai die Unmöglichkeit einer Einbringung dieses Antrags im Zollparlament gezeigt hatte, nahm Bluntschli davon Abstand.

Bluntschli war zweifellos einer der eifrigsten unter den süddeutschen Nationalen. Auch mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Hohenlohe hatte er während der ersten Zollparlamentstage Fühlung genommen. Am 22. Mai kam es zu einer Unterredung. Bluntschli erklärte, daß unbedingt etwas zur Förderung der nationalen Sache geschehen müsse, da Baden und Hessen auf die Dauer den augenblicklichen Zustand nicht ertragen könnten. Er schlug vor, die Frage des Zusammenschlusses auf der Basis einer Vorzugsstellung Bayerns in mili-

---

25. In Bayern waren die fortschrittlichen Blätter geteilter Meinung in der Beurteilung des Adreßantrags. Während die Wochenschrift der Fortschrittspartei die ablehnende Haltung der bayrischen Abgeordneten der Deutschen Partei verteidigte, tadelten andere Blätter die Trennung von den norddeutschen Nationalliberalen. Vgl. Spielhofer, a. a. O., S. 203. Siehe für Württemberg den „Beobachter“ vom 7. Mai 1868, den „Merkur“ vom 8. Mai 1868, u. a. m. Vgl. auch A. Rapp, a. a. O., S. 294 ff.

26. J. C. Bluntschli, a. a. O., Bd. III, S. 199 ff.

tärischer und diplomatischer Hinsicht und der möglichen Einräumung eines Ehrenamts an den bayrischen König zu lösen, etwa in Gestalt eines Reichsvikariats.<sup>27</sup> Hohenlohe verhielt sich dem Bluntschli'schen Antrag gegenüber zurückhaltend und bat um eine Niederschrift.<sup>28</sup>

Mit dem Erfolg vom 7. Mai hoffte die süddeutsche Fraktion jede weitere politische Debatte abgewendet zu haben. So oft politische Momente in der Debatte zur Sprache zu kommen drohten, rief man den Redner aus den Reihen der süddeutschen Partikularisten zur Sache. Als eine Ironie des Schicksals mutet es an, daß einer ihrer Führer eine politische Debatte größeren Stiles heraufbeschwor, welches die Gegner als eine moralische Revanche und einen ausgleichenden Erfolg buchen konnten.

Der nationalliberale hessische Abgeordnete Bamberger hatte einen Antrag eingebracht, der einen Eingriff des Zollvereins in die hessische Weinbesteuerung herbeiführen sollte, da sie nicht mit dem System der Verbrauchssteuer im Zollverein in Einklang stünde. Die große Mehrheit des Hauses stellte sich hinter den Antrag. Der Württemberger Moritz Mohl erhob im Auftrag der süddeutschen Fraktion gegen den Antrag Einspruch und bestritt die Kompetenz des Zollparlaments. Das hessische Mitglied des Zollbundesrates, Hofmann, unterstrich die Ansicht Mohls. Diese Stellungnahme rief Bismarck zum erstenmal auf den Plan. Er nannte die Erklärung Hofmanns dessen persönliche Auffassung und betonte seine gegensätzliche Überzeugung. Einer weiteren Erklärung Hofmanns entgegnete Bismarck, daß es sich nicht darum handle, ob die hessische Weinbesteuerung im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrag stehe; es sei vielmehr zu entscheiden, ob die gesetzgebenden Organe des Zollvereins zur Erörterung dieser Frage überhaupt berechtigt seien. Bismarck bejahte die Frage der Zuständigkeit.<sup>29</sup>

Die Billigung Bismarcks verleitete den Württemberger Probst, sich auf politisches Gebiet zu wagen. Er stellte gleich-

---

27. J. C. Bluntschli, a. a. O., Bd. III, S. 219 ff.

28. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. I, S. 311.

29. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 258 (Mohl), 260 (Hofmann), 263 ff. (Bismarck), 264 (Hofmann), 264 (Bismarck).

falls die Kompetenzfrage und verneinte sie. Ein drohender Hinweis auf Frankreich beschloß seine Rede: „Es schien mir immer und es scheint mir auch in der neuesten Zeit, daß irgendwo eine Lawine an einem Berge hängt, die eine geringe Erschütterung in den Abgrund stürzen kann. Ich lege den Worten, die in diesem Zollparlament fallen, nicht eine so geringe Bedeutung bei, daß ich nicht glaube, es könne durch dieselben jene verhängnisvollen Erschütterungen herbeigeführt werden; es ist auch, glaube ich, irgend jemand in der Welt vorhanden, der darauf paßt, daß die Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland hier zum Ausdruck gebracht werden“.<sup>30</sup> Bismarck verteidigte die Haltung der norddeutschen Regierung gegenüber dem Süden, die es auf das Sorgfältigste vermieden habe, auf die Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments zu dringen. Er berief sich auf die längst veröffentlichte Zirkulardespeche vom 7. September 1867, in der das Programm der Politik des norddeutschen Bundes ausgesprochen sei und an der man auch heute noch festhalte. Die Selbständigkeit Süddeutschlands solle in keiner Weise gefährdet werden und die weitere Entwicklung der freien Willensentschließung des Südens anheimgestellt sein. „Deliberieren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins“. Die Drohung Probsts mit einer auswärtigen Einmischung gab er schneidend zurück, indem er zu bedenken gab, daß „ein Appell an die Furcht im Deutschen Herzen niemals ein Echo“ finde.<sup>31</sup>

Eine lebhafte Debatte entspann sich, an der sich von den süddeutschen Abgeordneten die Badener Roßhirt und Bissing und der Bayrische Freiherr von Neurath beteiligten. Während sich Roßhirt in seiner Rede mäßigte, verbarg Bissing seine anti-preußische Gesinnung nicht. Neurath berief sich wiederum auf die Verträge und verteidigte die Süddeutschen in gemäßigter Rede gegen den Vorwurf des Undanks und der Unfreundlichkeit gegen den Norden.<sup>32</sup>

Den Höhepunkt der Sitzung bildete die Rede des führenden

---

30. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 264 ff.

31. Ebd. S. 265 ff.

32. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 271 ff. (Roßhirt), 276 ff. (Neurath), 278 ff. (Bissing).



Augsburger Fortschrittlers Völk. Er bestritt der süddeutschen Fraktion ihr anmaßendes Auftreten als alleiniger Vertreter des Südens. Er sprach von dem unaufhaltsamen Tempo der deutschen Einheitsbewegung und der Unwiderstehlichkeit des deutschen Nationalwillens. Seine zündende, humorgewürzte Rede gipfelte in den zukunftsfrohen, poetisch gefärbten Worten: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland und wenn auch noch Einzelne sich mit Schneebällen werfen, das wird nicht mehr lange dauern, der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneebällen bald das Material ausgeht“.<sup>33</sup>

In der Debatte kämpften die Nationalliberalen Bamberger und Lasker, der Bayer Völk, die Fortschrittsleute Löwe und Waldeck und der Konservative Wagener in einer großen Linie gegen die süddeutschen Partikularisten und sächsischen Sozialdemokraten. Mit großer Mehrheit war der Antrag angenommen worden.

Jubelnd wurde der Erfolg des nationalen Gedankens am 18. Mai in der „Badische Landeszeitung“ aufgenommen: „Das Zollparlament ist so in seiner nationalen Bedeutung wieder hergestellt und das Ausland hat sich überzeugen können, daß in ihm doch noch mehr vertreten ist, als Tabak und Wein und Chemikalien, und zwar der nationale Geist des deutschen Volkes“.<sup>34</sup> „Die Warte“ pflichtete bei, daß die süddeutsche Fraktion ihre verdiente Zurückweisung durch die deutsche Gesinnung fast aller Parteien erhalten habe.<sup>35</sup> Mit überlegener Befriedigung stellte der „Badische Beobachter“ am 26. Mai fest, daß die Nationalliberalen zuletzt noch einen Augenblickserfolg errungen hätten, „wobei die Gothaer ihre nationalliberale Idee als Weinsteuern verummten, um ein Majoritätsvotum zu erreichen“.<sup>36</sup>

Die erste Tagung des Zollparlaments endete mit einer Reihe von Festen, die von dem Kronprinzen, der Stadt Berlin und der Berliner Kaufmannschaft gegeben wurden. Während die einen auf die deutsche Einheit tranken, tischten die anderen mit den

---

33. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 279 ff.

34. Badische Landeszeitung, 1868, Nr. 121.

35. Die Warte, 1868, Nr. 122.

36. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 121.

Gegensätzen in der vergangenen Versammlung auf. Beim Bankett der Berliner Kaufmannschaft richtete Bismarck herzliche Worte an die Süddeutschen: „Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens ... In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches: auf Wiedersehen zu!“<sup>37</sup> Nicht weniger national ließ sich Fürst von Hohenlohe vernehmen: „Die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlungen. Diesem Verständnis deutschen Geistes ist eine Mission zuteil geworden edler, herrlicher und höher als andere sogenannte zivilisatorische Missionen.“<sup>38</sup> Den Ausklang des ersten Zollparlaments bildete eine Fahrt der Abgeordneten nach Kiel und Hamburg.

Am 22. Mai erließen 32 Mitglieder der süddeutschen Fraktion eine Erklärung,<sup>39</sup> die von dem Württemberger Schöffle verfaßt worden war. Mehrere der anwesenden Mitglieder verweigerten ihre Unterschrift; andere, die bereits abgereist waren, versagten sie nachträglich. Den Grund haben wir in der mangelnden Übereinstimmung der Ansichten der süddeutschen Partikularisten untereinander zu suchen. Der Charakter der Erklärung war in der Tat auch innerlich widerspruchsvoll. Als ersten Erfolg verzeichnete dieser Rechenschaftsbericht, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß der Adreßantrag gefallen war, dessen „Beratung nicht nur in kritischer Zeitlage die in Deutschland bestehenden Gegensätze noch mehr geschärft, sondern auch den staatsrechtlichen Charakter des Zollparlaments im ersten Augenblicke seines Wirkens verändert haben würde.“ Ferner sei es gelungen, die nicht genügend begründeten Steuerforderungen des Zollbundesrates zu ermäßigen. Ein Eintritt der Südstaaten in den norddeutschen Bund entspreche nicht dem süddeutschen Interesse. Als Programm verlangte die Erklärung die Wahrung der süddeutschen Selbständigkeit und die Erfüllung

---

37. Die erste Session des deutschen Zollparlaments. Aus dem Tagebuch eines süddeutschen Abgeordneten, S. 125.

38. Ebda., S. 125.

39. H. Schulthess, a. a. O., 1868, S. 73 ff.

der nationalen Pflichten. „Den Weg zu diesem doppelten Ziel finden wir nur in einer entschieden freisinnigen Politik und in der festen Verbindung der süddeutschen Staaten“. Dem Versprechen zur Erfüllung der Verträge widersprachen der geforderte Südbund. Die verlangte freisinnige Politik unterstützte gerade die Forderungen des bekämpften liberalen Systems. Bedeutende Gegensätze machten sich in der süddeutschen Fraktion geltend; es standen sich Demokraten und Aristokraten, Klerikale und Sozialisten gegenüber. Alle hatten ihre Ansichten den negativen Tendenzen des Programms untergeordnet, „den drohenden Übergriffen des Gegners zu wehren und dem Eintritt in den jetzigen Nordbund Widerstand zu leisten“.<sup>40</sup> Auch die handelspolitischen Gegensätze konnten die Fraktion nicht sprengen. Mit Recht kann Schäffle in seinen Betrachtungen über die erste Session des Zollparlaments schreiben: „Würde morgen das Zollparlament wieder berufen, die süddeutsche Fraktion würde als ebenso geschlossene Phalanx wieder dastehen.“<sup>41</sup> Er preist ihre erfolgreiche Tätigkeit mit den Worten: „Sie (die süddeutsche Fraktion) hat die Annexionslokomotive am Main zu noch längerem Stehen gebracht, im ersten Zollparlament mächtig beigetragen, neue Steuerlasten abzuschneiden, und der König von Preußen selbst hat mit ihr durch die Beuerungen seiner Schlußrede gerechnet“.<sup>42</sup>

In den genannten Betrachtungen ergänzte Schäffle die programmatische Erklärung der süddeutschen Fraktion nach ihrer positiven Seite hin. Er umriß die Aufgaben einer tatkräftigen süddeutschen Politik. Dabei gab er die Gedankengänge eines Memorandums wieder, das dem Redaktionsausschuß des Rechenschaftsberichtes vorgelegt worden war.<sup>43</sup> „Wenn“, sagt Schäffle, „die südlichen Staaten in der Isolierung verharren, wenn sie nicht durch positive Leistungen vorangehen, um die Welt der materiellen Interessen zu gewinnen, wenn sie nicht gemeinschaftlich im Zollbundesrat auftreten und hier für klare Ziele die

---

40. Die erste Session des deutschen Zollparlaments, Deutsche Vierteljahrsschrift, 31. Jahrg., 1868, S. 269.

41. Ebenda, S. 270.

24. Ebenda, S. 277.

43. Ebenda, S. 280.

Vertreter einer für gute heimische Institutionen eingenommenen Bevölkerung hinter sich haben — alsdann wird ihnen durch die jetzige Zollvereinsinstitution das Mark politischer Selbständigkeit aus den Gliedern gezogen werden“.<sup>44</sup> Kurz, als Ergebnis der ersten Zollparlamentssession proklamierten die Erklärung und das Memorandum den Zusammenschluß der süddeutschen Staaten in einen Südbund. Um die angeknüpften Verbindungen zu pflegen wurde ein Ausschuß gewählt, dem Thüngen, Probst und Stotzingen angehörten.

Auch die schwäbischen Demokraten hatten mit dem Norden eine Verständigung gesucht, allerdings auf andere Weise als die süddeutschen Nationalen. Am 14. Mai 1868 veranstaltete die „Berliner Demokratische Gesellschaft“ eine Volksversammlung „zur Einigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland“. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ war die Versammlung von über 3000 Personen besucht. In freiheitlichen Worten wandte sich der Württemberger Oesterlen an die versammelten Demokraten: „Was auch die Politik der Kabinette in den letzten Jahren gefehlt hat, das Bedürfnis der Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein dieses Bedürfnisses und die Brüderlichkeit zwischen allen deutschen Stämmen hat sie nicht vertilgen können. Welche Schäden auch dem nationalen Leben zugefügt sind: so tief ist keiner gegangen, daß ihn die Freiheit nicht wieder heilen könnte ... Kommen Sie uns im Namen der Einheit und Freiheit des Vaterlandes und Sie werden uns haben. Wenn Sie aber nicht mit diesen heiligen Auspizien zu uns kommen wollen, dann müssen Sie uns holen“.<sup>45</sup> Oesterlen hatte das Ideal einer großdeutschen Demokratie als Ziel aufgestellt. Auch die sozialistischen Bundesgenossen der süddeutschen Partikularisten, die Sachsen Bebel und Liebknecht, traten als Redner auf und richteten heftige Angriffe gegen den norddeutschen Bund. Der Versuch der Mobilisierung der norddeutschen und süddeutschen Demokraten blieb jedoch ohne weitere Wirkung.

Lebhaft wurde das Ergebnis des ersten Zollparlaments in der badischen Presse besprochen. Die „Badische Landeszeitung“

---

44. Die erste Session des deutschen Zollparlaments, Deutsche Vierteljahrsschrift, 31. Jahrgang 1868, S. 270.

45. A. Rapp, a. a. O., S. 296.



berichtete rückblickend, daß das gemeinsame Wirken unverkennbar dazu beigetragen habe, die Schärfe der Gegensätze zu mildern. „Das erste deutsche Parlament ist unter günstigen Vorbedeutungen geschlossen worden; der nationale Charakter und Beruf desselben hat sich Geltung verschafft, und die Schlußrede vom Throne wird sicher dazu beitragen, daß das letzte Ziel der neue deutsche Bund, ohne Überstürzung und Kränkung berechtigter Eigenthümlichkeiten verfolgt und erreicht werden wird.“<sup>46</sup> Außerdem sei die Fassung wichtiger Beschlüsse zu verzeichnen; das Parlament habe sich durchaus nicht bloß als eine Steuermaschine erwiesen. Befriedigt äußerte sich auch der „Badische Beobachter“: Die Männer der Opposition hätten in Berlin eine ganz andere Würdigung erfahren als in der Heimat und Gelegenheit gehabt, über die badischen Zustände von Kirche und Schule Aufklärung zu geben. Ferner sei Gelegenheit geboten gewesen, mit gleichgesinnten Bayern und Württembergern zusammenzutreffen. „Darin liegt eine Bürgschaft, daß der echt deutsche Süden, welcher nicht weniger deutsch und patriotisch sich fühlt, von den germanischen und germanisierten Landsleuten im Norden, mit welchen wir im Übrigen gute Freundschaft und Landsmannschaft halten wollen, nicht überlistet und übervorteilt werde“.<sup>47</sup> Was die persönlichen Eindrücke von den norddeutschen Verhältnissen betraf, erzählte Lindau in seinem Rechenschaftsbericht: „Ich habe meine Augen weit aufgethan, um die Zustände in dem Großstaate, in dem gepriesenen Emporium der Intelligenz, mit nüchternem Verstande anzuschauen“.<sup>48</sup> Er kam jedoch zu einem ablehnenden Ergebnis. Während in der Erklärung der süddeutschen Fraktion der Südbund nur versteckt gefordert wurde, traten die badischen Klerikalen jetzt unumwunden für ihn ein.

Freundlicher war der Rückblick des orthodoxen Organs, das die außenpolitische Ansicht des klerikalen Lagers nicht theilte. Am 26. Mai schrieb „Die Warte“: „Der Rückblick auf die vier Wochen der Zollparlamentsverhandlungen erweckt das wohlthuende Gefühl eines allmählichen, aber sicheren Fort-

---

46. Badische Landeszeitung, 1868, Nr. 123.

47. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 126.

48. Badischer Beobachter, 1868, Nr. 147.

schritts auf dem Wege der Einigung Deutschlands“. Später fuhr sie fort: „Namentlich wir Süddeutsche sind dadurch aus der Enge unserer Parteikämpfe auf das große Feld der allgemeinen deutschen Wohlfahrt hingewiesen worden und dürfen hoffen, davon für die nächste Zeit einen heilsamen Einfluß auch bei uns zu verspüren“.<sup>49</sup> Trotzdem aus dem Zollparlament kein Vollparlament geworden war, klangen die national gerichteten Beurteilungen über die verflossene erste Sitzung optimistisch.

Die Zollparlamentssitzungen der beiden nächsten Jahre 1869 und 1870 verliefen ohne große politische Debatten. Graf von Bray-Steinburg, der im März 1870 Hohenlohe im Amt gefolgt war, berichtete am 21. April 1870 an Weber, daß die badischen Parlamentsmitglieder nochmals einen Antrag auf Erweiterung der materiellen Kompetenz des Zollparlaments beabsichtigten und riet, man solle bayrischerseits bei der Bekämpfung der angedrohten Bestrebungen nicht in den Vordergrund drängen.<sup>50</sup> Weber aber berichtete am 22. April 1870 zurück, daß nicht die entferntesten Andeutungen festzustellen seien.<sup>51</sup> Freydorf zerstreute die Befürchtungen, äußerte sich aber dahin, daß nicht die anzustrebende Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments, sondern eher der „Zutritt zum norddeutschen Reichstag“ die wünschenswerte Übergangsform nationaler Einigung bieten würde.<sup>52</sup> Bismarck hatte Hohenlohe gegenüber bereits während der zweiten Tagung des Zollparlaments offen seine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, daß er die Führer der Hauptparteien (der Konservativen und der Nationalliberalen) auf die Fruchtlosigkeit aufmerksam gemacht habe, Fragen zu berühren, bei denen doch nur die süddeutsche Minderheit mit Hilfe der Norddeutschen einen Sieg über die süddeutsche Majorität davontragen werde.<sup>53</sup>

Die süddeutschen Nationalen hielten unentwegt an ihren Hoff-

---

49. Die Warte, 1868, Nr. 122.

50. Bray an Weber, 21. April 1870, Geh. Staatsarchiv München.

51. Bericht Webers an Bray, 22. April 1870. Geh. Staatsarchiv München.

52. Bericht Riederers, 23. April 1870. Geh. Staatsarchiv München

53. Hohenlohe an den König, 27. Juni 1869. Geh. Staatsarchiv München.

nungen fest. Während der zweiten Sitzung schlossen sie sich ohne Rücksicht auf Parteien enger zusammen u. bildeten die freie süddeutsche Vereinigung „Zur Mainbrücke“,<sup>54</sup> ohne jedoch wirksam hervortreten zu können. Diese Vereinigung zählte 32 Mitglieder; ihre Schöpfer waren der unermüdlich tätige Bluntschli und der bayrische Abgeordnete Feustel. Gemeinsames Ziel war die nationale Verbindung des Nordens mit dem Süden.

## 2. Volkswirtschaft und Politik.

Das Zollparlament entfaltete während seiner ersten Legislaturperiode in den Jahren 1868, 1869, 1870 eine lebendige und gewinnbringende volkswirtschaftliche Tätigkeit. Es wurde der Grund gelegt zu dem Abschluß der räumlichen Ausdehnung des Zollvereins. Die Beziehungen zu den stammverwandten Nachbarstaaten Österreich und Schweiz wurden durch Verträge geordnet. Handelsverträge mit dem Kirchenstaat, Japan, Mexiko und den Hawaischen Inseln ordneten den Verkehr. Die Besteuerung von Tabak und Zucker wurde einheitlich geregelt. Durch ein Vereinszollgesetz wurden die Bestimmungen über den Verkehr mit dem Ausland in allen Teilen neu geordnet. Der Vereinszolltarif wurde einer grundlegenden und richtungsweisenden Revision unterzogen.

So oft die Vorlagen das wirtschaftliche Interesse des Südens betrafen, erschienen die Süddeutschen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit in der Debatte, um ihre Interessen (Tabak, Wein, Zucker usw.) zu wahren und zu verteidigen. Die Abgeordneten, die sich zu der Südfraktion zusammengeschlossen hatten, lehnten jede neue Steuer grundsätzlich ab und suchten zu verhindern, daß im Zollparlament positive Arbeit geleistet werden könnte. Von einzelnen Abgeordneten abgesehen, setzten sie in den Abstimmungen allem ihr „Nein“ entgegen. Lediglich bei der Abstimmung über den österreichischen Handelsvertrag konnte der größte Teil der Südfraktion seine Sympathie für den Nachbarstaat nicht verhehlen und stimmte für den Vertrag. Aber die eifrigsten Partikularisten konnten es nicht über sich gewinnen, ihre schutzzöllnerische Doktrin der Sympathie für Österreich zu opfern. Zu den

---

54. H. Schulthess, a. a. O., 1869, S. 98.

alten Gegensätzen zwischen Nord- und Süddeutschland und zwischen den einzelnen Parteien kam bei den volkswirtschaftlichen Verhandlungen ein neues, trennendes Moment. Handelspolitische Rücksichten (Schutzzoll oder Freihandel) überbrückten bei den Parteien alte Gegensätze, rissen aber auch neue auf. Im norddeutschen Reichstag huldigte die Mehrheit dem Freihandel, dem neuen Gedanken der Handelspolitik. Delbrück vertrat als Praktiker und Theoretiker von jeher energisch den freihändlerischen Gedanken. Während sich die Konservativen dem Grundsatz des Freihandels ganz verschrieben hatten, war nur eine Minderheit der Nationalliberalen und der Fortschrittsparteiler für den Schutzzoll. Unter den süddeutschen Abgeordneten verfocht die stärkere Gruppe, die sich aus Württembergern und Bayern zusammensetzte, mit äußerster Energie die bisherige Schutzzollpolitik. Ihr eifrigster Verfechter war der Württemberger Moritz Mohl. Unermüdlich und eifrig hielt er seine doktrinären Vorlesungen über Schutzzoll und Freihandel und langweilte mit seinen Statistiken die Versammlung. „Wenn die Hunnen und Vandalen durch Deutschland ziehen und die Städte verbrennen würden, so würden sie eine ähnliche Zerstörung hervorbringen wie der Freihandel, wenn er den Gewerbetreibenden ruiniert“,<sup>55</sup> ließ sich der eifrige Schutzzöllner vernehmen.

Mit den großen politischen Debatten vom 7. und 18. Mai 1868 sollte die Politik aus den Verhandlungen verbannt werden. Offen und versteckt schlich sie sich aber immer wieder in die trockenen, sachlichen wirtschaftlichen Debatten ein. Die großdeutsch Gesinnten aus dem Süden fanden bei der Beratung des österreichischen Handelsvertrags Gelegenheit, ihre Sympathie für das Brudervolk zu bekunden. Der bayrische Bankier Wild verglich es einer frommen Sage, wenn man davon rede, daß hier an dieser Stätte die Vertreter der ganzen Nation vereint seien; er vermisse ja die Repräsentanten von mehr als 8 Millionen Landsleuten, er vermisse die Deutsch-Österreicher.<sup>56</sup>

Die Angriffe der süddeutschen Partikularisten gegen den preussischen Militarismus kamen auch im Zollparlament nicht ganz zur

---

55. Stenographische Berichte, 9. Mai, 1868, S. 132.

56. Stenographische Berichte, 9. Mai 1868, S. 141.



Ruhe. Bei der Tabaksteuerdebatte schloß der badische Abgeordnete Bissing unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen: „Beschießen Sie es dennoch, meine Herren, nun, dann habe ich nichts dagegen: bauen Sie einige Dutzend Kasernen mehr und seien Sie glücklich damit“.<sup>57</sup> In gleichem Sinn, aber in gemäßigtem Tone führte der Württemberger Vayhinger aus: „Unsere Landwirte erkennen, daß große Fabriken mit vielen Arbeitern, die gut genährt sind und ihre gesunde Nahrung bezahlen können, ihren Interessen förderlicher sind als große Kasernen, an denen wir nun einmal keine Freude haben“.<sup>58</sup> Der Haß gegen alles Preußische, wie er sich im Wahlkampf in Bayern, Württemberg und Baden ausgetobt hatte, brach auch im Zollparlament während der volkswirtschaftlichen Verhandlungen durch. Wiederum war es Bissing, der ihm am 18. Mai während jener zweiten großen politischen Debatte ironischen Ausdruck gab: „Also lassen Sie uns Kanadier, uns Unhöfliche, uns Unpolitische noch draußen erst die 30 Jahre einholen, die wir nötig haben, um würdig befunden zu werden, in den norddeutschen Bund aufgenommen zu werden“.<sup>59</sup>

Trotz der fortgesetzten Angriffe, deren Waffen noch aus der Rüstkammer des Wahlkampfes stammten, waren auch versöhnlichere Töne aus dem Munde der süddeutschen Partikularisten zu vernehmen. Wiederholt hörte man solche eifrigen Mitglieder in den Debatten das gemeinsame Interesse und den Vorrang des Allgemeinwohls vor den Sonderinteressen nennen. In solchem Tone sprach der württ. Partikularist Vayhinger zum Haus: „Wir sind keine Partikularisten; die Strebungen des Nationalökonomen sind dem ganzen großen Vaterland geweiht, hier kennt er kein engeres Vaterland, sein Blick wendet sich dem gemeinsamen großen Vaterlande zu, das zusammenwirken muß, um seine nationalen Kräfte zu heben und zu entwickeln“.<sup>60</sup>

Der alte Gegensatz der Süddeutschen untereinander, die sich im Wahlkampf als Feinde gegenübergestanden hatten, war im Zollparlament keineswegs überbrückt, wie es bereits die großen

---

57. Ebenda, 16. Mai 1868, S. 231.

58. Ebenda, 9. Mai 1868, S. 145.

59. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 279.

60. Ebenda, 9. Mai 1868, S. 144.

politischen Debatten gezeigt haben. Immer wieder trat auch er während der volkswirtschaftlichen Diskussionen zutage. Unentwegt beobachteten die Abgeordneten der Südfraktion die strenge Einhaltung der Kompetenz des Zollparlaments. In dieser Frage waren sie nicht zu dem geringsten Zugeständnis bereit. Als Hüter der Grenzen der Zuständigkeit des Zollparlaments meldeten sie sich sogleich auch dann zum Wort, wenn ihnen die Besprechung irgend einer materiellen Frage die Befugnis des Parlaments zu überschreiten drohte. Die Berufung auf die Verträge, die sie freilich damit öffentlich anerkannten, war ihre beste Waffe. Trotz der oppositionellen Einstellung der süddeutschen Partikularisten beteiligten auch sie sich an den Diskussionen und Kommissionen, freilich nur dann, wenn sie ihr süddeutsches Recht zu behaupten hatten. Scharf zog Völk am 18. Mai den Trennungsstrich zwischen den nationalen und partikularistischen Süddeutschen, ohne den alten Streit des Wahlkampfes heraufbeschwören zu wollen: „Wer sind Wir Süddeutsche? Das ist es, was mich auf diese Stelle führt, daß ich es immer wieder seit mehreren Tagen stumm und still mit anhören mußte, daß unter dem Namen „Wir Süddeutsche“ Reden gehalten worden sind, mit denen nicht alle Süddeutschen einverstanden waren und daß unter dem Namen „Wir Süddeutsche“ Gefühle ausgesprochen worden sind, bezüglich deren ich sagen kann, daß sie vielen Süddeutschen widerstreben“.<sup>61</sup> Der Gegensatz der Süddeutschen untereinander trat während der Verhandlungen stärker in Erscheinung als der Gegensatz zwischen dem Süden und dem Norden, der gegenüber der süddeutschen partikularistisch gesinnten Majorität weitgehende Rücksichten übte.

Nachdem die Versuche einer politischen Mission des Zollparlaments an dem Widerstand der süddeutschen Mehrheit gescheitert waren, suchte man auf anderem Wege, aber doch durch das Zollparlament dem nationalen Gedanken und der deutschen Einheit zu dienen. Man ging darauf aus, durch eine möglichst fruchtbringende Tätigkeit im Rahmen der Zollparlamentskompetenz der neuen Volksvertretung eine würdige Stellung zu verleihen und auf diesem Weg moralische Eroberungen für den Einigungsgedanken zu machen. In diesem Sinne wurden von den Anhängern des Ein-

---

61. Stenographische Berichte, 18. Mai 1868, S. 279.

heitsgedankens die Vorlagen bei den Beratungen gestellt. Die abgeschlossenen Verträge und Tarife sollten als politische Taten nach außen gewertet werden. Die Abgeordneten arbeiteten in dem Bewußtsein, materielle Vorarbeit für die deutsche Einigung zu leisten. Durch die Förderung der materiellen Interessen könne man Norden und Süden am ehesten zusammenhalten. Da dem Zollparlament höhere Zwecke fehlten, müsse man eine Annäherung der Interessen anstreben. Das Zollparlament sollte für die zukünftige Gesetzgebung richtunggebend sein, um dadurch sein Ansehen zu steigern. Vor allem bei den Verhandlungen über die neuen Steuern trat der Gesichtspunkt der moralischen Werbung in den Vordergrund. Bei der Debatte über die Tabaksteuer argumentierte der hessische Nationalliberale Metz folgerichtig: „Es ist mir seit langen Jahren klar geworden, daß jeder Gegenstand, der zur Verhandlung und zur Entscheidung kommt, ausgenützt wird von denen, welche eben Gegner des Strebens sind, was ich als das wahrhaft Nationale ansehe, daß es ausgenützt wird, um die allgemeine deutsche und die patriotische Stimmung zu vergiften, aufzuregen und zu verfälschen. Ich sage ihnen, durch Annahme dieser Vorlage, die einige hunderttausend Taler der Deutschen Bundeskasse zuführen mag, wird ein moralischer Nachteil herbeigeführt, der mit Millionen nicht aufzuwägen ist“.<sup>62</sup> Die gleiche Sorge um das Ansehen des Zollparlaments ließ bei manchen Vorlagen Bedenken zurücktreten hinter dem unbedingten Verlangen, überhaupt etwas zustandekommen zu lassen. Die Tarifvorlage der Bundesregierungen hatte einen Sturm aller Parteien gegen einzelne Positionen hervorgerufen. Erst in der dritten Tagung des Zollparlaments wurde das Tarifgesetz, das im Jahre 1868 vorgelegt worden war, mit der überwiegenden Mehrheit von 186:84 Stimmen angenommen. Die süddeutsche Fraktion hatte sich bereits in der Hoffnung gewiegt, das Zollparlament werde auch in diesem Jahr wieder ergebnislos auseinandergehen. Der bayrische Bevollmächtigte des Zollbundesrats Weber verurteilte diese grundsätzlich ablehnende Haltung der bayrischen Partikularisten in der Petroleumsteuerfrage. Er berichtete nach München, daß er versuchen wolle, die bayrischen

---

62. Stenographische Berichte, 15. Mai 1868, S. 206.

Abgeordneten für ein Kompromiß zu gewinnen. Um der Tarifvorlage zur Annahme zu verhelfen, hatten sich zunächst die konservative und die nationalliberale Partei verständigt. So oft über das neue Tarifgesetz debattiert wurde, trat neben die rein wirtschaftlichen Argumente beherrschend der politische Gesichtspunkt, daß man das Ansehen des Zollparlaments nicht schmälern und die Regierung nicht in Verlegenheit setzen dürfe. In der 9. Sitzung am 3. Mai 1870 appellierte der norddeutsche Nationalliberale Hammacher an das Nationalgefühl. Hinter ihm hätten alle materiellen Bedenken, die gegen eine Annahme des vorgelegten Tarifgesetzes bestünden, zurückzutreten. Er führte aus: „Ich würde es als ein großes nationales und politisches Unglück ansehen, wenn das erste deutsche Zollparlament seine dritte Session beschlösse, ohne auf dem Gebiet der Tarifreform und seiner volkswirtschaftlichen Gesetzgebung einen Erfolg aufweisen zu können. Ich würde es als ein Hemmnis in der Entwicklung und als ein wesentliches Hindernis der großen deutschen Bewegung ansehen, in der wir uns befinden und von der ich seither hoffte, daß sie auch noch einmal an dem deutschen Zollparlament einen starken Stützpunkt finden würde“.<sup>63</sup> Trotz des mißglückten Antrags vom 7. Mai 1868 lebten die Hoffnungen, die man auf das Zollparlament gesetzt hatte, weiter fort. Bis zu der letzten Tagung im Jahre 1870 hielten die unentwegten Vertreter am nationalen Einheitsgedanken fest. Bismarck freilich hatte nach den Debatten vom 7. und 18. Mai 1868 einsehen müssen, daß die praktische Bedeutung des Zollparlaments für die Lösung der deutschen Einheitsfrage illusorisch sei. Man schenkte während der beiden letzten Tagungen in den norddeutschen regierenden Kreisen sowie in der norddeutschen Bevölkerung dem Zollparlament nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit, die man ihm bei seinem ersten Zusammentritt gewidmet hatte. Die Eröffnung der zweiten und dritten Tagung nahm der Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück vor. Während der zweiten Session erschien Bismarck nur noch einmal persönlich in der Versammlung; im Jahre 1870 blieb er ihr ganz fern.<sup>64</sup> Das Zollparlament als

---

63. Stenographische Berichte, 3. Mai 1870, S. 122.

64. Bismarck fühlte sich während der zweiten Tagung noch nicht her-



Faktor in der deutschen Politik hatte bei Bismarck seine Rolle bereits im Jahre 1868 verspielt. Auch aus der Versammlung selbst wurden enttäuschte Stimmen laut. Pessimistisch äußerte sich der süddeutsche Abgeordnete Göler in der Sitzung vom 16. Juni 1869: „Ich erinnere Sie an den Jubel, der durch ganz Deutschland ging, als es hieß, daß ein Zollparlament zusammentreten solle. Ich erinnere Sie an die großen Erwartungen, die das deutsche Volk an diese Volksvertretung knüpfte. Die Erwartungen sind herabgeschraubt auf ein Minimum; das deutsche Volk sieht sich enttäuscht, weil das Zollparlament bis heute zwar viele, viele Lasten dem deutschen Volk aufgebürdet hat, dagegen ihm in der Politik bis jetzt gar kein Äquivalent dafür gegeben hat“.<sup>65</sup>

Die Erweiterung der Zollversammlung zu einer Vollversammlung war gescheitert, gescheitert auch in den Augen der national gesinnten Mitglieder. Wie wir in den volkswirtschaftlichen Debatten wirtschaftliche und politische Momente vermischt sahen und das Bestreben erkennen konnten, durch Förderung der materiellen gemeindeutschen Interessen der nationalen Sache zu dienen, so versuchte man in den gleichen Kreisen eine Erweiterung der materiellen Kompetenz des Zollparlaments durch den Beweis der Unzulänglichkeit der neugeschaffenen Einrichtung als eine notwendige Korrektur zu erweisen. Die Aufhebung und Herabsetzung der Zölle hätte zur notwendigen Folge die Befreiung und Beseitigung von Hemmnissen und Fesseln im Innern haben müssen. Im Innern mußte die wirtschaftliche Freiheit weitergediehen sein, im Innern mußte erst mit allen Schlagbäumen aufgeräumt sein, im Innern mußten erst die Frachtsätze ermäßigt, die Eisenbahntarife besser reguliert sein, wenn eine Tarifreform erfolgreich vorgenommen werden sollte.<sup>66</sup> Sonst konnte der Fall eintreten, wie z. B. bei der hessischen Weinsteuern, daß der ausländische Wein geringer als der inländische belastet war. Man hatte eine Versammlung geschaffen, die über weitgehende Befugnisse in Zoll- und Handelsfragen verfügte, aber nicht berechtigt war,

---

gestellt. Während der dritten Tagung hielt er sich in Varzin auf (Gelbsucht).

65. Stenographische Berichte, 16. Juni 1869, S. 126.

66. Ebenda, 9. Mai 1868, S. 128.

wichtige Maßnahmen, die eine notwendige Folge gewesen wären, zu treffen. Braun sagte deshalb mit Recht: „Wir befinden uns zwar in dem Besitz des äußerlichen Materials einer Volksvertretung, aber die Bundesgewalt . . . . befindet sich uns gegenüber in derselben Situation, in welcher sich der alte Bundestag befand gegenüber der deutschen Nation. Denn auch sobald man diese Versammlung in irgend einer nationalen Angelegenheit ansprach, so wurde einem an der Pforte des Taxis'schen Palastes in der Eschenheimer Gasse das Medusenhaupt der Inkompetenz entgegengehalten“.<sup>67</sup> Auch der hessische Nationalliberale Bamberger charakterisierte in seinen vertraulichen Briefen an seine Wähler diesen unnatürlichen Zustand: „Von einer Volksvertretung verlangen, daß sie die Zollgesetzgebung entwickle und die Steuergesetzgebung unangestastet lasse, das heißt einen Menschen auffordern, daß er mit seinem linken Fuß hundert Schritte vorangehe, während sein rechter Fuß am selben Fleck stehen bleibe . . . wer sich die Mühe geben wollte, den Verhandlungen über diesen interessanten Gegenstand (Zölle und Steuern) zu folgen, der könnte daraus am besten lernen, wie tausendfach die Fäden des nationalen Haushaltes von den Eingangs- zu den Erzeugungs- und Verkehrssteuern hinüberlaufen, von diesen aber wiederum zu dem Mittelpunkt des Staatslebens überhaupt sich hinziehen“.<sup>68</sup> Bamberger zog aus den Verhandlungen des ersten Zollparlaments den konsequenten Schluß: „Das Zollparlament kann weder fortbestehen noch untergehen; seine Erhaltung ist ebenso unmöglich, als sie unentbehrlich ist“.

Von den Rednern aller Parteien — ausgenommen die Abgeordneten der süddeutschen Fraktion und die sächsischen Sozialdemokraten, die streng die Einhaltung der Kompetenz verlangten — wurde dieser Mißstand geißelt. Gerade die volkswirtschaftlichen Momente und praktischen Unzulänglichkeiten, die eine Erweiterung der Befugnisse des Zollparlaments notwendig machten, drängten sich in den Debatten immer wieder in den Vor-

---

67. Stenographische Berichte, 9. Mai 1868, S. 129.

68. L. Bamberger, Vertrauliche Briefe aus dem Zollparlament (1868, 1869, 1870) S. 61 ff.

dergrund. Das Zollparlament könne keine gesunde und wirkungsvolle Einrichtung sein, wenn es durch einen vorteilhaften Handelsvertrag einen wichtigen Erwerbszweig vernichte, ohne Abhilfe schaffen zu können. Diese Zustände, die notorisch seit Jahrzehnten schon für verderblich und nachteilig allseitig anerkannt worden seien, müßten sofort abgeändert werden, oder der Segen, den man vom Zollparlament erwarte, müsse sich ins Gegenteil verkehren.<sup>69</sup> Die geschworenen Gegner jeder Kompetenzerweiterung verschlossen sich auch diesen berechtigten Klagen. Je weniger arbeitsfähig sich die neue Volksvertretung erwies, umso weniger wurden auch die materiellen Hoffnungen, die man auf das Zollparlament gesetzt hatte, gerechtfertigt. Die Mehrheit des Hauses ging jedoch über die allzu ängstlichen Kompetenzauslegungen hinweg.

Als größter Mißstand stellte sich bald das Fehlen des Budgetrechtes heraus. Das Zollparlament hatte das Recht und die Pflicht für die durch Zollsenkung sich ergebenden Ausfälle neue Einnahmequellen zu erschließen, neue Steuern zu beschließen, ohne die Möglichkeit zu besitzen, die Verwendung der die Ausfälle übersteigenden Einnahmen überwachen und das vorhandene Bedürfnis vermehrter Einnahmen prüfen zu können. Die Nationalliberalen wiesen ganz besonders auf diesen entscheidenden Mißstand hin. Das Zollparlament mußte als eine Steuerbewilligungsmaschine erscheinen. Der norddeutsche Nationalliberale Miquel kennzeichnete die Zwitterstellung des Zollparlaments: „Wir sind hier nur ein Stück von Volksvertretung . . . ein unnatürlich aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben des Volkes herausgerissenes Stück . . . Ein Parlament, welches lediglich einen einzelnen Teil der Einnahmen zu bewilligen hat, nicht aber die gesamten übrigen Einnahmen des Staates irgendwie in Berücksichtigung zu ziehen vermag, kann man allerdings auf die Dauer nicht regieren“. Sein Fraktionsgenosse Twesten zog die richtige Konsequenz, nämlich eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik müsse auch ein wesentlicher Antrieb zu einer Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse sein.<sup>70</sup>

Auch gegenüber der Politik des Zollbundesrates kargte die

---

69. Stenographische Berichte, 11. Mai 1868, S. 177.

70. Stenographische Berichte, 15. Mai 1868, S. 212.

Versammlung nicht mit ihrer Kritik. Zahlreiche Redner wandten sich gegen die vertraglichen Tarifregulierungen und lehnten eine solche Alternativstellung des Zollparlaments ab. Da das Amendieren bei Handelsverträgen ausgeschlossen blieb, konnte die Volksvertretung die Vorlagen nur annehmen oder ablehnen. Da es sich im Zollparlament bei der größten Zahl der Mitglieder um politische Vertreter handelte, gab die kurze Frist der Einsichtnahme in die Vorlagen und das Tempo ihrer Behandlung gar bald Anlaß zu Ausstellungen. Daran knüpften sich die berechtigten Forderungen, daß auch der Zollbundesrat die Autorität des Zollparlaments stützen müsse und durch vorherigen Einblick in die Vorlagen berufen sei, das Verantwortungsgefühl der Abgeordneten zu erhöhen. Alle Klagen und Forderungen liefen darauf hinaus, die Autorität des Zollparlaments zu heben und damit die Stellung des Zollparlaments zu stärken, die Ausdehnung der materiellen Kompetenz des neuen Zollvereinsorgans als wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeit zu erweisen und dadurch der nationalen Sache zu dienen.

Mit der dritten Tagung des Zollparlaments von 1870 schloß die erste Legislaturperiode. Die nächsten deutschen Wahlen wurden für den deutschen Reichstag ausgeschrieben. Bismarck hatte teils mit, teils gegen den Willen der süddeutschen Regierungen den Zollverein auf parlamentarischer Grundlage erneuert, um ihn lebensfähiger zu machen und fester im Volksbewußtsein zu verankern. Nationale Motive hatten bei der Reorganisation den Ausschlag gegeben. Der Wahlkampf und der Wahlerfolg des Südens offenbarten, wie weit die nationale Gesinnung der Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung und die Gedanken und Ziele Bismarckscher nationaler Staatskunst im Frühjahr 1867 voneinander entfernt waren.

### *Schluß: Das Zollparlament und die Reichsgründung Bismarcks.*

Das wirtschaftliche und politische Ergebnis des Zollparlaments war folgendes: Erweiterung des Vereinsgebietes nach der Ostsee und dem Norden, Herstellung des freien Verkehrs mit Tabak, eine wirklichkeitsgerechte Umgestaltung der Zollgesetzgebung, eine



Reform der Zuckerbesteuerung, zahlreiche Handels- u. Schiffahrtsverträge, schließlich ein neuer Zolllarif zeugen von der Fülle der im Zollparlament geleisteten Arbeit. Der wirtschaftspolitische Erfolg und handelspolitische Fortschritt hatten die organische Umgestaltung des Zollvereins bestätigt und gerechtfertigt. Freilich konnte das Zollparlament nur schwer seinen Aufgaben gerecht werden. Es hatten sich große Mängel gezeigt, die der neuen Volksvertretung anhafteten. Die Tatsache, daß das Zollparlament zwar über Einnahmen, aber nicht über die Deckung der Bedürfnisse der verschiedenen Staaten zu beschließen hatte, lähmte die wirtschaftliche Wirksamkeit des Parlaments. Die erzwungene, unnatürliche Scheidung von Politik und Volkswirtschaft waren drückende Fesseln. Die Halbheit und Unfertigkeit der neuen gemeindeutschen Volksvertretung kennzeichneten den Übergangscharakter und die Zwischenstellung, welche die Schöpfer dem Zollparlament gegeben hatten.

Die nationalen Hoffnungen, die Bismarck und der Norden sowie alle National-Fühlenden und -Denkenden im Süden auf das Zollparlament gesetzt hatten, waren enttäuscht worden. Aus dem Zollparlament war kein Vollparlament geworden. Die partikularistische Majorität des Südens hatte sich mit ganzer Kraft und voller Wucht der Opposition jeder Kompetenzerweiterung erfolgreich entgegengestemmt. Wie hätte Bismarck gegen den Willen der süddeutschen Volksmehrheit und gegen die widerstrebende Haltung der süddeutschen Regierungen, die badische ausgenommen, einen Schritt in der deutschen Einheitsfrage vorwärts wagen können? Wie hätte das Parlament selbst die Grenzen seiner Wirksamkeit weiter stecken können, wenn dieser politische Akt nicht auch von der überwiegenden Mehrheit der süddeutschen Zollparlamentsabgeordneten gebildet worden wäre? Der gemeindeutsche, nationale Gedanke hatte am 7. und 18. Mai das Forum des Zollparlaments beherrscht, ohne die Einheitsfrage vorwärts treiben zu können. Die hartnäckige Haltung der süddeutschen Partikularisten hatte die Pläne Bismarcks und die nationalen Hoffnungen durchkreuzt und enttäuscht. Es hatte sich jedoch als unmöglich erwiesen, den nationalen Gedanken ganz aus dem Parlament zu verbannen. Die volkswirtschaftlichen Arbeiten des Zollparlaments (1868—70) wurden vom

Geiste nationaler Verantwortung getragen, dem sich die norddeutschen Abgeordneten und die nationalgesinnten süddeutschen Zollparlamentsmitglieder willig unterstellten. Gemeinsame Arbeit, gemeinsame innerdeutsche Interessen, die Sorge um die gemeinsame deutsche Wohlfahrt und den gemeinsamen Wohlstand verbanden ungewollt Nord und Süd. Dieser Zusammenarbeit konnten sich auch die süddeutschen Partikularisten nicht entziehen. Sie hatten sich auf die Verträge berufen und ihre Vertragstreue beteuert. Der partikularistische Ausfall der süddeutschen Wahlen hatte gerade die erbittertsten Preußenfeinde gezwungen, nach Berlin zu gehen; dort mußten sie mit ihren Gegnern zusammenarbeiten. Vielfach brachten sie aber doch den Eindruck mit nach Hause, daß der norddeutsche Himmel nicht gar so grau sei, wie sie ihn sich in ihrer süddeutschen Vorstellung gedacht hatten. Die Vorurteile, mit denen die süddeutschen Abgeordneten nach Berlin gegangen waren, hatten bei der Mehrheit der süddeutschen Partikularisten einer gerechteren Beurteilung Platz gemacht. Die gemeinsame Arbeit hatte das nationale Gesamtgefühl gestärkt bis hinein in die Reihen der süddeutschen Opposition. Bei jeder Gelegenheit hatte sich die unaufhaltsame nationale Entwicklung angekündigt. Das Zollparlament freilich blieb Episode. Bismarck hatte den Versuch gemacht, die Frage der deutschen Einheit mit Hilfe des Zollvereins zu lösen. Er ist gescheitert an den süddeutschen Partikularisten, die im Zollparlament eine erfolgreiche Position bezogen hatten. Trotzdem behält das Zollparlament, das nach der Nationalversammlung in der Paulskirche die erste gesetzmäßige deutsche Volksvertretung darstellt, seine ideelle Bedeutung in der Geschichte der Reichsgründung.

## Quellen.

Politische Akten, 1866—70. Staatsarchiv Stuttgart.  
Gesandtschaftsakten, 1867—70. Staatsarchiv Stuttgart.  
Zollvereins-Akten, 1867—70. Staatsarchiv Stuttgart.  
Politische Akten, 1866—70. Geheimes Staatsarchiv München.  
Gesandtschaftsakten, 1867—70. Geheimes Staatsarchiv München.  
Zollvereins-Akten, 1867—70. Geheimes Staatsarchiv München.  
Akten der Berliner Gesandtschaft, 1867—70, Generallandesarch. Karlsruhe.  
Akten des badischen Handelsministeriums, 1867—70. Registratur des bad.  
Innenministeriums, Karlsruhe.  
Verhandlungsprotokolle der württembergischen Kammer der Abgeordneten,  
1867.  
Verhandlungsprotokolle der bayrischen Kammer der Abgeordneten, 1867.  
Verhandlungsprotokolle der ersten badischen Kammer, 1867—68.  
Verhandlungsprotokolle der zweiten badischen Kammer, 1867—68.  
Beilagen zu den Verhandlungsprotokollen der zweiten bad. Kammer, 1867—  
1868, Beilagenheft IV und VI.

### Badische Zeitungen:

Badischer Beobachter, 1868—70.  
Badische Chronik, 1868.  
Badische Landeszeitung, 1868—70.  
Neue Badische Landeszeitung u. Mannheimer Anzeiger, 1868—70.  
Mannheimer Journal, 1868—70.  
Karlsruher Zeitung, 1867—70.  
Beilage zur Karlsruher Zeitung, 1868.  
Pfälzer Bote, 1868.  
Die Warte, 1868.

### Bayrische Zeitungen:

Münchner Neueste Nachrichten, 1868.  
Süddeutsche Presse, 1868.  
Augsburger Postzeitung, 1868.

### Württembergische Zeitungen:

Beobachter, 1868.  
Schwäbischer Merkur, 1868.

- Bamberger, Ludwig: Vertrauliche Briefe aus dem Zollparlament (1868—1869—1870), Breslau 1870.
- Bayern und der Zollverein, Aus den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten vom 21. 22. u. 23. Oktober 1867, Erlangen 1867.
- Bismarck, Fürst Otto von: Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, Stuttgart u. Leipzig 1924.
- Bismarcks Politische Schriften, herausgeg. von F. Thimme, Bd. VI u. VIa, der Gesammelten Werke Bismarcks, Berlin 1929.
- Bismarcks Gespräche, herausgeg. von Willy Andreas, Bd. VII der Ges. Werke Bismarcks, Berlin 1924.
- Bluntschli, Johann Caspar: Denkwürdiges aus meinem Leben. Bd. III. Nördlingen, 1884.
- Zollparlamentsbriefe, mitgeteilt von H. Poschinger, in Deutsche Revue 29. Jhrg. II. Heft, Stuttgart u. Leipzig 1904. S. 25—28.
- Bray-Steinburg, Otto von: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, herausgeg. von K. Th. v. Heigel, Leipzig 1901.
- Dahlmann-Waitz: Quellenkunde der deutschen Geschichte, herausg. von Hermann Haering. 9. Aufl., Leipzig 1931.
- Registerband z. Quellenkunde der deutschen Geschichte, 9. Auflage, Leipzig 1932.
- Dalwigk, Reinhard Freiherr von: Die Tagebücher des Freiherrn. Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—71. herausg. von Wilhelm Schübler, Stuttgart 1920.
- Delbrück, Rudolph von: Lebenserinnerungen Bd. II, Leipzig 1905.
- Ditmar, Wilhelm: Der deutsche Zollverein, Bd. I u. II, Leipzig 1867—68.
- Feder, Heinrich von: Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands, Mannheim 1867.
- Freydorf, Rudolph von: Aus der politischen Korrespondenz des Präsidenten des bad. Ministeriums des Auswärtigen Rudolph von Freydorf, in Deutsche Revue, 29. Jhrg., Stuttgart u. Leipzig 1904. S. 7—13, 153—161, 264—295.
- Gelzer, Heinrich: Herausgeg. von F. Curtius, Gotha 1892.
- Hahn, Ludwig: Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik, 1866—1867, Berlin 1868.
- Wentzcke, Paul u. Heyderhoff, Julius: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks 1. Bd.: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung, 1859—1870. Bonn 1925—26.
- Historisch-Politische Blätter, München 1868, Bd. 61, S. 803—814, 889—904, 974—988: Aus dem Berliner Zollparlament; S. 760—793: die badischen Wahlen im Zollparlament.
- Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, München 1868, Bd. 62, S. 78—96: Zeitläufe. Das Verhältnis von u. zu Österreich (Nachtrag zu den Artikeln über das Berliner Zollparlament).
- Hofmann, Karl von: Politische Briefe an den Staatsminister Dalwigk, herausgeg. von Veit Valentin, in Deutsche Revue, Stuttgart u. Leipzig 1912, S. 215—224.



- Hohenlohe, Alexander von: Aus meinem Leben, Frankfurt a. M. 1925.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu: Denkwürdigkeiten, Bd. I, Stuttgart 1906.
- Jahresberichte für deutsche Geschichte, herausgeg. von Albert Brackmann u. Fritz Hartung, Jhrg. 1925—31, Leipzig 1229—34.
- Lenz, Max: Geschichte Bismarcks. München u. Leipzig, 1913.
- Mittnacht, Hermann Freiherr von: Rückblicke. Stuttgart u. Berlin, 1909.
- Mohl, Moritz: Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren. Eine Denkschrift für die süddeutschen Volksvertreter. Stuttgart 1867.
- Mohl, Robert von: Lebenserinnerungen. Bd. I, Stuttgart 1902.
- Oncken, Hermann: Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher, Bd. I u. II, Stuttgart, Berlin u. Leipzig, 1927.
- Poschinger, Heinrich von: Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. I, Berlin, 1890.
- Reyscher, August Ludwig: Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802—1880), Freiburg i. B. u. Tübingen, 1884.
- Riecke, Karl Viktor von: Meine Wanderjahre u. Wanderungen. Stuttgart, 1877.
- Schäffle, Albert E. F.: Aus meinem Leben. Bd. I, Berlin 1905.
- Schulthess, Heinrich: Europäischer Geschichtskalender 1866—70. Nördlingen 1867—1871.
- Staatshandbuch für Gesetzgebung, Verwaltung u. Statistik des Norddeutschen Bundes u. des Deutschen Zollvereins, herausg. von Georg Hirt, Bd. I, Berlin 1868.
- Suckow, Albert von: Rückschau des Königl. Württembergischen Generals der Infanterie u. Kriegsministers, Albert von Suckow, herausgeg. von Wilhelm Busch, Tübingen, 1909.
- Venedey, Jakob: Das Zollparlament. Rede, gehalten am 5. Januar 1868 in der Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins zu Mühlheim im Breisgau, Freiburg i. B., 1868.
- Der Südbund, Mannheim, 1867.
- Die erste Session des deutschen Zollparlaments (27. April bis 23. Mai 1868). Aus dem Tagebuch eines süddeutschen Abgeordneten, München, 1868.
- Die erste Session des deutschen Zollparlaments. Deutsche Vierteljahrschrift, 31. Jhrg., Heft I, Stuttgart, 1868.

## Darstellungen.

- Allmann, Ludwig: Die Wahlbewegung zum ersten deutschen Zollparlament in der Rheinpfalz. Diss., Straßburg, 1913.
- Andreas, Willy: Franz Freiherr von Roggenbach, Heidelberg, 1933.
- Wandlungen des großdeutschen Gedankens. Stuttgart 1924.

- Baumgarten, Hermann u. Jolly, Ludwig: Staatsminister Jolly, Tübingen 1897.
- Baumgarten, Otto: Der Anteil Badens an der Reichsgründung, Tübingen, 1924.
- Böhtlingk, Arthur: Bismarck als Nationalökonom, Wirtsch.- u. Sozialpolitiker, Leipzig 1908.
- Brandenburg, Erich: Die Reichsgründung. Bd. II, Leipzig, 1916.
- Curtius, Friedrich: Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillings-Fürst Stuttgart u. Berlin 1919.
- Doeberl, Anton: Die katholisch-konservative Richtung in Bayern u. die Deutsche Frage. Gelbe Hefte, Historische u. Politische Zeitschrift für das katholische Deutschland. I. Jhrg., 2. Halbbd., München 1924 bis 1925, S. 1111—1135.
- Graf Konrad Preysing u. das Erwachen der katholisch-konservativen Partei in Bayern. Gelbe Hefte, II. Jhrg., 1. Halbbd., München 1925 bis 1926. S. 843—855.
- Doeberl, Michael: Bayern u. Deutschland, Bayern u. die Bismarck'sche Reichsgründung. München und Berlin, 1925.
- Dove, Alfred: Großherzog Friedrich von Baden als Landesherr und deutscher Fürst. Heidelberg, 1902.
- Festenberg-Packisch, H. V.: Geschichte des Zollvereins 1869. Leipzig, 1869.
- Götz, Ernst: Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866—1871. Diss. Straßburg, 1914.
- Hartwig, Otto: Ludwig Bamberger. Eine biographische Skizze. Marburg, 1900.
- Hofmann, Karl: Badens Anteil an der Reichsgründung. Karlsruhe, 1927.
- Küntzel, Georg: Bismarck u. Bayern in der Zeit der Reichsgründung. Frankfurter histor. Forschungen, Heft II, Frankfurt a. M. 1910.
- Lorenz, Ottokar: Friedrich, Großherzog von Baden. Berlin, 1902.
- Kaiser Wilhelm u. die Begründung des Reiches, 1866—1871. Jena, 1902.
- Lotz, Walther: Die Ideen der deutschen Handelspolitik 1860—1891. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 50, II., Leipzig, 1892.
- Mack, Eugen: König Karl I. von Württemberg u. die deutsche Frage. Rottenburg a. N., 1925.
- Marcks, Erich: Bismarck, Eine Biographie. Bd. I, Stuttgart und Berlin 1909.
- Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863—1870. Archiv für die Geschichte des Sozialismus u. der Arbeiterbewegung, herausgeg. von Carl Grünberg, Leipzig, 1912. Bd. II, S. 1—67.
- Meyer, Georg: Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden. Heidelberg, 1896.

- Müller, Karl, Alexander von: Bayern im Jahre 1866 u. die Berufung des Fürsten Hohenlohe, München u. Berlin, 1909.
- Die Tauffkirchen'sche Mission nach Berlin u. Wien 1867. Riezler-Festschrift Gotha 1913.
- Müller, Wilhelm: Baden im letzten Jahrzehnt. Unsere Zeit. Neue Folge, 8. Jhrg., 1872.
- Oncken, Hermann: Ludwig Bamberger. Preußische Jahrbücher. Berlin 1900. Bd. 100, S. 63—94.
- Rudolf von Bennigsen. Bd. I und II, Stuttgart u. Leipzig, 1910.
- A. Schäffles Lebenserinnerungen. H. Z. 96. München und Berlin.
- Rapp, Adolf: Die Württemberger u. die nationale Frage 1863—1871. Stuttgart, 1910.
- Salzer, Ernst: Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst und die deutsche Frage, Historische Vierteljahrsschrift, Jahrg. XI., 1908.
- Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, seine politischen Anschauungen und seine politische Tätigkeit bis 1870, Nord und Süd, Bd. 121. 1907, S. 246—266.
- Scheurle, Albert: Der politische Katholizismus in Württemberg 1857 bis 1871, Diss. Tübingen 1923.
- Schüßler, Wilhelm: Bismarcks Kampf um Süddeutschland, 1867, Berlin 1929.
- Seefried, Walter: Mitnacht und die deutsche Frage bis zur Reichsgründung, Stuttgart 1928, Darstellungen aus der Württemberg. Geschichte, Bd. 18.
- Spielhofer, H.: Bayrische Parteien und Parteipublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage 1866—1870, Oberbayr. Archiv für vaterländ. Geschichte, München 1922, Bd. 63. S. 143—233.
- Stern, Alfred: Geschichte Europas von 1848—1871, Bd. III u. IV, Stuttgart und Berlin 1923, 24.
- Sybel, Heinrich von: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II u. III, Meersburg u. Leipzig, 1930.
- Unsere Zeit, Neue Folge, V. Jahrg. 1. Hälfte: Ein Jahrzehnt württembergischer Politik, S. 180—207.
- Unsere Zeit, Neue Folge, V. Jahrg. 2. Hälfte: Die neueste Geschichte Bayerns, S. 881—901.
- Vogt, Ernst: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863—1871, München 1914.
- Volz, Kurt: Dalwigk und die Politik der deutschen Mittelstaaten 1860—1871, Diss. Heidelberg 1926.
- Weber, W.: Der deutsche Zollverein, Leipzig 1871.
- Weech, Fr. von: Baden in den Jahren 1852—1877, Karlsruhe 1877.
- Wehrenpfennig, W.: Das Zollparlament u. seine Kompetenzerweiterung. Eine Warnung vor falschen Wegen. In: Preuß. Jahrbücher, Bd. XXI., Berlin 1868, S. 591—600.

- Die erste Session des Zollparlaments. In: Preuß. Jahrbücher. Bd. XXI, Berlin 1868, S. 698—709.
- Westphal, Otto: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus, München u. Berlin 1919.
- Ziekursch, Joh.: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Bd. I, Die Reichsgründung, Frankfurt a. M. 1925.

### Berichtigungen.

S. 12 letzte Zeile lies: setzten — S. 23 Z. 10: die deutsch-nationalen — S. 25 Z. 32: Unannehmbarkeit — S. 28 Anm. 32: Rundschreiben Hohenlohes — S. 47 Z. 4 v. u.: habe statt hat — S. 64 Z. 1: preisgeben — S. 95 Z. 15: seinen — S. 107 Z. 12: Frucht — S. 117 Z. 12: was statt welches — S. 129 Z. 1: behandelt statt gestellt — S. 134 Z. 7 v. u.: 1868 statt 1867 — S. 135 Z. 9 v. u.: gebilligt statt gebildet





